

NEUE ZEIT

Die Sondertagung in New York

Nikolai Fedorenko: Die Tücke des Aggressors

Jakow Joffe: Eine Antwort an „Business Week“

Im Dschungel bei Hoa Binh

Iran im Jahre 1346

26

28. JUNI

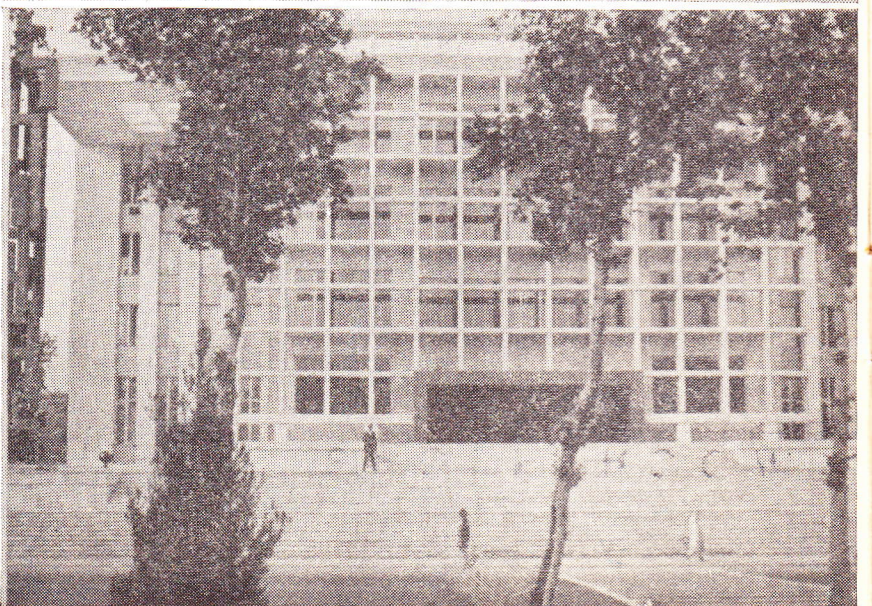
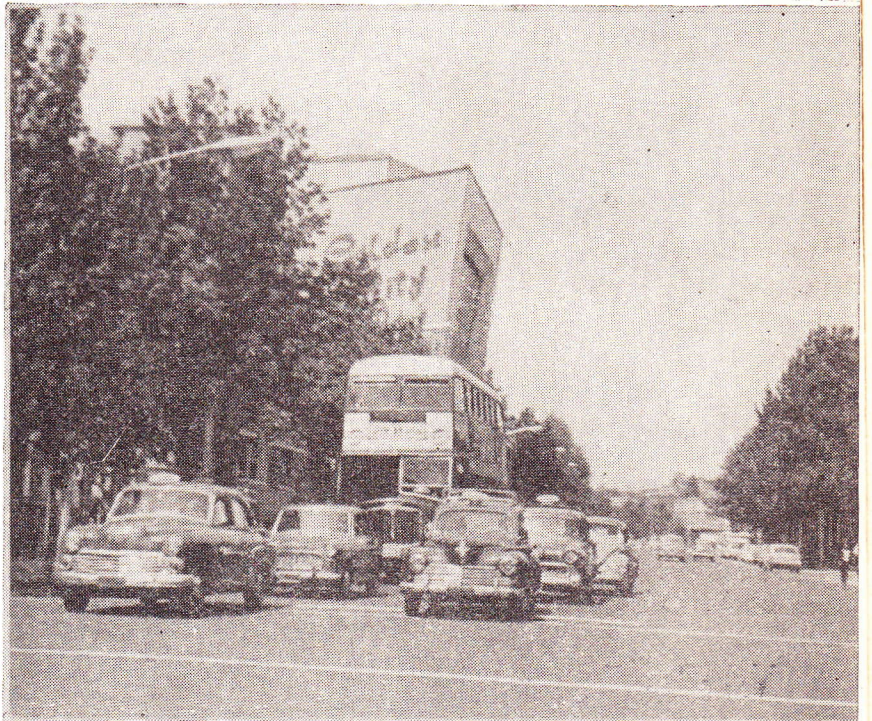
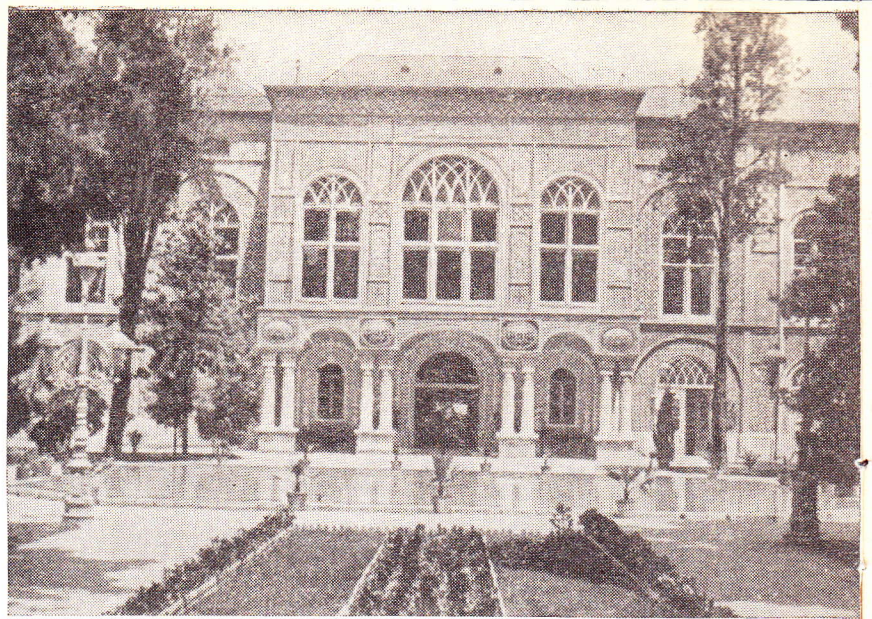
1967

WOCHENSCHRIFT FÜR WELTPOLITIK

IN TEHERAN

Schloß Golestan; Stadtverkehr; das
neue Senatsgebäude; vor dem Teheraner
Markt

Fotos: Albert Pin



NEUE ZEIT

Nr. 26

28. Juni 1967
Wochenschrift für Weltpolitik
Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

25. Jahrgang

Erscheint in russischer,
deutscher, englischer, französischer,
spanischer, polnischer und tschechischer
Sprache.

Sämtliche Ausgaben
entsprechen der russischen.
Russisch am 23. Juni erschienen.

In diesem Heft:

Frieden und Gerechtigkeit müssen wiederhergestellt werden . . .	1
N. Fedorenko – Die Tücke des Aggressors	3
G. Drambianz – Der Ölboykott . . .	4
J. Primakow – Kairo in der schweren Stunde	7
I. Andronow – Hinter dem Rücken des kämpfenden Vietnam	10
Dmitri Lewonewski – 900 Tage Schlacht um Leningrad	13
J. Joffe – Halbe Wahrheiten machen keine Wahrheit	16
A. Jefremow – Stimmungen jenseits der Elbe	20
J. Schuljukin – Der Kongreß von Nanterre	22
K. Karagesian – Antwort aus Bonn	23
Internationale Umschau	24
A. Pin – Iran im Jahre 1346	26
Monika Warneńska – Im Dschungel bei Hoa Binh	29
G. Gerassimow – Stimmen der Vernunft (Bücherschau)	31
Biographisches – Ivan Málek ●	12
Milan Klusák	12
Leserbriefe	9
Chronik	32

Frieden und Gerechtigkeit müssen wiederhergestellt werden

Die Rede, die der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Alexej Kossygin, vor der Sondertagung der UNO-Vollversammlung gehalten hat, wurde in der ganzen Welt mit gespannter Aufmerksamkeit aufgenommen. Die Stellung der Sowjetunion zur Aggression Israels gegen die arabischen Länder ist darin klar und gedrängt formuliert. Die Sowjetregierung hat konkrete Vorschläge unterbreitet, die darauf abzielen, den Aggressor in die Schranken zu weisen und die legitimen Rechte und Interessen seiner Opfer wahrzunehmen. Gleichzeitig wurde in dieser Rede hervorgehoben, daß großes Unheil über die Menschheit kommen kann, wenn die UNO ihre Pflicht nicht erfüllt und Israel sowie seine imperialistischen Hintermänner nicht zwingt, das Völkerrecht zu respektieren.

Die Sowjetregierung hat den Entwurf einer Resolution der Vollversammlung eingebracht, in welchem das aggressive Vorgehen Israels und die Tatsache, daß dessen Truppen nach wie vor Gebietsteile der VAR, Syriens und Jordaniens besetzt halten, entschieden verurteilt werden. In diesem Entwurf wird gefordert, daß Israel unverzüglich und ohne jegliche Bedingungen alle seine Truppen von den okkupierten Gebieten hinter die Waffenstillstandslinie zurückzieht und daß es alle Verluste, die es den arabischen Ländern durch seine Aggression zugefügt hat, in kürzester Zeit restlos wiedergutmacht.

Das ist das Wenigste, was die UNO tun muß, um den Frieden und die Gerechtigkeit im Nahen Osten wiederherzustellen. Nur solche Maßnahmen können den Weg zu einer dauerhaften Regelung der Beziehungen zwischen Israel und seinen Nachbarn bahnen. Werden nicht Sofortmaßnahmen getroffen, um die Folgen der Aggression zu beseitigen, so kann der militärische Konflikt im Nahen Osten jederzeit mit neuer Gewalt aufbrachen. Dann wird er noch schwerer zu lokalisieren sein.

Die Friedensfreunde sind sich darüber klar, daß die UNO eine schwere Aufgabe zu lösen hat. Der militärische Erfolg ist der israelischen Führung zu Kopf gestiegen. Es ist unverkennbar, daß in Tel Aviv die extremistischen Elemente die Oberhand gewonnen haben. Sie bestimmen heute die Politik Israels, die eine brüske Herausforderung der öffentlichen Meinung der ganzen Welt darstellt. Der israelische Außenminister Abba Eban hatte die Stirn, zu erklären, selbst wenn 121 Staaten in der UNO die Zurücknahme der israelischen Truppen fordern sollten, würden diese sich nicht von der Stelle rühren. Gewiß, Eban glaubt selbst nicht, was er sagt. Aber diese unverfrorenen Worte zeigen, zu welcher Dreistigkeit sich die Führer Israels versteigen, denen der amerikanische, britische und westdeutsche Imperialismus den Rücken steift.

Die israelischen Aggressoren erklären, sie wollten nichts mit der UNO zu tun haben und zögen „direkte Verhandlungen“ mit den arabischen Ländern vor. Präsident Johnson hat ihnen öffentlich beigepröflichtet. Dieses Mißtrauen gegen die UNO und dieser Hang zu Separatverhandlungen haben einen ganz einfachen Grund. Gelänge dem Aggressor sein Vorhaben, so hätte er größere Möglichkeiten, die arabischen Länder zu erpressen, unter Druck zu setzen und ihnen die verschiedensten Forderungen und Bedingungen aufzuzwingen. Aber daraus wird nichts! Die arabischen Staaten, von denen viele erst unlängst die Unabhängigkeit erlangt haben, stehen nicht mehr allein da und werden nie mehr ein Spielball der imperialistischen Kräfte sein. Sie vertrauen ihren Freunden, der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern. Sie gehen zuversichtlich in die UNO, denn sie wissen, daß ihre Sache gerecht ist. Will die UNO von den Völkern weiter geachtet sein, so muß sie alles tun, um die legitimen Rechte und Interessen der arabischen Staaten zu verteidigen.

Andererseits duldet die Bestrafung des Aggressors keinen Aufschub; es muß ihm ein für allemal die Lust genommen werden, zu Perfidie, bewaffneter Gewalt und Grausamkeiten zu greifen. Dieser Gedanke kam in der Rede Alexej Kossygin mit großer Überzeugungskraft zum Ausdruck. Es sind nicht nur die Interessen der Nahostvölker, die die Bändigung des Aggressors erfordern.

„Man darf nicht vergessen“, sagte Alexej Kossygin, „daß es in der Welt nicht wenig Räume gibt, wo sich Liebhaber fremder Territorien finden, wo die Prinzipien der territorialen Integrität und der Respektierung der Souveränität der Staaten bei weitem noch nicht in Ehren stehen. Wird heute den Anmaßungen Israels nicht Abfuhr erteilt, so können morgen neue große und kleine Aggressoren versuchen, sich der Territorien anderer friedliebender Länder zu bemächtigen.“

Der sowjetische Delegationschef wies in seiner Rede nachdrücklich die Versuche der feindlichen Propaganda zurück, die Sache so hinzustellen, als sei unser Land Israel gegenüber nicht objektiv oder als leugne es dessen Recht auf staatliche Existenz. Alexej Kossygin gab den Fälschern auf der Vollversammlung folgende Antwort:

„Nein, meine Herren, die Sowjetunion tritt nicht gegen Israel auf, sondern gegen die Aggressionspolitik der herrschenden Kreise dieses Staates. Im Laufe ihrer ganzen fünfzigjährigen Geschichte bringt die Sowjetunion allen Völkern, ob groß oder klein, Achtung entgegen. Jedes Volk ist berechtigt, einen eigenen unabhängigen Nationalstaat zu gründen. Das ist eines der politischen Hauptprinzipien der Sowjetunion.“

Die Tatsachen, die das Verhältnis der Sowjetunion zu Israel als Staat betreffen, sind wohlbekannt. Im Jahre 1947 stimmte die UdSSR in der UNO für die Entscheidung, auf dem Boden der ehemaligen britischen Kolonie Palästina zwei unabhängige Staaten, einen jüdischen und einen arabischen, zu gründen. Die Sowjetunion gehörte zu den ersten Staaten, die diplomatische Beziehungen zu Israel aufnahmen.

Leider waren die Kreise, die im Staate Israel an die Macht kamen, nicht bemüht, eine gemeinsame Sprache mit ihren Nachbarn zu finden und deren Vertrauen zu gewinnen. Statt dessen verfolgten sie eine Politik territorieller

Expansion. Sie suchten, koste es was es wolle, ihre Besitzungen durch arabische Gebiete abzurunden, entfesselten Konflikte und scheuten nicht davor zurück, die arabische Bevölkerung zu vertreiben, ja sogar zu vernichten. So kam es zum Problem der palästinensischen Flüchtlinge, einem Problem, welches Millionen Araber betrifft, die durch die israelische Annexionspolitik zu Hunger, Leiden und Elend verurteilt sind.

Setzte sich die Sowjetunion bei diesen Konflikten ständig für die arabischen Staaten ein, so tat sie dies, weil diese Opfer der Aggression waren. Die Sowjetunion tritt für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein und verurteilt entschieden Versuche eines beliebigen Staates, anderen Ländern gegenüber eine Politik der Aggression, des Landraubs und der Unterjochung zu betreiben.

Es ist ein Bärendienst für das israelische Volk, wenn die sogenannten Freunde Israels im Westen die jetzige Aggression Tel Avivs zu rechtfertigen suchen, denn jedem vernunftbegabten Menschen ist klar, daß Israel im Nahen Osten keine Zukunft hat, wenn es beabsichtigt, auch künftighin der arabischen Welt, ihren 100 Millionen Einwohnern gegenüber eine Politik der militärischen Konfrontation zu betreiben. Nur auf dem Wege der Zusammenarbeit und des Verzichts auf die Aggressionspolitik gegenüber seinen Nachbarstaaten kann Israel seinen Platz unter den Staaten der Welt behaupten.

Dieses Heft geht zu der Zeit in Druck, zu der die Sondertagung der Vollversammlung erst begonnen hat. Schon die ersten Stellungnahmen zur Rede Alexej Kossygin zeigen, daß der von ihm dargelegte sowjetische Standpunkt in der ganzen Welt großen Anklang findet. Die Gönner des Aggressors sind offenbar die einzigen, die bereit sind, Israel die Mißachtung der Resolutionen des Sicherheitsrats, der UNO selbst und der öffentlichen Meinung der ganzen Welt zu verzeihen.

Die Weltöffentlichkeit wird das Geschehen in der UNO sehr aufmerksam verfolgen. Von den Beschlüssen, die die Tagung fassen wird, hängt nicht nur der Ruf dieser Welt-sicherheitsorganisation, sondern auch der Weltfrieden ab. Alexej Kossygin erklärte mit Recht in seiner Rede, daß die Frage, die die Sondertagung zu behandeln hat, keinen Staat gleichgültig lassen kann. Es ist die Frage von Krieg und Frieden. In der jetzigen gespannten internationalen Lage können Stunden, ja Minuten über die Zukunft der Welt entscheiden. Wird der gefährlichen Entwicklung, die im Nahen Osten, in Südostasien, kurz überall, wo der Friede verletzt wird, im Gange ist, kein Riegel vorgeschoben, läßt man es zu, daß die Konflikte um sich greifen, so kann das nur damit enden, daß heute oder morgen ein großer Krieg ausbricht, aus dem sich kein Staat heraus-halten können wird.

Diese Feststellung wird nicht gemacht, um irgend jemand einzuschüchtern. Sie ergibt sich nun einmal aus der politischen Wirklichkeit von heute.

Das Kernzeitalter hat in der Frage von Krieg und Frieden neue Gegebenheiten geschaffen, hat den Staaten eine gewaltige Verantwortung auferlegt. Nie wird die Menschheit Staatsmännern Verzeihung gewähren, die in diesem höchst verantwortlichen Augenblick nicht die politische Weisheit aufbringen, deren es bedarf, um die Aggression entschlossen zu unterbinden und zu verhindern, daß sie sich zu einem großen militärischen Konflikt auswächst.

Die Tücke des Aggressors

In den letzten Tagen sind aller Augen auf die Geschehnisse im Nahen Osten gerichtet, wo Israel eine notorisch hinterhältige Aggression gegen die arabischen Staaten verübt hat.

Selbstverständlich konnte die UNO, die dazu berufen ist, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit zu treffen, die israelische Aggression nicht unbeachtet lassen. Anfangs wurde schleunigst der Sicherheitsrat einberufen, u. a. zu einer Debatte über die von der Sowjetunion aufgeworfene Frage „Über die Einstellung der Kampfhandlungen von seiten Israels und über die Zurücknahme der israelischen Truppen aus den infolge der Aggression besetzten Gebieten der VAR, Jordaniens und Syriens“. Dann wurde auf Antrag der Sowjetunion am 17. Juni eine Sondertagung der Vollversammlung eröffnet.

Im Sicherheitsrat wurde das großangelegte Komplott der imperialistischen Mächte gegen die arabischen Staaten und die Völker des Nahen Ostens aufs schärfste gezeißelt. Es wurde nachgewiesen, daß die israelische Aggression kein Zufall, daß sie nicht auf eine Fehlkalkulation, einen Irrtum oder ein Mißverständnis zurückzuführen ist. Umgekehrt, es war eine genau vorbedachte imperialistische Provokation, deren Zeitpunkt von allen Seiten geplant war. Diese Aggression sollte politische Wandlungen im Nahen Osten herbeiführen, die für den Imperialismus, in erster Linie den amerikanischen, von Nutzen sind, sie sollte das sogenannte Kräftegleichgewicht in diesem Raum verändern. Sie war ein Versuch, die nationale Freiheitsbewegung der arabischen Völker zu torpedieren und die fortschrittlichen Regimes in der VAR, in Syrien und anderen arabischen Ländern zu schwächen. Israel war ein Werkzeug der mächtigeren imperialistischen Staaten, vor allem der USA.

Die israelische Armee ist mit Hilfe der imperialistischen Westmächte großgezogen und ausgebildet worden. Tel Aviv wurde vor allem von Washington sorgfältig betreut und bei den Vorbereitungen zur Aggression gegen die arabischen Staaten auf jede Art und Weise angespornt.

Bekanntlich haben die Völker der VAR und anderer arabischer Länder in den letzten Jahren bei der Erlangung ihrer nationalen Unabhängigkeit und Freiheit große Siege davongetragen. In diesen Ländern haben im Interesse

Nikolai FEDORENKO Ständiger Vertreter der UdSSR bei der UNO

der werktätigen Massen wichtige soziale Umgestaltungen stattgefunden. Es paßte den imperialistischen Kräften nicht, daß sich die arabischen Länder in diesem Kampf auf die Freundschaft und den Beistand der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder stützen.

In der Zeitschrift *U. S. News & World Report* hat der amerikanische General Max Johnson — früher ein verantwortlicher Beamter der Vereinigten Stabschefs der USA — die Stimmungen bei den führenden amerikanischen Militärs unverhohlen zum Ausdruck gebracht. Er hat geschrieben, daß „die zunehmende Feindseligkeit der Staaten des Nahen Ostens gegen die USA und die Freundschaft mit der Sowjetunion ... ein schwerer strategischer Verlust gewesen ist“. Der General brachte die Geschehnisse in Vietnam mit der Lage im Nahen Osten in Zusammenhang und stellte fest, daß dieser Raum ein „strategischer Kreuzweg“ zwischen Europa, Asien und Afrika sei.

In der Tat, Südostasien und der Golf von Tongking sind zwar weit vom Nahen Osten und vom östlichen Mittelmeer entfernt, aber niemand wird wohl bezweifeln, daß sich die amerikanische Aggression in Vietnam höchst verhängnisvoll auf die politische Weltlage ausgewirkt hat. Diese Aggression hat bei derjenigen Israels gegen die arabischen Staaten keineswegs die letzte Rolle gespielt.

Die Kräfte des Kolonialismus konnten sich auch nicht mit dem Gedanken abfinden, daß die Schätze der Araber diesen selbst gehören müssen und daß die arabischen Länder das legitime Recht haben, über ihre Entwicklung selbst zu bestimmen. Die Kräfte des Imperialismus sind aktiver geworden und die israelische Aggression ist angezettelt worden, gerade als immer mehr arabische Länder Maßnahmen trafen, um ihre nationale Unabhängigkeit zu untermauern.

Die israelische Aggression richtet sich unverkennbar gegen die nationale Freiheit und staatliche Unabhängigkeit der Millionen Araber von Kuweit, Damaskus und Bagdad bis nach Kairo, Algier und Casablanca. Es besteht nicht der geringste Zweifel daran, daß hinter

Tel Aviv die imperialistischen Kräfte stecken, die es auf die freie nationale Entwicklung der arabischen Staaten abgesehen haben. Dieselben Kräfte haben Tel Aviv großzügig die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt, sie haben ihm wirtschaftlich, moralisch und politisch Hilfe geleistet.

Es sei hinzugefügt, daß man hinter den israelischen Extremisten ohne weiteres nicht nur die Generale des Pentagons, sondern auch die Militaristen vom Rhein erkennen kann, die ihre Pläne nicht aufgeben wollen. Die direkte Beteiligung Bonns an den Umtrieben der israelischen Extremisten kann mit keinerlei „Neutralität“ bemäntelt werden. Bonn hat nicht nur gehetzt, es hat nicht nur seine diplomatischen Beziehungen zu einigen arabischen Staaten der engen Partnerschaft mit Israel aufgeopfert, sondern hat dessen Armee auch Waffen und anderes Heeresgut geliefert. Als die nahöstliche Krise in vollem Gange war, schickte die Bundesrepublik demonstrativ eine große Partie Gasmasken nach Israel. So entstand im Kriegstaumel, auf dem Boden des gemeinsamen Abenteuerstums und des gemeinsamen Hasses gegen alles Fortschrittliche, auf dem Boden der Feindschaft für die arabischen Völker und ihren Kampf um Festigung ihrer Unabhängigkeit und um sozialen Fortschritt die Allianz der extremistischen Kreise von Tel Aviv nicht nur mit Washington, sondern auch mit Bonn.

Unmittelbar vor der israelischen Aggression wurde im Lande künstlich eine Psychose angefacht, wurde die Spannung erhöht und das Terrain für die Aggression vorbereitet. Es hagelte förmlich von Anschuldigungen gegen die arabischen Staaten. Die darauffolgenden Ereignisse haben gezeigt, daß die VAR, Syrien und die anderen arabischen Staaten keineswegs aggressive Absichten hatten, daß sie zu keinem Überfall rüsteten und daß gerade Israel fieberhaft seinen räuberischen Angriff auf die arabischen Staaten forciert hat. An dem Waffenkonflikt im Nahen Osten waren keineswegs die Völker und die arabischen Länder interessiert, sondern die Kräfte des Imperialismus, die Ölmonopole, deren Komplize Israel ist.

Es ist kein Wunder, daß der Aggressor bei der Debatte im Sicherheitsrat über die Aggression Israels gegen die arabischen Staaten erklärte Schützer

und Helfershelfer gefunden hat, die bemüht waren, dem Rat Hindernisse zu bereiten und Israel die Möglichkeit zu geben, sich über die Ratsbeschlüsse hinwegzusetzen und Zeit für neue Annexionen und für die Ausführung seiner verbrecherischen Pläne zu gewinnen.

Damit erklärt es sich, warum der Sicherheitsrat faktisch ununterbrochen Sondertagungen abhalten, warum er dreimal Beschlüsse eigentlich zu ein und derselben Frage fassen und seine Forderung wiederholen mußte, daß Israel die Feindseligkeiten sofort einstellen soll.

Dank dem Beistand der USA, eines ständigen Mitglieds des Sicherheitsrates, und einiger anderer Ratsmitglieder, die sich der Annahme des Beschlusses widersetzen, in dem der Aggressor verurteilt und gefordert wird, daß er seine Truppen sofort auf die Stellungen zurücknimmt, die er vor Beginn der Kampfhandlungen innehatte, konnten sich die herrschenden Kreise von Tel Aviv frech über die Beschlüsse des Sicherheitsrats hinwegsetzen, die Aggression weiterführen und ausdehnen und immer neue Gebiete der arabischen Länder an sich reißen.

Selbst nachdem der Sicherheitsrat den Beschluß gefaßt hatte, daß das Feuer und die Kampfhandlungen im Nahen Osten unverzüglich einzustellen

sind, ist Israel hinterhältig — entgegen den beiden Resolutionen des Sicherheitsrates vom 6. und 7. Juni — in die Syrische Arabische Republik eingefallen, hat einen Teil dieses arabischen Landes besetzt, hat Bomben auf Kairo und auf den Raum von Damaskus abgeworfen.

Die herrschenden Kreise von Tel Aviv haben den Sicherheitsrat wissentlich betrogen, sie haben versichert, daß Israel seinem Beschluß nachkomme, haben in Wirklichkeit aber die Aggression fortgesetzt. Im Laufe der Debatte stellte es sich heraus, daß Kairo und Damaskus bombardiert und der Einfall in Syrien ausgeführt wurde, gerade als der Vertreter Israels im Sicherheitsrat seine scheinheiligen Reden führte und versuchte, die Ratsmitglieder zu täuschen, um von den verbrecherischen Akten des israelischen Militärklüngels im Nahen Osten abzulenken. Zu gleicher Zeit taten die israelischen Behörden alles, um die Beobachter der UNO daran zu hindern, an Ort und Stelle ihre Funktionen auszuüben und den Sicherheitsrat auf dem laufenden zu halten.

Über dieses Doppelspiel Tel Avivs waren die Mitglieder des Sicherheitsrats aus den sozialistischen und den afro-asiatischen Ländern empört, es wurde von ihnen verurteilt. Die sowje-

tische Delegation machte den Sicherheitsrat darauf aufmerksam, daß in Tel Aviv in letzter Zeit eine gefährliche Kriegspsychose herrscht. Von dort kommen Drohungen und Ultimaten, die an Frechheit und Zynismus kaum ihresgleichen haben. Mit Hochdruck werden Expansionspläne, Eroberungspläne und Pläne für eine Ummodellung der nahöstlichen Landkarte aufgestellt.

Die frech gewordenen Interventen haben die berüchtigte Nazitheorie der Geopolitik in ihr Rüstzeug aufgenommen, die Theorie vom „Lebensraum“, von einer „Neuordnung“ und von „Lebensgrenzen“ im Nahen Osten. Den Völkern sind diese Ultimaten, diese hirnverbrannten Theorien, diese Redereien von einer „Neuordnung“ und einer Ummodellung der politischen Karte bekannt. Es waren die faschistischen Okkupanten, die die Losung ausgaben, daß die Karte Europas und der ganzen Welt umgemodelt werden müsse, die versuchten, mit Waffengewalt die „Neuordnung“ einzuführen, bis dann die Sowjetunion und die anderen Völker der faschistischen Bestie mit vereinten Kräften das Rückgrat brachen. Es ist doch hanebüchen, daß diese Methoden der faschistischen Räuber, die 1946 vom Internationalen Kriegstribunal verurteilt wurden, jetzt von einer Regierung hervorgeholt worden sind, die sich an-

Der Ölboykott

Der Beschluß der arabischen Erdölländer, die Öllieferungen nach den USA und nach England einzustellen, die die israelischen Aggressoren begünstigen, sowie den Suezkanal zu sperren, macht dem Westen große Schwierigkeiten, er ist für die kapitalistische Wirtschaft ein empfindlicher Schlag.

Auf acht arabische Erdölländer — Irak, Algerien, Kuwait, Libyen, Saudi Arabien, Abu Dhabi, Bahrein und Katar — entfallen ungefähr 60 Prozent des Ölexportes der kapitalistischen Welt. Voriges Jahr kamen von den 690 Millionen Tonnen Erdöl, die auf den kapitalistischen Weltmarkt gelangten, 400 Millionen Tonnen aus den arabischen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas.

Rund 250 Millionen Tonnen Erdöl, die aus dem Nahen und Mittleren Osten exportiert werden, gehen über den Suezkanal oder durch Ölleitungen nach dem Mittelmeer. Diese Leitungen verlaufen durch

Syrien und den Libanon, die die Helfershelfer bei der Aggression ebenfalls boykottieren.

Aus dem Raum des Persischen Golfs bezog England voriges Jahr 59 Prozent seines Treibstoffbedarfs, und noch ungefähr 30 Prozent bekam es aus den Ölrevieren Algeriens und Libyens. Was die USA betrifft, so decken die nahöstlichen Lieferungen lediglich 4 Prozent ihres internen Bedarfs. Dagegen wird der Bedarf der im Vietnamkrieg eingesetzten USA-Streitkräfte zu 50 Prozent im Raum des Persischen Golfs gedeckt (3 Millionen Tonnen jährlich).

Obwohl sich der Ölboykott der arabischen Staaten gegen die USA und England richtet, berührt er faktisch einen weiteren Kreis von Ländern. Die Aggression Israels, dem Washington und London den Rücken gesteuert haben, hat auf dem kapitalistischen Ölmarkt ernste Schwierigkeiten verursacht. Besonders be-

unruhigt sind die Länder Westeuropas, die ihren Brennstoff größtenteils aus dem Nahen Osten und aus Nordafrika beziehen.

Die imperialistischen Ölmonopole haben versucht, die Öffentlichkeit der Länder Westeuropas mit der großspurigen Erklärung zu beruhigen, daß sich die Sperrung der Öllieferungen nicht wesentlich auf sie auswirken werde und daß ihre Versorgung mit Erdöl ohne Schwierigkeit auf anderem Wege erfolgen könne. In den letzten zehn Jahren sind die Länder Westeuropas nämlich vom nahöstlichen Erdöl unabhängiger geworden, sie haben nicht mehr 80—90 Prozent ihres Imports dort bezogen, sondern nur 60 Prozent. In diesem Zeitraum haben die über die Suezkrise von 1956 erschrockenen Ölgesellschaften Riesentanker mit einer Wasserverdrängung von 50 000—60 000 Tonnen und noch mehr gebaut, die Öl aus dem Raum des Persischen Golfs auf Umwegen, um das Kap der Guten Hoffnung, nach Europa befördern können. Selbst dann ist der Öltransport oft billiger als mit gewöhnlichen Tankern durch den Suezkanal.

maß, ein Volk zu vertreten, das schwere Opfer zu beklagen hatte und dessen Blut von den faschistischen Henkern in Strömen vergossen wurde.

Einlaufende Meldungen besagen, daß die arabische Urbevölkerung mit Gewalt aus Gaza, Jerusalem und anderen Räumen vertrieben wird. In den von israelischen Truppen besetzten Gebieten wird eine Besatzungsverwaltung eingesetzt, werden für Städte und Gebiete Militärgouverneure ernannt. Allem Anschein nach bedient man sich der Praktiken, die die Nazibesatzer in den Ländern ausübten, welche im zweiten Weltkrieg ihrer Aggression zum Opfer fielen.

Der Ministerpräsident von Israel, Eshkol, erklärte am 12. Juni: „Machen Sie sich keine Illusionen, Israel wird nicht darauf eingehen, die Lage, die vor einer Woche bestand, wiederherzustellen... Wir haben das Recht, zu bestimmen, was die wahren Lebensinteressen unseres Landes sind und wie sie gesichert werden sollen. Die Situation, die bisher bestand, wird nie wiederkehren.“ Dieselben Ansprüche äußerte auch General Moshe Dayan. Er erklärte neulich: „Wenn sie“ (die arabischen Länder) „nicht mit uns reden wollen, wenn sie sich nicht mit uns hinsetzen wollen, dann bleiben wir, wo wir sind.“ Er fuhr fort: „Ich meine, daß wir auf

keinen Fall den Gaza-Streifen an Ägypten oder den westlichen Teil Jordaniens an König Hussein zurückgeben sollen.“

Zeigen diese Aussprüche nicht das wahre Gesicht des Aggressors, lassen sie nicht seine Expansionspläne erkennen, die lange vor den Ereignissen sorgfältig aufgestellt und dann ausgeführt wurden, als die Kräfte der Intervention den passendsten Augenblick für gekommen hielten?

Es ist nicht zu verkennen, daß die israelischen Aggressoren mit ihren Taten und Methoden bei ihrer Expansionspolitik keineswegs originell sind. Ebenso wie die Nazis versuchen sie, die Schuld auf das Opfer der Aggression abzuwälzen und die Völker zu täuschen. Sie ahmen auch ihre amerikanischen Schutzpatrone nach, die gegen das Volk Vietnams einen barbarischen Krieg führen und versuchen, von einer Machtposition aus ihre Bedingungen zu diktieren.

Die Tatsachen zeugen davon, daß im Nahen Osten, in Südostasien und in Lateinamerika dieselbe Verbrecherhand am Werk ist und dieselben imperialistischen Methoden angewandt werden. Ebenso wie der Boden Vietnams ist auch der Boden der arabischen Länder mit Napalm begossen worden, auf ihm wurden und werden ebensolche Schandtaten an der

friedlichen arabischen Bevölkerung begangen. Das alles ist ein einziges Komplott der imperialistischen Kräfte gegen die freiheitsliebenden Völker, die ihre Souveränität und Freiheit gegen die Kolonialunterdrücker behaupten und für nationale Befreiung kämpfen.

Der Vertreter Jordaniens klagte Tel Aviv im Sicherheitsrat mit zornigen Worten an, er wies darauf hin, daß Politik und Methoden Israels der Politik und den Methoden gleichen, die die Nazis anwandten. Er sagte:

„Die einen wie die anderen frönen dem Begriff der Expansion, die einen wie die anderen haben den Begriff des Rassismus, die einen wie die anderen halten sich an das Gewaltkonzept, wollen durch Einfälle und Gewaltakte ‚Lebensraum‘ erobern, die einen wie die anderen haben 5. Kolonnen im Ausland...“

Schon in den ersten Stunden der israelischen Aggression gegen die arabischen Staaten hat die Sowjetunion die israelischen Okkupanten angeprangert, hat entschieden verlangt, daß ihre hinterhältigen und verbrecherischen Akte verurteilt, die Kampfhandlungen sofort eingestellt und die Truppen Israels hinter die Waffenstillstandslinie zurückgenommen werden.

Am 8. Juni 1967 brachte die Sowjetunion im Sicherheitsrat der UNO einen

Trotz der optimistischen Voraussagen spricht man im Westen jetzt offen davon, daß eine Ölwellkrise drohe. Wie ein Washingtoner Korrespondent der *New York Times* schreibt, hat ein Sprecher der USA-Regierung gesagt, daß die Ölgesellschaften „laut und unmißverständlich“ vom Entstehen einer Notlage sprechen, insbesondere im Hinblick auf die Belieferung Westeuropas mit Erdöl.

Die Supertanker reichen noch nicht aus, um dessen stockungslose Belieferung zu ermöglichen. Ein gewöhnlicher Tanker legt rings um Afrika einen fast doppelt so weiten Weg wie durch den Suezkanal zurück, und es dauert ungefähr drei Wochen länger. Dadurch steigen die Treibstoffpreise. Laut Reuter-Agentur werden die Kosten für die Ölbeförderung rings um das Kap der Guten Hoffnung je Schiff und je zusätzlichen Fahrttag um mindestens 300 Pfund Sterling steigen.

Durch die Einstellung der arabischen Öllieferungen droht der Wirtschaft Englands eine kritische Lage, obwohl seine Treibstoffvorräte nach offiziellen Angaben noch drei Monate reichen müßten. Die Schwierig-

keiten werden dadurch noch empfindlicher, daß England praktisch eines großen Teils der Lieferungen aus Nigeria verlustig gegangen ist, wo heftige innere Kämpfe im Gange sind.

Sehr beunruhigt sind die amerikanischen Ölkauflleute. Am 8. Juni kamen Regierungsbeamte mit Vertretern von 21 großen Ölgesellschaften zusammen, um über Öllieferungen nach Europa aus Gebieten zu konferieren, die außerhalb des Nahen Ostens liegen. Am 10. Juni hat die Regierung der USA erklärt, sie gehe daran, im Zusammenhang mit dem fast völligen Aufhören der Öllieferungen aus den arabischen Ländern Sonderpläne aufzustellen, weil „die Sicherheitsinteressen der USA weitgehend“ durch das Embargo gefährdet seien.

Die Obermacher im Ölgeschäft suchen eilig nach zusätzlichen Ölbezugsquellen. Sie erhoffen viel vom Ausbau der Ölgewinnung im Raum des Golfs von Mexiko und des Karibischen Meers, namentlich in Venezuela. Doch die Versuche, die Erschließung von Vorkommen in diesem Land vorübergehend zu forcieren, sind auf Widerstand bei der

Öffentlichkeit Venezuelas gestoßen, die nicht will, daß die Erschließung der nationalen Schätze von den Launen ausländischer Ölgesellschaften abhängig gemacht wird.

Zugleich wenden die imperialistischen Ölkönige den arabischen Erdölländern gegenüber ausgesprochene Erpressermethoden an. „Die Araber haben keine große Wahl, sie müssen so oder anders mit den britischen und den amerikanischen Gesellschaften Geschäfte machen“, sagte John Lichtbau, ein Sprecher des Amerikanischen Forschungsfonds der Erdölindustrie.

Solche Drohungen gegen die Araber sind schon öfter laut geworden. Zweifellos ist das normale Funktionieren der nah- und mittelöstlichen Ölviehere gestört, und dadurch werden die arabischen Länder selbst geschädigt. In schwerer Stunde aber sind diese Länder zu den Opfern, die ihnen der Ölboykott auferlegt, bereit, weil sie die Imperialisten damit zwingen wollen, ihre verbrecherische Politik im Nahen und Mittleren Osten aufzugeben und Aggressions- und Kriegskräften nicht länger Vorschub zu leisten.

G. Drambianz

Resolutionsentwurf ein, in dem sie vorschlug, daß die Aggressionsakte Israels und sein Verstoß gegen die Resolution des Sicherheitsrates, gegen die UNO-Charta und die Prinzipien der Vereinten Nationen entschieden verurteilt werden und daß von Israel gefordert wird, sofort die Kampfhandlungen gegen seine arabischen Nachbarstaaten einzustellen und alle seine Truppen aus diesen Staaten hinter die Waffenstillstandslinie zurückzunehmen.

Die USA, England und einige andere Westmächte haben die Verurteilung des Aggressors und die Forderung verhindert, daß er seine Truppen sofort aus den besetzten Gebieten zurücknimmt. Der Sicherheitsrat war außerstande, einen Beschluß zu fassen, wie er in der kritischen Situation unbedingt notwendig wäre. Er hätte so einen Beschluß aber im Einklang mit der Charta der UNO als die Körperschaft fassen müssen, die die Hauptverantwortung für den Weltfrieden und die Sicherheit trägt.

Einige westliche Vertreter wollten es sogar so hinstellen, als müßte eine Zurücknahme der Truppen Israels aus den von ihm besetzten Gebieten an irgendwelche anderen Bedingungen geknüpft werden, an eine Regelung der Gesamtlage im Nahen Osten usw. usf. Die sowjetische Delegation hat derlei Versuche energisch zurückgewiesen.

Die Washingtoner Diplomaten haben sich beeilt, einen eigenen Resolutionsentwurf einzureichen, der keine Verurteilung der Aggression Israels und keine Forderung nach der Zurücknahme seiner Truppen enthielt, sondern ein Versuch war, die arabischen Staaten dem Aggressor gegenüber in eine ungünstige Lage zu versetzen und die Zurücknahme der israelischen Truppen von allerlei Forderungen abhängig zu machen, die letztlich darauf hinausliefen, die Souveränitätsrechte der arabischen Staaten zu schmälern. Der amerikanische Entwurf leistete im Grunde genommen nur den Expansionsgelüsten und Anmaßungen der israelischen Extremisten Vorschub. Deshalb haben die arabischen Länder und die Sowjetunion ihn entschieden abgelehnt.

Die sowjetische Delegation hat den Vertreter der USA und die anderen westlichen Delegationen auf den Kopf zu gefragt, ob sie mit einer sofortigen und an keinerlei Bedingungen geknüpften Zurücknahme der Truppen Israels aus den von ihm besetzten Gebieten hinter die Waffenstillstandslinie einverstanden sind; ob sie zuzugeben bereit sind, daß es widerrechtlich und verbrecherisch wäre, ja der UNO-Charta und

den elementaren Grundsätzen des modernen Völkerrechts zuwiderliefe, wenn die israelischen Streitkräfte die besetzten arabischen Gebiete weiter besetzt halten sollten. Der Sicherheitsrat hat eine klare Antwort auf diese Fragen nicht erlebt.

Die Vertreter Indiens und Malis haben im Sicherheitsrat betont, daß ein Beschluß über die Zurücknahme der beiderseitigen Streitkräfte hinter die Waffenstillstandslinie gefaßt und daß erst dann die anderen Probleme erörtert werden sollen, die die sogenannten tieferen Ursachen der Spannung im Nahen Osten betreffen. Die Stellungnahme Indiens im Rat fußte namentlich auf dem allbekannten völkerrechtlichen Grundsatz, daß nicht zugelassen werden darf, daß ein Aggressor die Früchte seines Verbrechens genießt.

Wegen der Stellungnahme der Westmächte war der Sicherheitsrat jedoch genötigt, sich im Frühstadium mit Beschlüssen über die Feuereinstellung und die Einstellung der Kampfhandlungen zu begnügen. Das war nur eine erste Maßnahme, mit der man sich auf ganz kurze Zeit einverstanden erklären konnte, und nur, weil man die Opfer der Aggression vor den rabiaten Truppen Israels schützen mußte. Diese Maßnahme war aber ganz unvollständig. Der Sicherheitsrat ist ja laut UNO-Charta verpflichtet, der Aggression ein Ende zu machen und den arabischen Staaten VAR, Syrien und Jordanien wieder zu ihrem legitimen Recht zu verhelfen.

Deshalb bestand die Sowjetunion auch weiter entschieden darauf, daß im Sicherheitsrat über den sowjetischen Resolutionsentwurf abgestimmt wird. Dennoch konnte er auch im abschließenden Stadium wegen der Stellungnahme der zum Rat gehörenden westlichen Länder, vor allem der USA und Englands, die die aggressive Politik Israels offen unterstützen, nicht den notwendigen Beschluß fassen.

Für die im sowjetischen Resolutionsentwurf enthaltene Forderung, daß Israel seine Truppen sofort aus den besetzten arabischen Gebieten zurückzunehmen habe, stimmten die sozialistischen Länder (UdSSR und Bulgarien) und die afro-asiatischen Länder (Indien, Mali, Äthiopien und Nigeria), die dem Sicherheitsrat angehören. Die westlichen Staaten, die es nicht wagten, offen gegen diese berechnete und gesetzliche Forderung zu stimmen, legten ein sogenanntes verschleiertes Veto ein: Sie enthielten sich der Stimme. Und so wurde der sowjetische Resolutionsentwurf nicht angenommen.

Eine schwere Verantwortung dafür trifft die Staaten, die ihrer Pflicht als Mitglieder des Sicherheitsrates nicht nachgekommen sind. Infolgedessen ist eine Situation entstanden, in der von seiten der UNO und aller freiheitliebenden Länder Sondermaßnahmen zur Unterbindung der fortdauernden Aggression im Nahen Osten getroffen werden mußten.

Es war klar, daß eine weitere Debatte darüber im Sicherheitsrat jetzt nicht die nötigen Resultate zeitigen könnte. Deshalb war es notwendig, andere Mittel und Wege zur Ernüchterung des Aggressors zu suchen.

Bei der entstandenen Sachlage hielt es die Sowjetregierung für geboten, daß die UNO-Vollversammlung laut Artikel 11 der UNO-Charta über diese Situation debattiert und Beschlüsse faßt, die darauf abzielen, die Folgen der Aggression zu beheben und eine unverzügliche Zurücknahme der israelischen Truppen hinter die Waffenstillstandslinie zu erwirken.

Die Sowjetregierung beantragte, daß zu diesem Zweck ohne Aufschub eine Sondertagung der UNO-Vollversammlung anberaumt wird. Die meisten der UNO angehörenden Staaten haben sofort reagiert und sich mit dem Antrag der Sowjetregierung einverstanden erklärt. Typisch ist, daß die USA und Israel gegen diese sowjetische Initiative aufgetreten sind.

Die Sondertagung der UNO-Vollversammlung begann in New York am 17. Juni. Wegen der großen Tragweite der zur Debatte stehenden Frage übernahm Alexej Kossygin, der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, die Führung der Delegation der Sowjetunion. Zur Tagung trafen in New York auch viele andere führende Staatsmänner der UNO-Mitgliedstaaten ein. Die Sondertagung nahm ihre Tätigkeit auf. Schon jetzt aber kann man sagen, daß sich die UNO-Mitglieder mit Ausnahme der kleinen Gruppe von Helfershelfern des Aggressors für die Wahrung der Rechte der arabischen Völker einsetzen.

Die israelischen Aggressoren bleiben in diesen Tagen in den von ihnen besetzten Gebieten der arabischen Nachbarvölker. Worauf rechnen sie? Vielleicht erwartet man in Tel Aviv eine besondere Aufforderung? Vielleicht meint man dort, daß sich die Völker der Welt und die UNO damit abfinden werden, daß sie fremde Gebiete erobert und besetzt haben? Vielleicht rechnen

sie darauf, daß ihnen die arabischen Länder, die Sowjetunion, die sozialistischen Staaten und die anderen freiheitsliebenden Völker erlauben werden, die Früchte der frechen, hinterhältigen Aggression einzuheimsen und von einer Position der Stärke, von der Position

der Besatzer aus, die gewaltsam Gebiete von den arabischen Ländern loszutrennen suchen, ihre Bedingungen zu diktieren?

Wer das glaubt, ist auf dem Holzwege. Die Regierung in Tel Aviv darf sich darüber keinerlei Illusionen

machen: Israel wird für die Raubakte, die es verübt hat, voll zahlen müssen. Die Organisation der Vereinten Nationen muß ihr gewichtiges Wort sprechen, sie muß ihrer Pflicht laut Charta nachkommen.

New York, den 17. Juni

Kairo in der schweren Stunde

Es ist ein halber Monat her seit dem Morgen, an dem die auf den 50 Kilometer von der Hauptstadt gelegenen Militärstützpunkt Kairo-West abgeworfenen israelischen Bomben den Frieden im Nahen Osten störten. Diese Tage waren so ereignisreich und so voller Überraschungen, daß man sie kaum mit einer anderen Etappe in der Geschichte der Araber vergleichen kann.

Der hinterhältige Überfall Israels kam für die VAR unerwartet, und zwar nicht in strategischer, sondern in taktischer Hinsicht. Kairo hatte die Möglichkeit eines militärischen Zusammenpralls nicht ausgeschlossen. Einige Tage vor der Aggression Israels schrieb ein Mann aus der nächsten Umgebung Präsident Nassers, der Chefredakteur von *Al-Ahram* Hasanein Heikal in seinem Wochenkommentar, daß „ein Überfall des israelischen Militärklüngels auf die VAR von jedem Standpunkt, auch psychologisch, unausbleiblich“ sei. In Kairo qualifizierte man die Ernennung Moshe Dayans, der während der Dreieraggression von 1956 gegen Ägypten die Operationen auf der Sinai-Halbinsel geleitet hatte, zum Verteidigungsminister Israels als ein sicheres Zeichen dafür, daß Tel Aviv es auf eine breitangelegte militärische Kollision mit den Arabern abgesehen hatte. In der VAR erwartete man jedoch nicht, daß Israel seinen Überfall so blitzschnell verüben würde.

Überlassen wir es den Historikern, die anderen Ursachen der militärischen Schlappe der Ägypter zu analysieren, über die Präsident Nasser in seiner Fernsehrede vom 9. Juni unumwunden sprach. Nicht unwichtig war dabei die Fahrlässigkeit des Luftwaffenkommandos, woraufhin die israelischen Flugzeuge in niedriger Höhe vom Mittelmeer her ägyptische Flugplätze mit Bomben belegen konnten. Die Folge war, daß ein erheblicher Teil der ägyptischen Luftwaffe am Boden in Flammen aufging. Das hat nach den Worten Präsident Nassers praktisch eine Luftdekung der Panzertruppen der VAR in

Jewgeni Primakow berichtet aus der VAR

der Sinai-Wüste unmöglich gemacht. Nach einem Vorstoß von rund 200 Kilometern erreichten die israelischen Truppen am Morgen des 9. Juni die Ostküste des Suezkanals.

Gleichzeitig gelang es den Aggressoren, jordanisches Territorium westlich des Jordan zu besetzen. Zwischen dem 9. und dem 11. Juni besetzten israelische Truppen einen Teil syrischen Gebiets. Sie rechneten mit der friedlichen Bevölkerung in den besetzten Gebieten grausam ab. Besonders in Mitleidenschaft gezogen wurde die Bevölkerung Jordaniens. An der Sinai-Front setzte die israelische Armee ebenso wie an anderen Fronten Napalm ein. In Heliopolis, einem neuen Stadtbezirk von Kairo, in der Nähe des internationalen Flughafens, sah ich in einem Lazarett Menschen mit Napalm-Brandwunden. Viele dieser Unglücklichen, die mit Flugzeugen des Roten Kreuzes von der Sinai-Wüste hergebracht wurden, sind dem Tode geweiht.

Die israelischen Eroberungen geschahen, nachdem der UNO-Sicherheitsrat zwei Resolutionen über sofortige Einstellung der Feindseligkeiten beschlossen hatte. In seinen Äußerungen nach der Dreieraggression von 1956 klagte Moshe Dayan wiederholt, die UNO-Beschlüsse hätten Israel daran gehindert, „seine Aufgaben zu erfüllen“. Nun setzten die israelischen Truppen ihren Vormarsch entgegen den Forderungen des Sicherheitsrates fort. Erst nach mehreren energischen Erklärungen, vor allem nach der Erklärung der in Moskau zusammengetretenen führenden Persönlichkeiten der sozialistischen Länder, sah sich die israelische Führung genötigt, ihre Aggression abzubremsen.

Unterdessen meinte man wahrscheinlich in Tel Aviv und noch mehr in Washington und London, daß ihr politischer Hauptzweck, ein Sturz der Re-

gierung Nasser, nicht mehr fern sei. Man kalkulierte, daß der militärische Mißerfolg die regierungsfeindlichen Stimmungen in der Republik jäh verstärken würde. Die imperialistischen Politiker hatten ferner wohl gehofft, daß hohe Militärs in der VAR gegen Nasser auftreten würden, um sich der Verantwortung für die Niederlage zu entledigen.

In Kairo heißt es, daß am 9. Juni, als Nasser im Fernsehen seinen Rücktritt bekanntgab, in den Wohnungen der enteigneten ägyptischen Bourgeois Trinksprüche „auf Erfolg“ und „auf Veränderungen“ ausgebracht wurden. Das Frohlocken war aber verfrüht. Kaum hatte der Präsident seine Ansprache beendet, da zog das Volk auf die Straße. Im Grunde war das eine spontane Aktion der breiten Massen zur Unterstützung des fortschrittlichen Kurses, der unter Nassers Führung seit 15 Jahren in Ägypten gesteuert wird. Die Zeitung *Al-Gomhouria* schrieb, daß am Abend des 9. Juni ungeachtet des Fliegeralarms sowie in der Nacht und am Morgen des 10. Juni Demonstrationen und Kundgebungen kein Ende nahmen, gleichsam als „Maßnahmen zum Schutz der sozialistischen Revolution gegen den westlichen Kapitalismus“.

Der am Mittag des 10. Juni bekanntgegebene Beschluß Nassers, Präsident zu bleiben, wird von politischen Beobachtern in Kairo als ein wichtiger Sieg der Fortschrittskräfte gewertet.

Was denkt und spricht man darüber in Kairo? Hier einige typische Äußerungen.

„Die Geschehnisse haben Präsident Nasser und anderen revolutionären Führern gezeigt, daß ihre Hauptstütze die Werktätigen, das Volk, ist. Die Werktätigen waren es, die Nasser an der Macht gelassen haben.“

Ich weiß, daß es zu den Banalitäten gehört, sich auf ein Gespräch mit dem Taxichauffeur zu berufen. Das hörte ich aber wahrhaftig von einem jungen Taxifahrer in Kairo, der am Abend des 10. Juni nicht wie einer wirkte, der soeben

eine militärische Niederlage seines Landes durchgemacht, sondern wie der Vertreter eines Volkes, das einen großen Sieg errungen hat.

„Die Absetzung einiger hoher Militärs, darunter der Befehlshaber der Waffengattungen, ist der Anfang einer Rekonstruktion im Lande“, sagte der bekannte ägyptische Journalist Muhammad Oda. Er schrieb in *Al-Gomhouria*, daß eine Offensive gegen die „Militär-bourgeoisie“ notwendig sei.

Soeben ist eine Reorganisation der ägyptischen Regierung bekanntgegeben worden. Präsident Nasser wird gleich-

zeitig Ministerpräsident sein, ferner Generalsekretär der Arabischen Sozialistischen Union. *Al-Ahram* hebt hervor, daß diese Maßnahme getroffen wurde, „um die restlose Einheit von Staat und Volkskräften zu sichern“. In Kairo wird angenommen, daß die Reorganisation mehr als eine einfache Regierungsumbildung ist. Viele politische Beobachter betrachten die jetzige Periode als den Anfang einer neuen Phase der ägyptischen Revolution, in der die Volksmassen sich aktivieren und man sich auf die werktätigen Volksschichten stützt.

Arabische Solidarität

Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den USA und England und nach dem Erdölboykott ergriffen die arabischen Länder mehrere andere Maßnahmen gegen die Gönner der israelischen Aggressoren.

Die Regierungen Syriens, des Irak und Libyens beschlossen, den Handel mit den USA und England einzustellen. Auf Anregung des syrischen Staatschefs Nureddin Atassi beschlossen viele arabische Länder, ihre Depositen aus Banken dieser Westmächte zurückzunehmen. Libyen hat erklärt, alle geschäftlichen Beziehungen zu Washington und London einstellen zu wollen. Auch die Regierung des Sudan hat sämtliche Export- und Importgeschäfte mit England und den USA verboten. Mohammed Mahgoub, ein Vertreter der Arabischen Liga, hat erklärt, daß die Verluste Washingtons und Londons nach diesen Schritten der arabischen Länder sich auf Milliarden Dollars beziffern werden.

Ein Vertreter der Befreiungsfront des besetzten Südjemens sagte, es liege ein Plan für intensiven bewaffneten Kampf gegen die britischen Kolonialtruppen in diesem Raum vor. Die libysche Regierung hat die USA und England aufgefordert, in kürzester Zeit ihre Militärstützpunkte auf libyschem Territorium aufzulösen und das ganze Militärpersonal abzu-

berufen. Dieser Beschluß betrifft vor allem den größten Stützpunkt der USA im Nahen Osten, Wheelus Field, dessen Bau das Pentagon seinerzeit auf 76 Millionen Dollar zu stehen kam.

Der Ministerrat des Irak hat die Vorführung englischer und amerikanischer Kino- und Fernsehfilme verboten. Die syrische Regierung hat die Schließung aller englischen, amerikanischen und westdeutschen Schulen, Institute, Bibliotheken und Kulturzentren verfügt, die die Bevölkerung ideologisch bearbeiteten.

50 sudanesishe Ärzte sind aus Khartum nach Syrien gereist, wo sie die während der Feindseligkeiten Verwundeten behandeln werden. Syrien wird der Bevölkerung Jordaniens, die unter der israelischen Invasion besonders schwer zu leiden hatte, mit Lebensmitteln beistehen. Damaskus hat Jordanien ferner vorgeschlagen, über Syriens Territorium Phosphate, das wichtigste Exportgut Jordaniens, zu befördern, da dieses bis auf weiteres den Hafen Akaba nicht benutzen kann.

Am 17. Juni wurde in Kuweit eine Außenministerkonferenz von 13 arabischen Ländern eröffnet, die die Lage im Nahen Osten nach der israelischen Aggression erörterte. Es wurde dort beschlossen, die Konferenz in New York fortzusetzen, wohin sich die Außenminister zur Teilnahme an der Sondertagung der UNO-Vollversammlung begaben. Wie verlautet, soll diese Außenministerkonferenz ein arabisches Gipfeltreffen vorbereiten.

In den letzten Tagen hat sich die Tätigkeit der Arabischen Sozialistischen Union intensiviert, besonders ihres Kairoer Büros, dessen Sekretär Abdel Maguid Farid ist. „Nunmehr wird unser Kampf gegen den Imperialismus“, schrieb *Al-Gomhouria*, das inoffizielle Organ der Union, am 14. Juni, „nicht nur auf militärischem, sondern in erster Linie auf politischem Gebiet geführt. Ein höchst wichtiger Schritt zum Sieg ist die Entmachtung des Imperialismus in der Kultur, von den Schulen, den Universitäten, der Presse, dem Rundfunk und dem Film angefangen... Man muß die Lehrprogramme ändern, damit die junge Generation ein verlässlicher Schutz der Revolution ist... Es ist Zeit, die Arbeit von Fernsehen, Rundfunk und Presse, der wichtigsten Massenmedien, radikal zu überprüfen.“

„Gründliche Veränderungen sind in der ganzen arabischen Welt eingetreten“, sagte mir ein verantwortlicher Mitarbeiter der Arabischen Liga. „Mir scheint“, setzte er hinzu, „daß die israelische Aggression, die die revolutionäre Woge in der arabischen Welt eindämmen sollte, dieses Ziel nicht erreicht, sondern die Intensivierung des antiimperialistischen Kampfes hier gefördert hat.“

Das trifft auch auf die Länder zu, die früher betonten, daß sie an den Beziehungen zu den westlichen Staaten besonders interessiert seien. Das markanteste Beispiel dafür sei, so sagte mein Gesprächspartner, der Beschluß der libyschen Regierung, den amerikanischen Militärstützpunkt Wheelus Field schleunigst aufzulösen, sowie die Haltung Saudi Arabiens, das die Erdöllieferungen an die USA und England eingestellt hat. Es haben sich neue Möglichkeiten für die Konsolidierung der arabischen Welt auf antiimperialistischer Basis geboten: so schätzte dieser Mitarbeiter der Liga die Situation vor der arabischen Gipfelkonferenz ein, die offenbar demnächst stattfinden wird.

Die Ägypter erachten es natürlich für vordringlich, eine Zurücknahme der israelischen Truppen von der besetzten Sinai-Halbinsel zu erwirken. Die Präsenz dieser Truppen am Suezkanal, nur etwa anderthalb Stunden Autofahrt von Kairo entfernt, ist dazu angetan, sich auf die Mentalität der Menschen wie auch auf das Aussehen der VAR-Hauptstadt auszuwirken. Kairo hat immer noch nicht zu seinem normalen Zustand zurückgefunden. Mag sein, daß es nie wieder so lebensfroh und sorglos wie früher sein wird.

In diesen Tagen hört man in Kairo voller Spannung die Rundfunkübertra-

gungen von der Sondertagung der UNO-Vollversammlung in New York. Die Ägypter wissen, daß alle ihre wichtigsten Freunde dort dafür eintreten, die schweren Folgen der israelischen Aggression zu liquidieren, in diesem Nahostraum festen Frieden herzustellen. Es ist aber nur wenige Tage her, daß gewisse Leute in der VAR antisowjetische Stimmungen machen wollten.

Als *Al-Akhbar* zwei Artikel eines Skribenten veröffentlichte, der die Politik der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder zu verleumden suchte, wurden sie von der BBC in der arabischen Nachrichtensendung als wichtigste politische Meldung gebracht. Einige westliche Nachrichtenagenturen verbreiteten Berichte über „Demonstrationen“ vor der sowjetischen Botschaft in Kairo und über Zusammenstöße mit sowjetischen Staatsangehörigen in der VAR. Diese „Sensationen“ waren aber durchweg aus den Fingern gesogen.

Ol ins Feuer versuchten auch die chinesischen Propagandisten zu gießen. Radio Peking wie auch Radio Tirana

bemühten sich, die Sowjetunion und andere sozialistischen Länder zu diffamieren. Bezeichnenderweise wurden ihre „Argumente“ von konterrevolutionären Rechtselementen in der VAR aufgegriffen.

Die Hoffnungen derer, die in diesem für die VAR und andere arabische Länder so schweren historischen Augenblick versuchten, einen Keil zwischen sie und ihre Freunde zu schlagen, wurden getäuscht. In allen Kairoer Zeitungen erschienen am 13. Juni Beiträge, die die Position der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder hoch einschätzten. In den Organisationen der Arabischen Sozialistischen Union wurde eine weitgehende Aufklärungsarbeit geleistet. Auch in anderen arabischen Ländern trat man der Propagandamache des Westens entgegen.

Der algerische Außenminister Bouteflika erklärte am 18. Juni während seines Besuchs in Kairo einem Korrespondenten der algerischen Nachrichtenagentur gegenüber:

„Trotz der diversen Lügengerüchte

haben die Sowjetunion und die Länder des Ostblocks uns große materielle und moralische Hilfe geleistet. Außerdem haben sie sich bereit erklärt, uns zu helfen, die Folgen der Aggression zu liquidieren... Wir müssen uns jedoch auf unsere eigenen Kräfte stützen“, fügte er hinzu, „und das ist wichtiger als jeder Beistand, denn es ist klar, daß in erster Linie die Araber selbst ihre Rechte verteidigen müssen.“

Die VAR macht natürlich eine schwere Zeit durch. Von außen inspirierte Aktionen der konterrevolutionären Kräfte sind nicht ausgeschlossen, ebenso die Gefahr eines neuen israelischen Angriffs auf die VAR, um die dem Westen genehmen Veränderungen in Kairo zu erzwingen. Die Ereignisse beschleunigen jedoch die „Politisierung“ der ägyptischen Volksmassen. Das ist die Hauptsache. Nur dies verbürgt die Festigkeit der fortschrittlichen Umgestaltungen, die in den letzten Jahren im Lande erfolgt sind.

Kairo, am 19. Juni

Leserbriefe

EINE SCHWITZBUDE

Vor kurzem besuchte eine sowjetische Delegation unser Land. Man zeigte ihr Musterbetriebe, von denen es bei uns ziemlich viele gibt. Ich möchte aber nicht, daß meine sowjetischen Freunde eine falsche Vorstellung vom Dasein der australischen Arbeiter bekommen. Aus dem beigelegten Zeitungsausschnitt ist zu ersehen, wie es den Arbeitern einer unserer am besten gedeihenden Wirtschaftsbranchen, der Geflügelzucht, geht.

Les. Canfell

Sydney, Australien

Auf dem Zeitungsausschnitt steht u. a. folgendes:

„In der Ingham-Geflügelfabrik, einem der größten Unternehmen dieser Branche, sind hauptsächlich Frauen beschäftigt. Obwohl es weitgehend mechanisiert ist, schufteten sie wie Sklaven: Sie stehen bis an die Knie im Wasser, das vom Fließband rinnt, müssen blitzschnell hantieren und dürfen das Fließband zwei Schichten hintereinander (die meisten arbeiten Doppelschichten)

keinen Augenblick verlassen. Die Folge ist, daß junge Frauen schon nach vier Wochen abgehen, weil sie es nicht länger aushalten können. Wer bleibt, muß die Arbeit bald wegen Krankheit aufgeben.“

DAS IST SCHÄNDLICH!

Ich möchte die chinesischen Führer nochmals an die Verantwortung erinnern, die sie vor der Geschichte tragen. Ich meine nicht allein den Schaden, den sie mit ihren Umtrieben der kommunistischen Weltbewegung zugefügt haben. Es gibt nichts, womit es die chinesischen Führer rechtfertigen könnten, daß sie Einheitsaktionen gegen die amerikanische Aggression ablehnen und so die Bruderländer daran hindern, Vietnam die notwendige Hilfe zu leisten.

K. Sotow

Moskau, UdSSR

HEUCHELEI

Angesichts der ununterbrochenen Eskalation klingen Washingtons „Friedensvorschläge“ für Vietnam wie pure

Heuchelei. Je mehr die amerikanischen Aggressoren und ihre Helfershelfer von solchen Vorschlägen hermachen, desto klarer wird es, daß sie nichts weiter damit bezwecken, als die Weltöffentlichkeit über die weitere barbarische Aggression gegen das vietnamesische Heldenvolk hinwegzutäuschen.

Die USA-Imperialisten machen sich noch immer die Illusion, in Vietnam einen Waffensieg davontragen zu können. Daraus wird nichts. Jahre, nachdem die Yankee-Imperialisten den schmählichen Kolonialkrieg vom Zaun brachen, sind sie von ihrem Ziel noch ebenso weit entfernt wie damals, als sie sich auf das Abenteuer einließen. Das vietnamesische Volk, das wie ein Mann seine Heimerde vor den Okkupanten aus Übersee verteidigt, führt einen heroischen Kampf und ist fest entschlossen, seine Freiheit und Unabhängigkeit zu behaupten.

Gerd Wedemeyer

Wiesbaden, Westdeutschland

Hinter dem Rücken des kämpfenden Vietnam

Iona ANDRONOW

Wie zwischen Peking und Washington vereinbart, fand am 14. Juni in Warschau die 133. Zusammenkunft des chinesischen und des amerikanischen Botschafters statt. Sie dauerte über drei Stunden. Was bei diesen regelmäßigen Zusammenkünften besprochen wird, erfährt die Öffentlichkeit nicht. Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Warschau, John Gronouski, hat jedoch erklärt, seine vertraulichen Besprechungen mit dem chinesischen Botschafter seien „freimütig und ernsthaft“.

Der Orientfachmann Kenneth Young, ein bekannter Washingtoner Diplomat, schrieb im vorigen Herbst über diese Zusammenkünfte in der US-Zeitschrift *Foreign Affairs*:

„Diese Besprechungen halfen Washington offenbar, einen dauernden diplomatischen Kontakt zur Peking-Regierung zu unterhalten und mit ihr einen vielseitigeren Dialog zu führen als eine beliebige nichtkommunistische Regierung des Westens, die in Peking eine eigene Botschaft hat. Der Präsident verfügt so über einen zuverlässigen ‚Klappenschränk‘, durch den er sich jederzeit mit dem Peking-Politbüro über Vietnam verständigen kann... Die Verantwortlichen in Peking haben die gleiche Möglichkeit. In letzter Zeit ist Vietnam Gegenstand der Besprechungen in Warschau geworden. Obwohl der Meinungs- und Informationsaustausch die an der Oberfläche zu beobachtende Spannung nicht verminderte, hat er zur Unterrichtung über die offiziellen Absichten geführt, die Wege skizziert, die beiden Seiten offenstehen, und Fehlkalkulationen... verhindert.“

Was steckt hinter den ausweichenden Worten über gewisse zwischen Washington und Peking vereinbarte „offene Wege“, wo die beiden Länder in der Vietnamfrage doch eine diametral entgegengesetzte Politik zu betreiben scheinen?

In einem Kommentar zur vorausgegangenen, 132. amerikanisch-chinesischen Zusammenkunft, die dieses Jahr

in Warschau stattfand, schrieb die *New York Times*, Washington und Peking hätten einen „vorsichtigen Meinungs- und Informationsaustausch gepflogen“, um „einen direkten Zusammenstoß wegen Vietnam zu vermeiden“. Zur gleichen Zeit schrieb die Agentur India Press unter Berufung auf diplomatische Quellen, der chinesischen Führung sei bekanntgegeben worden, die USA wären „bereit, China entgegenzukommen, wenn dieses in der Vietnamfrage ebensolches Entgegenkommen bezeigt“.

Von welchem „Entgegenkommen“ kann hier die Rede sein? Es vergeht doch kaum ein Tag, an dem die chinesische Presse nicht über die „unerschütterliche Unterstützung“ schreibe, die Peking dem kämpfenden Vietnam erweise, und nicht beteuere, bereit zu sein, „jederzeit einen noch größeren Beitrag zur Unterstützung des anti-amerikanischen Kampfes des vietnamesischen Volkes zu leisten“. Erst am 23. Mai erklärte *Schenminshipao* im Zusammenhang mit dem Einbruch von US-Truppen in die entmilitarisierte Zone zwischen der DRV und Südvietnam: „Um den vietnamesischen Brüdern zu helfen, die amerikanischen Aggressoren endgültig zu zerschmettern, ist das chinesische Volk bereit, die größten nationalen Opfer zu bringen, ohne vor irgendeinem Risiko und vor irgendwelchen Opfern zurückzusehen.“ Nach einer so nachdrücklichen Warnung hätte sich der Aggressor doch ernstliche Unruhe bemächtigen müssen. Das war jedoch nicht der Fall. Als Antwort auf das Grollen aus Peking erklärte ein Sprecher des State Department der USA in Washington amerikanischen Journalisten, ein Eingreifen Chinas in den Vietnamkonflikt sei „höchst unwahrscheinlich“.

Am 21. Mai sprachen im amerikanischen Fernsehen Senator Albert Gore und sein Kollege Joseph Clark. Beide gehören dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten an. Wie sie erklärten, unterhalten die führenden

Staatsmänner Washingtons und Pekings „schon lange“ geheime Kontakte, um zu verhindern, daß sich in Vietnam eine Situation ergibt, die eine für beide Seiten unerwünschte Konfrontation nach sich ziehen könnte.

Senator Gore erklärte ferner, abgesehen von allem anderen hätten „die Führer Rotchinas den USA mitgeteilt, sie wären entschlossen, Krieg zu führen“, um eine amerikanisch-vietnamesische Friedensregelung „zu verhüten“... Gegen wen würde Peking in einem solchen Fall auftreten? Gegen die USA und die Demokratische Republik Vietnam zugleich? Sollte dem ehrenwerten Senator das alles etwa geträumt haben?

Prüfen wir die Tatsachen. Am 28. Januar 1967 brachten alle führenden Zeitungen von Hanoi ein Interview des australischen Journalisten Wilfred Burchett mit dem Außenminister der DRV, Nguyen Duy Trinh, welcher folgendes erklärte:

„Nach der bedingungslosen Einstellung der amerikanischen Bombenabwürfe und aller anderen Aggressionshandlungen gegen die Demokratische Republik Vietnam, und nur nach dieser, können Verhandlungen zwischen der DRV und den Vereinigten Staaten stattfinden.“

Diese Erklärung wurde von der Weltöffentlichkeit als eine Friedensinitiative der Staatsführung der DRV aufgefaßt. Ins Detail gehend, schrieb Burchett:

„Hanoi ist bereit, sich mit den USA an einen Tisch zu setzen und Vorverhandlungen zu führen, um zu prüfen, welche Maßnahmen zur Einstellung des Vietnamkrieges getroffen werden könnten. Die Hauptbedingung ist: Die Bombenangriffe auf Nordvietnam und die anderen Kriegshandlungen gegen das Land wie die Beschießung der Küste müssen für immer eingestellt werden.“

Aber der erste Schritt zum Frieden in Vietnam wurde nicht getan. Washington stellte seine Aggression gegen die DRV nicht ein, Peking aber verdammt durch seine Presse die, wie sich die Agentur

Hsinhua damals ausdrückte, „große Verschwörung von Friedensverhandlungen durch eine Unterbrechung der Bombenabwürfe“. Den ganzen Februar 1967 hindurch schmähten die chinesischen Zeitungen die in Hanoi geäußerte Idee eines Dialogs zwischen der DRV und den USA als „finsternen Plan eines Verrats“, als „Betrug“ und als ein „fernöstliches München“. In Peking wurde warnend erklärt, daß China „die Entwicklung in Vietnam wachsam verfolgt“. (*Schenminschipao* vom 20. Februar 1967.)

In ebendiesen Tagen schrieben die „roten Wachmannschaften“ in einem Flugblatt:

„Das große chinesische Volk führt die proletarische Kulturrevolution durch, und zur gleichen Zeit fordert ein Teil der Führer Nordvietnams einen Waffenstillstand, damit sich die amerikanischen Aggressoren und ihre Hunde einer unbeschwerten Erholung überlassen können. Das ist ein ungeheuerliches Verbrechen!“

Alles läßt also darauf schließen, daß Washington und Peking am gleichen Strang ziehen, daß beide einer friedlichen Lösung der Vietnamfrage entgegenwirken. Damit ist ihr gegenseitiges „Entgegenkommen“ aber noch nicht erschöpft. Das beweist die kürzlich veröffentlichte Unterredung Mao Tse-tungs mit dem amerikanischen Journalisten Edgar Snow. Snow war Anfang der 30er Jahre, als er zum ersten Mal nach China gekommen war, mit Mao Tse-tung zusammengekommen und genießt seither dessen Wohlwollen und Vertrauen. Im Jahre 1937 veröffentlichte Snow nach zahlreichen Gesprächen mit Mao dessen Lebensbeschreibung. 1960 erhielt er zum Unterschied von den anderen amerikanischen Journalisten von Peking die Einreisebewilligung, stattete Mao Tse-tung einen Besuch ab und unterhielt sich neun Stunden mit ihm. 1965 kam er wieder nach Peking und hatte die Ehre, mit Mao zu speisen. Wie Snow schrieb, führte Mao mit ihm ein Gespräch „schan nan hai pej“ („von den südlichen Bergen bis zu den nördlichen Meeren“). Dieser ganz außerordentliche Empfang war offenbar damit zu erklären, daß Snow von Peking und Washington zum Informationsaustausch über wichtigste Fragen benutzt wird. Hauptgegenstand des Gesprächs bei seiner letzten Zusammenkunft mit Mao war Vietnam. Und dieses Gespräch hatte weitgehende Folgen.

Über zwei Jahre hielt Snow den Inhalt der Unterredung geheim; erst am 11. März 1967 berichtete er darüber in

der französischen Zeitschrift *Paris-Match* unter dem Titel „Was mir Mao sagte“.

Wie Snow schreibt, fragte er Mao Tse-tung zweimal, ob dieser nicht eine persönliche Botschaft an Präsident Johnson übermitteln wolle oder ob er irgendwelche Vorschläge für die amerikanische Regierung habe. Damit gab Snow zu erkennen, in wessen Auftrag er gekommen war. Die Zusammenkunft zwischen Snow und Mao fand am 9. Januar 1965 statt, zu einer Zeit also, zu der die amerikanische Luftwaffe ihre Piratenangriffe auf die Demokratische Republik Vietnam bereits aufgenommen hatte, jedoch noch von massiven Luftangriffen absah, da Washington befürchtete, China könnte dem Appell der Sowjetunion zum gemeinsamen Vorgehen zur Unterstützung Vietnams Folge leisten oder selbst entscheidende Schritte tun.

Was sagte Mao Tse-tung dem Beauftragten Washingtons in diesem kritischen Augenblick? Wie Snow jetzt mitteilt, lehnte er jede Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zur Unterstützung Vietnams strikt ab. Außerdem aber erklärte Mao Tse-tung, als von der Möglichkeit eines Zusammenstoßes mit den USA wegen Vietnams die Rede war:

„Ein Krieg könnte nur ausbrechen, wenn amerikanische Truppen nach China kämen... Die Chinesen werden nur Krieg führen, wenn die Vereinigten Staaten China überfallen.“

Drei Wochen nach dieser liebenswürdigen Aufklärung begannen massive Bombenschläge der amerikanischen Luftstreitkräfte gegen die friedlichen Städte, Dörfer, Verkehrswege und Fabriken Nordvietnams.

Snow stellte Mao Tse-tung während jener Unterredung auch die Frage:

„Hätte China etwas gegen eine Genfer Konferenz zur Verwirklichung der Genfer Abkommen von 1954, ohne daß die USA zuvor ihre Streitkräfte aus Vietnam abgezogen hätten?“

Die Antwort lautete:

„Was ihn, Mao, betreffe, so glaube er, man müsse mehrere Möglichkeiten in Betracht ziehen. Erstens könnte eine Konferenz stattfinden, auf die der Abzug der USA folgen würde. Zweitens könnte die Konferenz bis zum Abzug der USA aufgeschoben werden. Drittens wäre es möglich, daß die Konferenz abgehalten wurde, aber amerikanische Truppen in der Umgegend von Saigon verblieben.“

Man sieht ganz deutlich, daß diese „Punkte“ in flagrantem Widerspruch zu

den bekannten Bedingungen einer allgemeinen politischen Regelung des Vietnamproblems stehen, die die Regierung der DRV und die Nationale Befreiungsfront Südvietnams gestellt haben.

Wie um die Bedeutung seiner Zusammenkunft mit Snow zu unterstreichen, ließ sich Mao mit diesem fotografieren, und das Bild erschien in der Auslandspresse. Nach der Veröffentlichung des Interviews Maos mit Snow hielt es Peking nicht für notwendig, Snows Worte in Abrede zu stellen oder ihn in irgendeiner anderen Form zu desavouieren.

Dieses Doppelspiel setzte Peking fort und informierte Washington auch weiterhin über seine Absichten in bezug auf die Vietnamfrage. Mit Botschaftertreffen oder Gesprächen Pekinger führender Persönlichkeiten mit amerikanischen Journalisten hat es dabei nicht sein Bewenden. Offenbar werden auch geheime Kontakte auf einer anderen Ebene unterhalten, die es ermöglichen, ungeniert einen Kuhlhandel hinter dem Rücken Vietnams zu treiben. Die *Washington Post* schrieb am 7. Mai, daß „Verbindungen zwischen chinesischen und amerikanischen Amtspersonen... auf einer breiteren Grundlage“ bestehen, „als allgemein bekannt ist“. Wie die Zeitung behauptet, hat die USA-Regierung über „dritte Personen“ bereits „zahlreiche Botschaften“ betreffs Vietnams aus China erhalten und sie mit „wiederholten Signalen an Peking“ beantwortet.

Offenbar ist dieser Geheimverkehr durch Vermittler heute bereits ein Allerweltsgeheimnis. Die in Kambojscha erscheinende *Nouvelle dépeche* schreibt z. B., zwischen Peking und Washington sei „ein unaufhörliches Geflüster“ über die Vietnamfrage im Gange. Die Prager *Rudé Právo* stellte in diesem Frühjahr fest, daß „zwischen China und den Vereinigten Staaten zweifellos eine Geheimabmachung besteht“. Der französische *Paris-Jour* teilt mit, Geheimverhandlungen „außerhalb Warschaus“ seien „von Mao selbst“ sanktioniert. Tschou En-lai trage „persönlich die faktische Verantwortung für diese Kontakte“.

Was die „dritten Personen“ angeht, die sich als Vermittler betätigen, so erwähnt die Presse unter ihnen am häufigsten den westdeutschen Großkaufmann Joachim Seidenschnur, einen ehemaligen Wehrmachtsoffizier, der illegal amerikanische Waffen aufkauft, um sie an Peking weiterzuverkaufen, den westdeutschen Unternehmer Siebert Stuhle wie auch Anna Wang, die Frau

des chinesischen Diplomaten Wang Ping-nan, die sich in Westdeutschland niedergelassen hat. Andererseits hat China westdeutschen Kaufleuten, Industriellen sowie „Experten“ und „Reisenden“ aller Art Tür und Tor geöffnet. Die Einpeitscher der Hetze gegen die Sowjetunion in Peking haben mit Bonn leicht eine gemeinsame Sprache gefunden, und Washington hat es gewiß nicht verabsäumt, die sich ihm damit bietenden Möglichkeiten für seine dunklen Machenschaften zu benutzen.

Wie weit geht nun die Handlungsfreiheit, die Peking Washington in Vietnam eingeräumt hat? Darüber werden nicht wenig Vermutungen geäußert.

Am 28. Mai, nach dem Eindringen amerikanischer Truppen in die entmilitarisierte Zone längs des 17. Breitengrads in Vietnam, brachte die New

York Times folgende Meldung, die aufhorchen läßt:

„Offizielle Sprecher weisen besonders darauf hin, daß keine eindeutige Verpflichtung Pekings vorliegt, etwas zu unternehmen, wenn die alliierten Streitkräfte“ (d. h. die Truppen der Interventionen) „nördlich des 17. Breitengrads vorgeschickt werden sollten, der Nordvietnam von Südvietnam trennt. Zur Zeit prüft man in Washington, wie China auf eine Landoffensive der Alliierten gegen Nordvietnam reagieren würde.“

Die New York Times fügte hinzu, ein „hochgestellter Regierungsvertreter“ der USA habe gesagt, die amerikanischen Truppen könnten „sich nach Nordvietnam in Bewegung setzen“ und „an dem Engpaß haltmachen“, der sich im Süden von Nordvietnam, bei der Stadt Vinh befindet, wobei sie kaum

eine Gegenreaktion Chinas zu befürchten hätten.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser unheilvolle Plan sich gleichfalls auf das erwähnte „Entgegenkommen“ und auf Geheimkontakte mit Peking gründet.

Die Washington Post gab am 7. Mai offen an, was sich Peking von dem Spiel erhofft, welches es hinter dem Rücken der Vietnamesen mit den USA treibt: „Offenbar nähert sich das kommunistische China jetzt allmählich dem Tag, an dem eine Normalisierung seiner Beziehungen zu den Vereinigten Staaten möglich wird.“

Wie man sieht, sucht sich Peking diese Normalisierung hinter dem Rücken des kämpfenden Vietnam, auf der Basis des Antisowjetismus und des Verrats an der sozialistischen Gemeinschaft zu verdienen.

Biographisches • Biographisches • Biographisches •

Ivan Málek

Am 12. Juni wurde in Prag dem Akademiemitglied Ivan Málek, einem hervorragenden tschechoslowakischen Mikrobiologen, der auch in der Öffentlichkeit tätig ist und unermüdlich für den Frieden kämpft, der Internationale Lenin-Preis 1966 „Für Festigung des Völkerfriedens“ überreicht.



Málek wurde am 28. September 1909 als Sohn eines Professors geboren. Er absolvierte 1932 die Medizinische Fakultät der Karlsuniversität in Prag und promovierte 1946. Zwei Jahre später erhielt er den Professorentitel. Er gehört der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei seit 1945 an.

Málek, ein Wissenschaftler von Welt Ruf, ist auch für sein öffentliches Wirken und seinen konsequenten Kampf für den Frieden hochangesehen. In den Jahren des zweiten Weltkriegs nahm er an der Widerstandsbewegung teil. Nach dem Sieg über Nazideutschland setzte er den Kampf gegen die Kriegsgefahr fort. Er gehört der Pugwash-Bewegung der Friedensanhänger an.

Málek ist Direktor des Instituts für Mikrobiologie und Präsidiumsmitglied der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften. Er ist der Autor von mehr als 100 Arbeiten auf dem Gebiet der allgemeinen, der medizinischen und der technischen Mikrobiologie, der Genetik, der Mikrobenbiochemie und der Erzeugung von Antibiotika (so der Monographien „Die Biologie der Zukunft“ und „Ungelöste Fragen der Wissenschaft“). Prof. Málek ist Deputierter der Nationalversammlung der ČSSR und seit 1962 Mitglied des Zentralkomitees der KPC.

Milan Klusák

Der Ständige Vertreter der ČSSR bei der UNO, Milan Klusák, wurde 1923 geboren. Von 1942 bis April 1945 war er von den Nazis als Teilnehmer der Widerstandsbewegung eingekerkert. Nach dem Krieg arbeitete er in der Jugend- und der Studentenbewegung und trat der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei bei. Von 1945 bis 1948 studierte er an der Juristischen Fakultät der Universität Brno. Nach einem weite-

ren Studium am Institut für Völkerrecht der Juristischen Fakultät der Moskauer Lomonossow-Universität erwarb er den Grad eines Kandidaten der Wissenschaften.

Seit 1948 ist Klusák Mitarbeiter des Außenministeriums der ČSSR. Von 1963 bis 1965 leitete er dort die Abteilung Internationale Organisationen. Im November 1965 wurde er zum Ständigen Vertreter der ČSSR bei der UNO ernannt.



Seit Anfang 1966 ist Klusák einer der Stellvertreter des Vorsitzenden des Dreißigköpfigen Ausschusses (Sonderausschuß für UNO-Operationen zur Aufrechterhaltung des Friedens). Auf der 42. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO wurde er für 1967 zum Vorsitzenden dieses Rates gewählt.

900 Tage Schlacht um Leningrad

Vor sechsundzwanzig Jahren, am 22. Juni 1941, fiel Hitlerdeutschland hinterhältig in der Sowjetunion ein. Es begann der Große Vaterländische Krieg. Schwer und blutig war dieser Krieg, ohne Zahl waren die Opfer, die er forderte. Aber dieser Krieg hat die beispiellose Tapferkeit der sowjetischen Menschen gezeigt, ihren großartigen Heroismus und ihre tiefe Ergebenheit für ihr sozialistisches Heimatland.

Von einer der Hauptschlachten dieses Krieges, der Verteidigung Leningrads, erzählt hier ein Teilnehmer, der Leningrader Schriftsteller Dmitri Lewonewski.

Je weiter die Leningrader Schlacht zurückliegt, desto deutlicher erstet die Großtat der Leningrader, die ihre Stadt verteidigten und der grausamsten Belagerung standhielten, von der die Geschichte zu berichten weiß.

Die Blockade, die 900 Tage — vom August 1941 bis zum Januar 1944 — dauerte, forderte von den Einwohnern der Stadt unglaubliche Opfer. Auf Leningrad wurden rund 150 000 Geschosse abgefeuert und 100 000 Bomben abgeworfen; über 3000 Gebäude wurden völlig zerstört und über 7000 schwer beschädigt. Während der Blockade kamen rund 650 000 Leningrader um. Alles Eßbare und vieles, was früher als ungenießbar gegolten hatte, wurde verzehrt, alles, was auch nur ein wenig Wärmespenden konnte, verheizt.

Zu Anfang der Belagerung hielten sich in Leningrad zusammen mit den Flüchtlingen mindestens 3 Millionen Menschen auf. Es gelang, etwa 600 000 — Verwundete, Kranke und völlig Geschwächte — über den Ladoga-See, auf der „Eisstraße“, fortzuschaffen.

In Leningrad gab es außer der militärischen auch eine starke Zivilverteidigung. Die Einwohner schützten heldenhaft ihre Stadt. Unter den Verteidigern von Leningrad spielten die Kommunisten die führende Rolle. In jenen Tagen traten über 50 000 Leningrader der Kommunistischen Partei bei.

Neben den Bastionen der Verteidigung, solchen wie die Festung „Oreschek“ bei Schlüsselburg, die Kronstädter Forts und die Betonbunker, gab es aber auch uneinnehmbare geistige Festungen. Schön hat von ihnen der

Dichter Nikolai Tichonow gesagt, daß die Verteidigungslinie durch die Herzen der Leningrader verlief, und um sie zu nehmen, hätte man vorher mindestens alle Patrioten töten müssen, die die Stadt Lenins verteidigten.

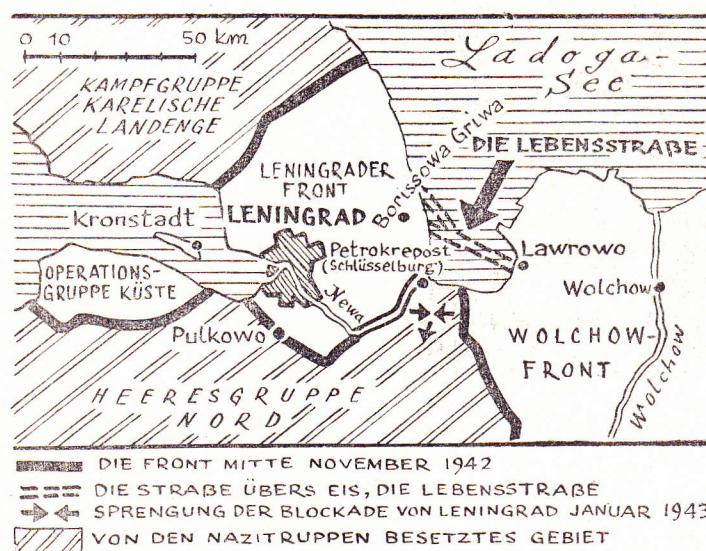
Hinterland und Front verschmolzen in eins. Jedes Haus wurde zur Festung gemacht, jeder Betrieb startete von Geschützen und MGs. Selbstschutz und Luftschutz bekämpften die Brände, hielten auf Straßen, Höfen und Dachböden Wache. Über 7000 Freiwillige hatten Tag und Nacht Dienst, besuchten Kranke und vom Hunger Geschwächte, halfen ihnen und sprachen ihnen Mut zu. In jener furchtbaren Zeit wurden 85 neue Kinderheime eingerichtet, in denen 30 000 Waisen Aufnahme fanden. Bei Räumarbeiten waren im Frühjahr

1942 300 000 Personen eingesetzt. Sie retteten Leningrad vor Seuchen.

Die Zivilverteidigung wurde zu einer achtungsgebietenden Kraft. Nicht umsonst fürchtete Hitler Straßenschlachten. Er warnte seine Truppen davor, die minierten und verbarrikadierten Straßen von Leningrad zu betreten. Der Führer hoffte, die Zeit werde sein Bundesgenosse sein, sie war aber der unsere.

In den Schützengraben vor Leningrad wurden schon bis 1942 viele Divisionen des wahnsinnigen Führers aufgerieben. Ein deutscher Soldat schrieb nach Hause: „Wenn es eine Hölle auf Erden gibt, so ist sie nicht in den Wüsten Afrikas, sondern in den Sümpfen vor Leningrad. Verflucht sei der Tag und die Stunde, als wir an diesen Frontabschnitt geschickt wurden.“

Die Verluste der Belagerer wuchsen, die der Belagerten nahmen ab. Wir hatten ausgezeichnete Scharfschützen, und die Marineartillerie beschoß treffsicher die Geschützstellungen des Feindes. Im Jahre 1943 zwang der Kampf gegen die Batterien den Gegner, seine Stellungen andauernd zu wechseln, er mußte deshalb die Belagerungsgeschütze auf offenen Güterwagen aufstellen. Ab 1943 dominierten über der Stadt die sowjeti-



schen Kampfflugzeuge. Unser Fla-Schutz wurde immer mehr verstärkt.

Die Feinde beschossen die Stadt. Hitlers Stäbe teilten Leningrad auf ihren Karten in Quadrate ein und feuerten mit Belagerungsgeschützen systematisch auf jedes Quadrat, auf die Brücken, Verteidigungsanlagen, Lazarette, Schulen und sogar Straßenbahnen.

Von den Leningrader Straßenbahnen möchte ich besonders erzählen. Am 15. April 1942 sahen feindliche Beobachter über der dunklen Stadt unerklärliche bläuliche Lichter aufblitzen. Was war das? Manche Nazis glaubten, das seien große Brände, andere, es sei eine Art Nordlicht.

Nach einigen Tagen meldeten deutsche Luftaufklärer, daß durch die Straßen des ausgestorben scheinenden Leningrads gewöhnliche Straßenbahnen fahren.

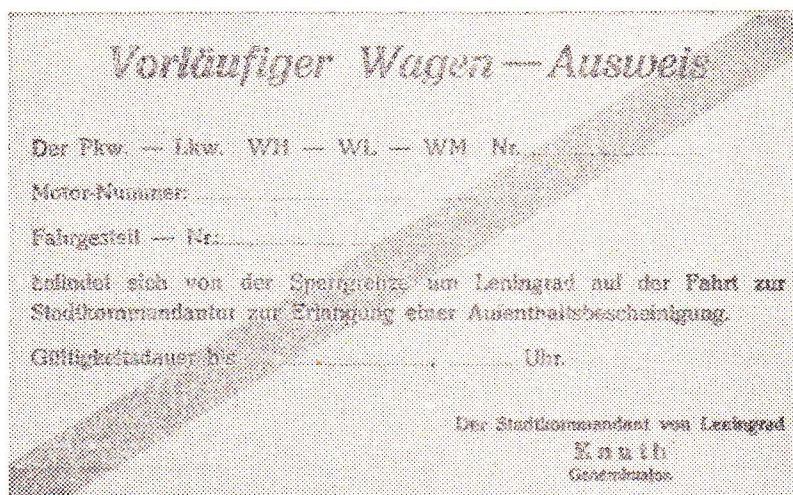
Ein Wunder! In der Stadt, die keinen Strom und keinen Brennstoff hatte, fuhren die Straßenbahnen! Der Feind konnte nicht wissen, daß auf fünf Straßenbahnlinien der Verkehr wieder aufgenommen worden war.

Die Leningrader jubelten. Das lustige Klingeln der Schaffner klang mit den Rufen zusammen: „Hurra! Wir werden siegen!“ Einige Tage beschloß die Wehrmacht Straßenkreuzungen, um den Straßenbahnverkehr lahmzulegen. Die Geschosse zerrissen die Leitungsdrähte, töteten Fahrer und Fahrgäste, aber sofort erschienen Instandsetzungsbrigaden, und die Bahnen fuhren wieder.

Woher nahmen sie den Strom? Am Grunde des Ladoga-Sees war ein Hochspannungskabel gelegt worden, durch das der Stadt und den Betrieben vom Wolchow-Wasserkraftwerk Strom zugeleitet wurde. Das wurde streng geheimgehalten. Die Leningrader wußten selbst nicht, woher der Strom kam. Man glaubte, daß die Wärmekraftwerke der Stadt im Sommer darauf eingerichtet worden waren, Torf zu verheizen.

Indessen belieferte der Erstling des Leninschen Elektrifizierungsplans, das Wolchow-Wasserkraftwerk, das die Soldaten der Wolchow-Front hartnäckig verteidigten und das vor Luftangriffen geschützt wurde, die belagerte Stadt.

Wie ein verwundeter Riese kam die Stadt wieder zu Kräften, reckte sich und rüstete zur Sprengung der Blockade. Der Strom vom Wolchow gab nicht nur den Maschinen in den Betrieben und den Straßenbahnen neues Leben. Rundfunk und Telefone, die den ganzen Winter geschwiegen hatten, ließen sich wieder hören, die Walzen der



Wagenausweis, ausgestellt vom „Stadtkommandanten von Leningrad“

Druckmaschinen drehten sich, und in den Treppenhäusern brannten blaue Birnen.

Im Sommer 1942 bildeten Flußdampfer und Schlepper mit Lastkähnen, plumpe, langsame Fahrzeuge, unter unablässigem Beschuß aus der Luft und von Schlüsselburg her eine schwimmende Brücke, die Leningrad mit dem übrigen Land verband.

So wurde noch eine Bresche in die Blockade geschlagen. In immer größeren Mengen trafen über Ossinowez und die Station Borissowa Griwa Nahrungsmittel, Medikamente und Munition in Leningrad ein. Auf der Rückfahrt beförderten die Dampfer gewöhnlich Verwundete, Kranke, Frauen und Kinder.

Der Tod mußte Schritt um Schritt weichen. Leningrad aber bereitete für die Feinde neue Überraschungen vor.

An den Mauern der Stadt Lenins prallten Licht und Finsternis zusammen, zwei Kräfte: der Kommunismus und der Faschismus, das Leben und der Tod.

Das Leben hat gesiegt!

Nikolai Tichonow erzählt: „Leningrad hat einer Belagerung standgehalten, wie sie keine einzige Stadt der Welt je erlebt hat. Ruft man sich die bekanntesten, in der Geschichte Europas ausgezeichneten Belagerungen ins Gedächtnis, die von Leiden, von Saragossa und von Paris, so springt einem der Unterschied zwischen jenen vergangenen Ereignissen und dem Leningrader Heldenlied ins Auge. Leiden, ein kleines Städtchen, wurde von den Truppen

des spanischen Generals Davila vom 25. Mai bis zum 3. Oktober 1574 belagert. Saragossa wehrte sich verzweifelt zweimal — 1808 und 1809 — gegen die Truppen Napoleons, aber beide Male nur kurze Zeit, und die Zahl seiner Einwohner und Verteidiger war gering. Was Paris betrifft, so begann seine Belagerung im September 1870 und endete im Januar 1871 mit der Kapitulation. Am Ende der Belagerung bekamen die Pariser 300 Gramm Schwarzbrot, das mit Hafer, Gerste oder Reis gestreckt war, und Pferdefleisch. Die Geschichte erlegte Leningrad die größte Verantwortung auf und unterwarf es den schwersten Prüfungen, als wollte sie die Standhaftigkeit seiner Bewohner auf die Probe stellen. Den glorreichen Traditionen aus der Vergangenheit getreu, haben die Leningrader diese Probe in Ehren bestanden.“

Schwer waren die Qualen der Einwohner von Coventry, Warschau und London. Sie sind aber nicht zu vergleichen mit dem, was die Verteidiger von Leningrad ausgehalten haben.

In schwerer Stunde legten die Leningrader einen bewundernswerten Erfindungsgeist an den Tag. Vor allem suchten sie nach neuen Nahrungsmitteln. Hefesuppen, Vitamine aus Kiefern- und Tannennadeln, Gelee aus Tischlerleim — die Zahl dieser Erfindungen ist unendlich. Von Akademikern geleitete Forschungsinstitute prüften den Nährwert des Ersatzes. Der Botanische Garten half den Kleingärtnern aus Pflänzlingen seltene Pflanzen ziehen, stellte fest, welche wilden Kräuter giftig und welche genießbar sind.

Vor mir auf dem Tisch liegt ein

„Merkblatt für Sammler wildwachsender essbarer Pflanzen“, das alle Leningrader kennen, die die Blockade mitgemacht haben. Das Merkblatt war abgezogen. Ich lese: „1. Brennesseln. Werden jung gepflückt, am besten rötliche. Bei ausgewachsenen Pflanzen sind nur die Blätter verwendbar. 2. Wegerich. Man pflückt die jungen Triebe mit Blättern.“ Am Schluß der Aufzählung stehen Rübsen und Sauerampfer.

Mancher Leser wird vielleicht lächeln, aber wir, die wir im belagerten Leningrad wohnten, wissen, daß diese Pflanzen Menschen das Leben gerettet haben.

Damals suchten die Leningrader Bibliothekare in hundertjährigen Büchern nicht nur „Leckerbissen der Volksküche“, sondern auch Rezepte für Zündmischungen. Selbstgemachte Streichhölzer tauchten auf, so groß wie ein Bleistift. Wie gut sie uns zustatten kamen, als der Streichholzvorrat zur Neige ging!

Wer vergäße auch die namenlosen Erfinder, die sich ausdachten, wie man aus den kärglichen Blockadere Ressourcen Blechöfen macht, die sehr wenig Heizmaterial brauchten, oder eine elektrische Taschenlampe, Summerchen genannt, mit einem winzigen Dynamo, der mit den Fingern in Gang gesetzt wurde, oder auch Akkulaternen für die Straßen, Phosphorplättchen, die in der Dunkelheit leuchteten, so daß die Passanten nicht zusammenprallten. Aber das waren Kleinigkeiten. Die Menschen dachten daran, wie sie möglichst schnell Panzer und Panzerwagen reparieren, aus Panzerstahl Bunkerdecken schweißen, möglichst viele Minen, Geschosse, Patronen, Handgranaten, Feldfunkgeräte, optische Zielgeräte für die Scharfschützen und eine Unmenge anderer Dinge herstellen könnten, die die Front brauchte.

Nun möchte ich von der Gartenkampagne im Frühjahr 1942 erzählen. Im Sommergarten und auf dem Marsfeld entstanden neben dem stolzen Suworow-Denkmal und den Flakbatterien kleine Beete. Die Verteidiger der Stadt wollten selbst Gemüse ziehen, um die Verkehrsmittel für Mehl, Medikamente, Geschosse und Patronen freizustellen.

Übrigens das Suworow-Denkmal. Es war das einzige der Stadt, das nicht mit Brettern verschalt und mit Sandsäcken abgedeckt war. Der Feldherr stand mit gezogenem Schwert unerschrocken und unbeugsam an der Auffahrt zur Kirow-Brücke, die täglich von der Nazi-Artillerie beschossen und oft aus der Luft mit Bomben belegt wurde. Das Monument war unversehrt, ein

Sinnbild des Mutes und der Standhaftigkeit der Leningrader.

Besucher Leningrads beugen auf dem Piskarew-Friedhof ihre Häupter an den Massengräbern, in denen tapfere Verteidiger der Stadt ruhen. In der Mitte der Gedenkstätte erhebt sich riesengroß ein Standbild, die Mutter Heimat, und zu beiden Seiten sind auf Granitplatten die Worte eingemeißelt: „Keiner ist vergessen, nichts ist vergessen“. Die Besucher des Friedhofs legen am Fuße des Denkmals Blumen nieder und ehren damit die Tausende namenlosen Helden in den Massengräbern.

Im Stadtmuseum ist eine kleine Waage zu sehen. Auf der einen Waagschale liegen zwei kleine Gewichte, auf der anderen 125 Gramm Brot. Das war die Ration, die die meisten Leningrader vom 20. November bis zum 25. Dezember 1941 bekamen. In einem Glas Kolben sieht man das graue Mehl der schweren Zeit. Ein Täfelchen zeigt seine Zusammensetzung an: minderwertiges Roggenmehl 50 Prozent, Salz 10 Prozent, Zellulose 15 Prozent, Sojamehl, Mehlstaub und Kleie je 5 Prozent.

Ehrfürchtig betrachten die Besucher das hutzliche Stückchen Brotersatz.

Der Museumsführer erzählt, daß die Stadt lebte, daß sie Musik hörte, daß in den Theatern Vorstellungen stattfanden, daß zwei Zeitschriften, die *Swesda* und *Leningrad*, erschienen, daß der Rundfunk funktionierte, daß Zeitungen gedruckt wurden und daß man in den Zuschauerräumen der „Musikalischen Komödie“ lachte. Karikaturzeichner und Satiriker brachten Plakate und Flugblätter heraus. Auf Fotos im

Museum sieht der Besucher Dmitri Schostakowitsch mit Feuerwehrhelm auf dem Dach des Leningrader Konservatoriums, wie er geschickt mit dem Feuerwehrschauch hantiert und Brandbomben löscht. Der Besucher sieht die Noten der berühmten Leningrader Sinfonie und liest, was Schostakowitsch 1941 im Rundfunk sagte:

„Vor einer Stunde habe ich Satz II meiner neuen Sinfonie beendet. Sollte mir dieses Werk gelingen und sollte ich Satz III und IV fertigbringen, so werde ich die Sinfonie die Siebente nennen. Trotz der Kriegszeit, trotz der Gefahr, die Leningrad droht, habe ich ziemlich schnell zwei Sätze der Sinfonie geschrieben. Warum sage ich das? Ich sage es, damit die Rundfunkhörer, die mir jetzt lauschen, wissen, daß *das Leben in unserer Stadt seinen normalen Gang geht*... Wir alle stehen jetzt Wache, und die Kulturschaffenden erfüllen ebenso ehrlich und aufopfernd ihre Pflicht wie alle anderen Bewohner Leningrads.“

In jenem Jahr sprachen im Leningrader Rundfunk die Schriftsteller Wsewolod Wischnewski, Alexander Fadejew, Nikolai Tichonow, Olga Bergolz, Alexander Prokofjew, Wissarion Sajanow und Michail Dudin.

Das ganze Land hörte die Stimme des unbesiegt Leningrads.

Hier ein Dokument: Ein Wagenausweis, unterzeichnet vom „Stadtkommandanten von Leningrad“, dem hitlerfaschistischen Generalmajor Knuth. Ein Ausweis zur Fahrt nach Leningrad. Das Original hat ein bekannter Leningrader Sammler, Oberst Zwetkow. Auf rauhem Papier mit blauem Querstreifen gedruckt, zeugt das kuriose Dokument vom Scheitern der Pläne der Eroberer. Zwetkow zeigt uns viele andere Passierscheine, Ausweise und Flugblätter aus jenen Jahren. Er schlägt ein Autogrammbuch auf, in das im Frühjahr 1945 Ilja Ehrenburg schrieb:

„Wer Leningrad kennt, der begreift, wie hirnverbrannt das Vorhaben der Deutschen war. So eine Stadt wollten sie in eine Siedlung ihrer Kolonisten verwandeln!... Der Krieg ist zu Ende: Wir sind in Berlin, weil die Nazis nicht in Leningrad eingezogen sind. Mag die Welt, mag Rußland, mag jeder einzelne, jede Frau und jedes Kind daran denken, wie Leningrad durchgehalten hat. Auf so eine Stadt kann man Jahrhunderte stolz sein.“

Jetzt, im Jubiläumsjahr der Oktoberrevolution, denken wir nochmals an die glorreichen Kämpfe vor Leningrad als eins der heroischsten Kapitel in der Geschichte unseres Volkes.



Je näher der 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution rückt, desto häufiger nimmt die Auslandspresse zu ihm Stellung. Beiträge, die die Errungenschaften unseres Landes objektiv werten und auf die Schwierigkeiten eingehen, die es zu überwinden hatte, können wir nur begrüßen.

Bei vielen bürgerlichen Ökonomen, Politikern und Journalisten spricht jedoch, sobald die Rede auf die Sowjetunion kommt, jedesmal ein bedingter Reflex an, der sie den Leser in die Schemenwelt halber Anerkennungen, halber Wahrheiten, ja selbst unverkennbarer Täuschungen führen läßt.

Einem englischen Sprichwort zufolge kann man selbst aus hundert Kaninchen kein Pferd machen. Ebenso machen hundert halbe Wahrheiten keine ganze. Typisch für solche halben Wahrheiten ist der umfangreiche Aufsatz „Rußland: Die nächsten fünfzig Jahre“, den die amerikanische Wochenschrift *Business Week* am 29. April d. J. brachte.

Im Westen ist der Trick im Schwange, die Errungenschaften der Sowjetunion mit der Behauptung zu bagatellisieren, das vorrevolutionäre Rußland sei reich gewesen und habe sich so rasch entwickelt, daß es imstande gewesen wäre, die Vereinigten Staaten einzuholen; auch ohne die sozialistische Revolution wäre Rußland zu einer Spitzenstellung in der Weltwirtschaft aufgerückt.

Diesen Standpunkt vertritt auch *Business Week*. Sie behauptet, die Historiker würden noch lange darüber debattieren, ob der Zarismus für Rußland nicht besser gewesen wäre als der Kommunismus. Schon vor der Revolution seien Rußlands Erfolge beachtlich gewesen: es habe jährlich 4 230 000 Tonnen Stahl erzeugt, 9 Millionen Tonnen Erdöl gewonnen, 600 Lokomotiven gebaut...

Gewiß, Rußland war ein reiches Land. Aber wie groß seine Schätze wirklich waren, hätte niemand sagen können. Vor der Revolution war nur ein Zehntel seines Gebietes geologisch erforscht, und auch das nur oberflächlich.

Um die letzte Jahrhundertwende entwickelte sich die Industrie in Rußland

tatsächlich rasch. Aber in der Eisen- und Stahlindustrie waren 72 Prozent, in der Erdölindustrie 60 Prozent, in der elektrotechnischen Industrie und in der Energiewirtschaft 90 Prozent des gesamten Kapitals in ausländischem, hauptsächlich englischem, französischem und belgischem Besitz.

Das industrielle Entwicklungstempo Rußlands war größer als das in England, gleich etwa dem in Deutschland und Frankreich, blieb aber beträchtlich hinter dem der USA zurück. Dem Berliner Konjunkturinstitut zufolge nahm die industrielle Produktion von 1900 bis 1910 in Rußland um 38 Prozent zu, in den USA dagegen um 64 Prozent.

Bestand für Rußland unter diesen Umständen auch nur die geringste Aussicht, die außerordentlich große Distanz zu verkürzen, die es von Nordamerika trennte? Wie Colin Clark, ein bekannter englischer Volkswirt, berechnet hat, belief sich 1895 bis 1910 der Umfang der industriellen Produktion Rußlands im Verhältnis zum gleichen Wert der USA auf 8,5 Prozent und 1910 bis 1913 auf 8,3 Prozent. Der Abstand zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten wurde also nicht geringer, sondern größer.

Der gleiche Schluß ergibt sich bei einem Vergleich der Naturalwerte. Im Jahre 1900 wurde in Rußland bedeutend mehr Erdöl als in den USA gewonnen, 1913 betrug die russische Erdölgewinnung nur noch ein Viertel der amerikanischen. Gleich die Roheisen- und Stahlerzeugung in Rußland um die Jahrhundertwende einem Fünftel der in den USA, so vor der Revolution nur noch einem Sechstel. Der Baumwollverbrauch — und die Baumwollindustrie war Rußlands höchstentwickelter Zweig und wuchs sehr rasch — betrug in Rußland, verglichen mit dem in den USA, sowohl 1900 als auch 1913 31 Prozent.

Das vorrevolutionäre Rußland hatte nicht die geringste Aussicht, die USA in der industriellen Produktion einzuholen. Dem Russischen Reich war das Los eines rückständigen, von anderen Mächten abhängigen Landes beschieden. Wie Lenin zu jener Zeit schrieb, „bleibt Rußland ein unglaublich, unerhört rückständiges, bettelarmes und halbbarbarisches Land, so schlecht mit modernen Produktionsinstrumenten aus-

gerüstet, daß es davon nicht mehr besitzt als ein Viertel der Produktionsausrüstung Englands, ein Fünftel von der Deutschlands, ein Zehntel von der Amerikas.“ Nur die sozialistische Revolution war imstande, Rußland vom Elend und von der Barbarei zu erretten, der Entwicklung seiner Produktivkräfte freien Spielraum zu verschaffen.

Was die heutige sowjetische Wirtschaft angeht, so schreibt *Business Week*: „Einerseits haben einige Schlüssel-sektoren der Schwerindustrie — Stahl, Erdöl, Elektroenergie — ihrem Ausstoß nach einen gewaltigen Umfang angenommen und sind modern. Besonders gilt das für Zement: Die Russen erzeugen mehr davon als die Vereinigten Staaten, die russischen Astronauten waren die ersten im Kosmos, und die russischen Piloten können in diesem Jahr die ersten Überschall-Verkehrsflugzeuge der Welt fliegen. Aber andererseits waren die Russen niemals imstande, ein anständiges Automobil zu bauen (sie bitten jetzt die Italiener, ihnen dabei zu helfen), und überhaupt wurden die Konsumgüter lange Zeit verächtlich behandelt, denn bevorzugt wurde die Schwerindustrie.“

Vor allem fragt sich, warum *Business Week* von den zahlreichen Erzeugnissen, in denen die Sowjetunion den USA überlegen ist, nur Zement erwähnt. Im Jahre 1966 war die Sowjetunion den USA in der Gewinnung von Steinkohle, Eisen-, Mangan- und Chromerzen, in der Erzeugung von Koks, im Bau von Diesel- und Elektroloks, Schleppern, Mähreschern und spanabhebenden Werkzeugmaschinen, in der Gewinnung von Nutzholz sowie in der Butter- und Zuckererzeugung voraus. Insgesamt belief sich die industrielle Produktion unseres Landes im Jahre 1966 auf mehr als 65 Prozent des Produktionsvolumens der USA gegenüber nur 12,5 Prozent im Jahre 1913. Von 1913 bis 1966 stieg die industrielle Produktion in den USA auf das 7,4fache, in der UdSSR dagegen auf das 66fache.

Nicht minder aufschlußreich ist die Veränderung der Relationen zwischen der Industrieproduktion der Sowjet-

Wahrheiten machen keine Wahrheit

union und der wichtigsten west-europäischen Länder.

Sowjetische Produktion in Prozent zur Produktion Englands, der BRD* und Frankreichs zusammen

	1913	1966
Elektroenergie	17	112
Kohle	7	135
Roheisen	16	123
Stahl	17	122
Zement	15	104
Schwefelsäure	4	93
Baumwollgewebe	18	196
Zucker	88	193

* Für 1913 Gesamtdeutschland

Business Week behauptet, die Sowjetunion könne kein „anständiges“ Automobil bauen. Weiß sie denn nicht, daß sowjetische Moskwitschs und Wolgas schon seit langem und mit Erfolg in Dutzende Länder exportiert werden? Bereits vor einem Vierteljahrhundert, während der schweren Kriegsjahre, erzeugte die Sowjetunion Zehntausende Panzer und Flugzeuge, die die ganze Welt als die Maschinen mit den besten Kampf- und technischen Werten anerkannte. Sollten die sowjetischen Wissenschaftler, Fachleute und Arbeiter, die als erste in der Welt Raumschiffe und Atomkraftwerke geschaffen haben, wirklich heute nicht imstande sein, erstklassige Automobile zu bauen? Das können nur Leute bezweifeln, die beschränkt sind oder den Leser irreführen wollen.

Wir sind nicht so naiv, zu sagen, alle sowjetischen Erzeugnisse hätten Weltspitzenniveau. Doch welches Land könnte das von sich behaupten? Die internationale Arbeitsteilung und Spezialisierung wird ja gerade ausgebaut, damit jedes Land mehr von dem erzeugen kann, worin es an der Spitze liegt und zu dessen Produktion es bessere Bedingungen als andere Länder hat.

Wenn die Sowjetunion mit der italienischen Firma Fiat ein Abkommen über Zusammenarbeit beim Bau eines großen Automobilwerks abgeschlossen hat, so aus dem Grunde, daß die Kreditklauseln, die vereinbarten Baufristen und andere Bestandteile des Abkommens mit dieser Firma für uns vorteilhaft waren. Vorteilhaft sind sie aber auch für Fiat. In der Sowjetunion ist eine gewaltige industrielle Bautätigkeit im Gange, jedes Jahr werden Hunderte

von Großbetrieben ihrer Bestimmung übergeben. Wenn uns irgendein Land Kredite und technische Hilfe zur Beschleunigung dieser Bautätigkeit zu Bedingungen anbietet, die beiden Seiten nutzen, so wäre es unvernünftig, darauf zu verzichten. Sollte *Business Week* das wirklich nicht wissen? Aber um der Antisowjetpropaganda willen stellt die Zeitschrift absichtlich die wahre Sachlage.

Was die Qualität der Konsumgüter angeht, so sind uns ihre Mängel ohnehin bekannt. Die sowjetische Presse bringt nicht wenig Informationen über Beanstandungen, die manche (doch längst nicht alle!) Waren hervorrufen, und teilt mit, daß die Erzeuger sich in solchen Fällen verpflichten, Maßnahmen zur Verbesserung der Güte zu treffen. Hier rennt *Business Week* offene Türen ein.

Gesteht diese Zeitschrift, wenn auch nur widerwillig, der sowjetischen Industrie wenigstens einige Errungenschaften zu, so versagt sie der Landwirtschaft selbst solche halbe Anerkennung. *Business Week* schreibt: „Die Kollektivierung der Bauernschaft in den Jahren 1931–1932 hat die russische Landwirtschaft so weit zurückgeworfen, daß sie sich nie mehr ganz erholen konnte.“

Prüfen wir, ob das stimmt.

Jeder weiß, daß die Landwirtschaft des zaristischen Rußland rückständig war. Das Dorf galt als Symbol von Barbarei und maßloser Ausbeutung. Etwa ein Drittel der Bauern war ohne Pferd und Gerät, zwei Drittel waren Kleinbauern. 130 000 Gutsherren, das Zarenhaus und die Klöster besaßen 152 Millionen Hektar Land, die hundert Millionen Bauern aber nur 215 Millionen Hektar.

Im Jahre 1917 vollbrachte die sozialistische Oktoberrevolution die radikalste und konsequenteste Bodenreform der Geschichte. Der Grundbesitz des Zarenhauses, der Klöster und der Gutsherren wurde restlos abgeschafft. Die werktätigen Bauern erhielten das, wovon sie geträumt und wofür sie jahrhundertlang gekämpft hatten: Grund und Boden.

Die weiteren Wachstumsmöglichkeiten des bäuerlichen Kleinbetriebs waren gegen Ende der zwanziger

Jahre erschöpft. Er konnte den wachsenden Bedarf des Landes an Lebensmitteln und Rohstoffen nicht mehr decken. Nur eine im großen betriebene mechanisierte Landwirtschaft konnte ein Wachsen der Agrarproduktion sichern.

Aber der amerikanische Weg zur Schaffung einer solchen Landwirtschaft war für die Sowjetunion nicht gangbar. Er hätte den Ruin von Millionen Kleinbetrieben und die Schaffung einer Klasse der Agrarbourgeoisie bedeutet. Dieses wie jenes war der sowjetischen Ordnung fremd.

Die Sowjetunion betrat einen anderen Weg, den Weg, den Lenin vorgeschlagen hatte: genossenschaftlichen Zusammenschluß der Bauernschaft, Schaffung von kollektiven Großbetrieben. Das war eine außerordentlich komplizierte und schwierige Aufgabe. Es galt, Millionen und aber Millionen Bauern zu überzeugen, sich von der eigenen Scholle, vom eigenen Eisen- oder Hakenpflug, vom eigenen Gaul loszusagen und in die Genossenschaft zu gehen. Wir hatten keine Erfahrungen beim Aufbau derartiger kollektiver Großbetriebe, und es ging nicht ohne Fehler ab. Das Leben warf die überraschendsten Probleme auf, und sie mußten unverzüglich gelöst werden.

All das liegt längst hinter uns. Unser Land hat eine sozialistische Agrarwirtschaft geschaffen, die wächst, sich entwickelt und ihre Lebensfähigkeit in jeder Hinsicht unter Beweis gestellt hat. Von 1913 bis 1966 ist die Bevölkerung der Sowjetunion um 47 Prozent größer geworden, die Agrarproduktion aber ist in dieser Zeit auf das 2,8fache gestiegen, allein im Jahre 1966 um 10 Prozent.

Hier die Angaben über das Wachstum bei den wichtigsten Erzeugnissen (Millionen Tonnen):

	1913	1966
Getreidebruttoertrag	86,0	170,8
darunter Weizen	26,3	100,4
Rohbaumwollertrag	0,74	5,98
Zuckerrüben-ertrag	11,3	73,8
Fleischerzeugung	5,0	10,8
Milcherzeugung	29,4	75,8
Eier (Milliarden Stück)	11,9	31,6

Das Elend und der Ruin der russischen Bauernschaft sind längst der Vergangenheit anheimgefallen, mit jedem Jahr steigt ihr Lebensniveau, hebt sich ihr Kulturstand.

Alle diese Angaben sind kein Geheimnis und sind hier nicht zum erstenmal veröffentlicht. Sie sind auch der *Business Week* zugänglich. Aber das Organ des Großkommerzes will die historischen Wandlungen in der Sowjetunion einfach nicht sehen.

Vor einigen Jahren mußte die Sowjetunion infolge ausnehmend schlechter Witterungsbedingungen eine gewisse, im Verhältnis zur Eigenproduktion geringe Getreidemenge im Ausland kaufen. Auf Grund dieser Tatsache sucht die Zeitschrift, alle Erfolge der Sowjetunion am Agrarsektor in Abrede zu stellen. Napoleon sagte einmal Künstlern: „Ich will, daß Sie den Heroismus meines Soldaten zeigen, Sie aber zeichnen die ganze Zeit die Warze auf seiner Nase.“ Etwas Ähnliches gilt für die Redakteure der *Business Week*.

Die Bevölkerung der Sowjetunion wächst, ebenso ihre Bedürfnisse. Es muß viel getan werden, um ständig

hohe Zuwachsraten der Produktion und der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft zu sichern, um die immer noch starke Abhängigkeit der Erträge von den Launen der Natur zu mindern. Wie die letzten Jahre zeigen, haben die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung, hat das ganze Sowjetvolk bereits viel getan, um diese wichtige Aufgabe zu lösen.

Zu den beliebtesten Mitteln, mit denen unsere ideologischen Gegner die sowjetische Gesellschaft zu diskreditieren suchen, gehört die These von der Ungleichheit in der Sowjetunion. *Business Week* schreibt: „Es ist den Sowjetkommunisten *tatsächlich nicht gelungen* (hervorgehoben von mir. J. J.), eine echte klassenlose Gesellschaft aufzubauen.“ Diese These versucht die Zeitschrift damit zu erhärten, daß es „rings um Moskau Datschen, Landhäuser, gibt, in denen berühmte

Schriftsteller und abgedankte Generale wohnen“. Die Sowjetunion braucht also nur die Datschen „abzuschaffen“, und schon hätte sie eine „echte klassenlose Gesellschaft“. Man schämt sich geradezu in dieser Frage mit *Business Week* zu polemisieren, so abgeschmackt ist ihre Behauptung. Um eine kurze Antwort werden wir aber doch kaum herumkommen.

Die Sowjetunion baut eine klassenlose Gesellschaft, den Kommunismus, auf. Wir behaupten nicht, daß diese Aufgabe bereits gelöst sei. Wir behaupten nur, daß die Ausbeuterklassen bei uns abgeschafft sind. Was die Datschen angeht, so gibt es sie rings um Moskau ebenso wie im Umkreis aller mehr oder minder großen Städte des Landes, und in diesen Datschen wohnen nicht nur berühmte Schriftsteller, sondern auch Hunderttausende einfache Städter, Ingenieure, Lehrer, Ärzte, Arbeiter.

Es gibt in der Sowjetunion einstweilen keine allgemeine Gleichheit. Im Sozialismus werden die Mitglieder der Gesellschaft nach der Güte und Menge ihrer Arbeitsleistung entlohnt. Daher Unterschiede in der Bezahlung und folglich auch in den Lebensverhältnissen.

Die Ungleichheit im Sozialismus hat jedoch nichts gemein mit der Ungleichheit der Menschen in der kapitalistischen Welt. In der Sowjetunion besteht die Ungleichheit unter den Werktätigen, deren einzige Existenzquelle die Arbeit ist. In den kapitalistischen Ländern dagegen besteht die Ungleichheit zwischen den *Klassen*, von denen die eine die Produktionsmittel besitzt, die andere aber nur ihre Arbeitskräfte. Die erste lebt praktisch auf Kosten der zweiten.

Am höchsten entlohnt wird in unserem Lande die Arbeit der großen Wissenschaftler, der besten Schriftsteller, der führenden Künstler, kurz, die Arbeit jener, deren Leistung in qualitativer und quantitativer Hinsicht für die Gesellschaft von gewaltigem Wert ist. Wohlgemerkt: Es handelt sich hier um Arbeit, nicht um Erbschaft, Börsenspekulation oder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die Einkommen der hochqualifizierten Kräfte in der Sowjetunion liegen über dem Lohn- und Gehaltsdurchschnitt. Aber die Mindestlöhne und -gehälter werden bei uns ständig erhöht, so daß sich der Abstand zwischen den Personen mit hohen und denen mit niedrigen Einkommen verringert. Je mehr die Handarbeit, die unqualifizierte Arbeit abgeschafft wird, je höher das Bildungs- und Kulturniveau der Werktätigen, desto mehr verringert sich der Abstand

Aus Haiti

nichts Neues

Man kann nicht sagen, daß die Nachrichten, die aus Port-au-Prince, der Hauptstadt Haitis, kommen, besonders mannigfaltig seien. Mit seltenen Ausnahmen handeln sie von Verhaftungen, Foltern und Hinrichtungen. Das gilt auch für die jüngsten Berichte, die aus der Domäne des Präsidenten François Duvalier durchgesickert sind. In den Kasematten der Festung Port-au-Prince sind 19 höchste Offiziere der Armee von Haiti hingerichtet worden. Sie sollen gegen „Papa Doc“, wie der Spitzname des Diktators lautet, konspiriert haben. Der Befehlshaber der Wache des Präsidentschaftspalasts, Hauptmann Tassy, wurde gleich bei der Verhaftung ermordet. Was aus den anderen Teilnehmern der Verschwörung geworden ist, unter denen fünf Minister waren, darunter der Innen- und der Verteidigungsminister, ist noch nicht bekannt.

Papa Doc hat nicht das erste Strafgericht unter hohen Offizieren seiner Armee gehalten, in der die oppositionellen Stimmungen weitverbreitet sind. Auffallend ist jedoch, daß diesmal auch der Chef der Leibwache des Diktators sowie Pierre Giordani, einer der höch-

sten Leiter der Tontons macoutes, der Geheimpolizisten, daran glauben mußten. Dabei waren die wegen ihrer Grausamkeit gefürchteten Tontons macoutes stets Papa Docs Hauptstütze. Daß ihr Chef abgesetzt und einer der nächsten Leibwächter Duvaliers beseitigt wurde, beweist ein übriges Mal, daß der Diktator von Haiti seinen eigenen Schatten fürchtet.

Wer aber unterstützt ihn?

Die Antwort enthält ein Artikel in der amerikanischen Zeitschrift *New Republic*. Sein Verfasser, Oberst Heintz, war lange Zeit Chef der Marinemission der USA in Port-au-Prince. Wie er schreibt, suchen zwar einige Politiker in Washington jetzt den Anschein zu erwecken, als wollten sie mit Duvalier nichts zu tun haben, da die Freundschaft mit ihm die amerikanische Diplomatie kompromittieren kann, doch unterstützen die USA in Wirklichkeit seine Diktatur. Oberst Heintz bekräftigt das mit dem Hinweis, daß Papa Doc vor kurzem von den USA über ungenannte Mittelsmänner eine neue Anleihe von mehr als einer Million Dollar erhalten hat und daß die amerikanische „Hilfe“ für Haiti in den letzten Jahren über 40 Millionen Dollar ausmachte.

Und doch findet Papa Doc keine Ruhe. Trotz der Washingtoner Hilfe erwartet er offenbar nichts Gutes von der Zukunft.

zwischen den Bevölkerungsgruppen mit den höchsten und den niedrigsten Einkommen. Diese Gesetzmäßigkeit wird durch die ganze Praxis des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion erhärtet.

Anders ist es in den kapitalistischen Ländern. Dort erweitert sich die Kluft zwischen arm und reich immer mehr. Es gibt Jahre, in denen eine günstige Konjunktur die Einkünfte der im Lohnverhältnis Stehenden wachsen läßt, noch mehr aber wachsen dann die Einkünfte der Monopole, der Finanzoligarchie. Auch dies ist eine Gesetzmäßigkeit, und sie wird durch die gesamte Praxis des Kapitalismus erhärtet.

Unlängst brachte *Business Week* Angaben über die Gehälter der amerikanischen Industriemanager. Sie

sind höchst charakteristisch. So kassiert Sarnoff von der Radio Corp. of America 290 000 Dollar im Jahr, Haider von der Standard Oil 270 000, Blough von der U.S. Steel 285 000 usw. Das ist jedes Mal das 60- bis 70fache des Jahreseinkommens eines amerikanischen Arbeiters. Dabei beziehen die Manager in den kapitalistischen Ländern auch Einkünfte als Unternehmer, die ein Mehrfaches ihres Gehalts ausmachen.

Business Week läßt sich in ihrer Übersicht auch über die Wirtschaftsreform in unserem Lande, über die Preise und vieles andere aus, und zwar mit derselben „Objektivität“, mit der sie die eben erwähnten Fragen behandelt hat. Einst stellten die bürgerlichen Zeitungen die Bolschewiki als

Popanze mit einem Messer zwischen den Zähnen hin. In diesen 50 Jahren hat die Welt sich davon überzeugt, daß die Bolschewiki keineswegs Straßenräubern ähneln. Sie haben gewaltige Erfolge in Wissenschaft, Kultur und Kunst errungen, haben ein rückständiges Land in eine starke Industriemacht verwandelt. Jetzt gehen die Exponenten der sowjetfeindlichen Propaganda, wie Figura zeigt, raffinierter vor. Aber der Zweck ist der gleiche geblieben: Das Sowjetland zu verleumdern, dessen Ansehen und Einfluß ständig wachsen.

Aber zweifellos wird es den Sowjetologen von der *Business Week* nicht anders ergehen als ihren Vorläufern aus der Epoche des Ur-Antikommunismus.

Eine Initiative von Parlamentariern

Anfang September 1966 traten in Belgrad die Vertreter von neun europäischen Parlamenten — aus Belgien, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Jugoslawien, Österreich, Rumänien, Schweden und Ungarn — zusammen. Sie regten eine Konferenz europäischer Parlamentarier an, um die Erfüllung der UNO-Resolution über die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Staaten zu fördern.

Am 25. November 1966 befürwortete die Bundesskupschtina der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien diese Initiative und äußerte ihre Zuversicht, daß diese Konferenz Positives zur Herstellung und Festigung des Vertrauens in Europa beitragen und die Ausdehnung der Zusammenarbeit sowie die sukzessive Befreiung Europas von den Äußerungen und Folgen des kalten Krieges fördern würde.

Am 14. Dezember 1966 richtete der damalige Skupschtina-Vorsitzende E. Kardelj an die Parlamentsoberhäupter der europäischen Länder ein Schreiben mit dem Ersuchen um ihre Meinung über die Einberufung einer Parlamentarierkonferenz und um Vorschläge zu ihrer Durchführung. Wie die jugoslawische Presse berichtet, sind zu diesem Ersuchen Antworten aus fast allen europäischen Ländern eingetrof-

fen: Die Parlamente sind mit dem Vorschlag einverstanden, eine Konferenz europäischer Parlamentarier einzuberufen, und meinen, daß diese zur Festigung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern Europas beitragen würde.

Dieser Ansicht sind Ständeratspräsident W. Rohner und Nationalratspräsident A. Schaller (Schweiz), Senatspräsident Paul Struye (Belgien), die Vorsitzenden der ersten und der zweiten Kammer E. Boheman und F. Thapper (Schweden), der Lordkanzler des Oberhauses Lord Gardiner (England), der Vorsitzende des Repräsentantenhauses G. Clerides (Zypern) u. a. Lordkanzler Gardiner schrieb in seiner Antwort: „Ich bin überzeugt, daß die in Ihrem Schreiben geäußerten Ideale bei vielen Mitgliedern des Oberhauses Anklang finden werden.“

Der Vorsitzende des Unionssowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, I. Spirdonow, und der Vorsitzende des Nationalitätensowjets, J. Paleckis, teilten in ihrem Antwortschreiben mit, daß sie im Prinzip der Einberufung einer Konferenz der europäischen Parlamente zustimmen. Sie hoben hervor, daß sie ihre Zustimmung nur „unter der Bedingung erteilen, daß die DDR auf keine Weise diskriminiert wird“.

Über die Notwendigkeit und Nützlichkeit der gleichberechtigten Teilnahme

der DDR an dieser Konferenz schreiben in ihren Antworten an den Vorsitzenden der Skupschtina der Bürovorsitzende der Bulgarischen Volksversammlung S. Ganowski, der Sejmarschall Cz. Wycech (Polen), der Vorsitzende der Großen Nationalversammlung Rumäniens S. Voitec und der Vorsitzende der Nationalversammlung der ČSSR B. Laštovička.

Der Volkskammerpräsident der DDR, Johannes Dieckmann, unterstützte gleichfalls die Initiative, eine solche Konferenz einzuberufen, und äußerte die Bereitschaft der Volkskammer, an ihrer Vorbereitung und Durchführung aktiv teilzunehmen, falls die gleichberechtigte Teilnahme der Vertreter aller europäischen Parlamente garantiert würde.

J. Dieckmann schlug seinerseits vor, daß die Konferenz auch die Anerkennung der bestehenden Grenzen und den Verzicht auf jede Forderung nach Grenzrevision sowie die Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten erörtern solle, einschließlich der Normalisierung der Beziehungen zwischen ihnen und den beiden deutschen Staaten.

Wie in der Erklärung der auf der Konferenz von Karlovy Vary vertretenen kommunistischen und Arbeiterparteien festgestellt wurde, verdient der Vorschlag, eine Konferenz der europäischen Parlamentarier einzuberufen, jede Unterstützung. Eine solche Konferenz könnte zu einer wichtigen Form gesamteuropäischer Zusammenarbeit werden.

G. S.

Stimmungen jenseits der Elbe

Es heißt, alles Urteil beruhe zuletzt auf Vergleichen. Als einer der sowjetischen Journalisten, die von der SPD-Presse nach Westdeutschland eingeladen waren, hatte ich die Möglichkeit, Äußerungen namhafter westdeutscher Politiker zu hören, und es fiel mir auf, wie sehr sich ihr Ton seit der Zeit „vor der großen Koalition“ geändert hat.

In Gesprächen mit führenden Politikern der Bundesrepublik hörten wir in der Regel keine der damals im Schwange gewesenen Standardphrasen von einer sowjetischen Bedrohung. Man sprach davon, daß die neue Regierung bestrebt sei, die Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern zu verbessern. Alle unsere Gesprächspartner aus dem amtlichen Lager versicherten uns, man betrachte die Bundesrepublik fälschlich als einen militaristischen Staat, es gebe dort gar keine Revanchisten.

Wir verglichen aber nicht nur den Ton in den Reden der Bonner Politiker. Wir verglichen auch ihre Erklärungen mit den Taten und den Absichten der „großen Koalition“. Da zeigte es sich, daß in keiner Kardinalfrage der westdeutschen Politik am „Bonner Gipfel“ der Wunsch zu ermitteln ist, die alten Dogmen zu überprüfen.

Im Gespräch mit uns betonte Bundeskanzler Kiesinger z. B., daß die Bundesregierung nicht beabsichtige, eine Grenzrevision mit Waffengewalt zu erzwingen. Über eine Anerkennung der gegenwärtigen Grenzen jedoch ließ er kein Wort verlauten. Dafür schärfte man uns immerzu ein, daß Bonn bestrebt sei, auch weiterhin seine Alleinvertretungs-Ansprüche zu erheben. Unsere Bemerkung, daß man die Existenz der DDR berücksichtigen müsse, wurde gewöhnlich mit Unbehagen aufgenommen.

Daß man in Bonn immer noch in

Alexander JEFREMOV

überlebten Kategorien denkt, äußerte sich ganz besonders in einer Unterredung mit Verteidigungsminister Gerhard Schröder. Nach außen hin ließ sich das Gespräch unter neuen Auspizien an: Zum ersten Male in der Geschichte der Bundesrepublik durfte ein Bus mit Sowjetbürgern das Tor des riesigen Gebäudekomplexes des Verteidigungsministeriums, des sogenannten Pentabonnus, passieren. Was Herr Schröder aber äußerte, war höchst traditionell. So verbreitete er sich über die „sowjetischen Raketen“, die es angeblich nicht ermöglichen, im Herzen Europas eine kernwaffenfreie Zone zu schaffen. Seltsam war, diese Worte aus dem Munde eines Ministers einer Regierung zu vernehmen, die von vornherein eine kernwaffenfreie Zone ablehnt! Überdies ist es kein Geheimnis, daß gerade Schröder eine „nukleare Trägerkapazität“ für die Bundeswehr verlangt.

In offiziellen Gesprächen versicherte man uns, in der Bundesrepublik gebe es keine Revanchisten. Zwar sahen wir keine Zusammenrottungen revanchistischer Landsmannschaften, die ja in Westdeutschland gang und gäbe sind, denn von diesen hielt man uns wohlweislich fern, der Geist des Revanchismus machte sich aber immer wieder bemerkbar.

Die Propaganda dafür, europäische Grenzen zu revidieren, wird allenthalben in der Bundesrepublik betrieben. In einem D-Zug fiel mir eine Eisenbahnkarte der Bundesbahn auf. Über den Westgebieten Polens und dem sowjetischen Gebiet Kaliningrad stand: „Zur Zeit unter fremder Verwaltung“, ganz unten in Kleinschrift: „Bundesbahndirektion. Karlsruhe. Oktober 1963.“

Bundesverkehrsminister war 1963 Dr. Hans-Christoph Seebohm, ein Für-

sprecher des Revanchismus auf Kundgebungen des „Bundes der Vertriebenen“ und Führer der sudetischen Extremisten. Unter dem Druck der Öffentlichkeit wurde Seebohm in die „große Koalition“ nicht aufgenommen. Der „Seebohmismus“ ist aber geblieben, und er selbst wurde auf dem kürzlichen CDU-Parteitag ostentativ in den Parteivorstand aufgenommen.

Nicht nur in der Sowjetunion, nein, in der ganzen Welt löst das Anwachsen des Neonazismus in Westdeutschland größte Besorgnis aus. Der amerikanische Journalist Sulzberger schrieb, daß die Wahlen in Hessen, wo die Neonazis sich im Landtag etabliert haben, für die Zukunft Europas größere Bedeutung als die Kongreßwahlen in den USA haben.

Selbstverständlich interessierten wir uns für die Aussichten der NPD in Westdeutschland. Die Antworten befriedigten uns nicht immer. In Hessen machten wir in einem kleinen Dorf Station. Beim Mittagessen kam ich mit einem Tischnachbarn, einem Mitglied der Landesregierung von Hessen, ins Gespräch. Auf meine Frage nach der Tätigkeit der NPD verzog er das Gesicht und bemerkte mürrisch:

„Ich glaube, daß es Propaganda oder Angst ist, wenn man im Ausland über die NPD schreibt. Bei uns ist ihr Einfluß nicht der Rede wert.“

Eine ähnliche Antwort erhielten wir auch andernorts. In Hamburg sagte ein führender Angestellter einer Werft:

„Die rechtsradikalen Parteien sind existenzberechtigt, solange sie nicht gegen die Verfassung verstoßen.“

Übrigens vermieden es die meisten unserer Gesprächspartner in Westdeutschland gewöhnlich, die Neonazis als solche zu bezeichnen. „Rechtsradikale“ ist ein Euphemismus. Das läßt verkennen, was für eine Gefahr der sich rasch verbreitende Neonazismus darstellt. Das kleine Dorf in Hessen, wo dieses Gespräch stattfand, hat 520 Einwohner. Bei den Landtagwahlen stimmten 30 für die NPD. Da Minderjährige an den Wahlen nicht teilnehmen, sind 30 Stimmen gar nicht wenig. Man darf ja nicht die Geschichte der dreißiger Jahre ver-

gessen, als die Nazis in nur zwei Jahren die Zahl ihrer Wähler verachtfachten.

Die Trägheit dem Neonazismus gegenüber, wie sie sich häufig in Gesprächen mit westdeutschen Politikern äußert, ist besorgniserregend. Man darf sich nicht davon täuschen lassen, daß in der NPD zur Zeit ein Konflikt zwischen ihren Führern entstanden ist. Aus diesem Anlaß brachte eine Zeitung während unseres Aufenthalts in Westdeutschland die folgende Karikatur: Aus einem Osterei schälen sich zwei Küken: die beiden „Rivalen“ von Thadden und Fritz Thielen. Diese Küken können sich aber zu höchst kriegerischen Aasgeiern entwickeln!

Die kürzlichen Wahlen in Niedersachsen haben gezeigt, daß die NPD sich trotz der Zwistigkeiten genügend Stimmen gesichert hat, um ihre Abgeordneten in den Landtag zu bringen. Gegenwärtig ist die NPD in fünf Landtagen von den insgesamt zehn der Bundesrepublik vertreten. Dabei wird es wohl nicht sein Bewenden haben: Schon wird gemeldet, daß die NPD-Abgeordneten der fünf Landtage zu einer Konferenz zusammengetreten sind, um weitere Aktionen zu erörtern.

Die Gefahr des Neonazismus kann zunehmen, wenn nicht rechtzeitig Maßnahmen getroffen werden, wenn dem Neonazismus nicht eine Einheitsfront aller antifaschistischen Kräfte entgegengestellt wird. Eine solche Front wird aber ernstlich dadurch behindert, daß man in Bonn weiterhin dem Wachstum der NPD durch die Finger sieht und sich weigert, die KPD, diesen aktiven Kämpfer gegen den Faschismus, zu legalisieren. Wir fragten Vizekanzler Brandt und andere SPD-Führer, warum das Verbot der KPD nicht aufgehoben werde.

Die stereotype Antwort lautete, das Verbot gehe auf einen Spruch des Bundesverfassungsgerichts zurück.

Die Verfassung ist aber Menschenwerk. Heute, da die SPD der Regierung angehört, könnte sie durchaus Schritte unternehmen, um die den Kommunisten widerfahrene Ungerechtigkeit wieder gutzumachen. In der SPD-Führung

scheinen aber noch immer keine solche Absichten zu bestehen. Wenn es sich jedoch darum handelt, die Verfassung nach den antidemokratischen Plänen der berüchtigten Notstandsgesetzgeber zu ändern, so ist die SPD keineswegs dagegen, sondern unterstützt sogar Minister Lücke, der beantragt, nahezu ein Drittel der Verfassungsartikel zu überprüfen.

Verändert die neue Bundesregierung den Ton ihrer amtlichen Erklärungen, ohne jedoch vom alten Kurs abzuweichen, so nehmen in der Öffentlichkeit Westdeutschlands die Kräfte zu, die sich darüber Rechenschaft ablegen, daß einschneidende Kursänderungen notwendig sind.

In Dortmund und Frankfurt am Main trafen wir uns mit einigen Gewerkschaftsführern. Die meisten von ihnen, vor allem die der IG Metall, des größten Gewerkschaftsverbands des Landes, sind sich der neonazistischen Gefahr durchaus bewußt.

„Ich bin keineswegs der Ansicht, daß die jetzige Tätigkeit der NPD keinen Anlaß zu ihrem Verbot bietet“, hob der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, im Gespräch mit uns hervor.

Ein Hamburger Gewerkschaftsfunk-

tionär erklärte ebenfalls, daß die Hamburger Gewerkschaften die Forderung nach einem Verbot der NPD befürworten.

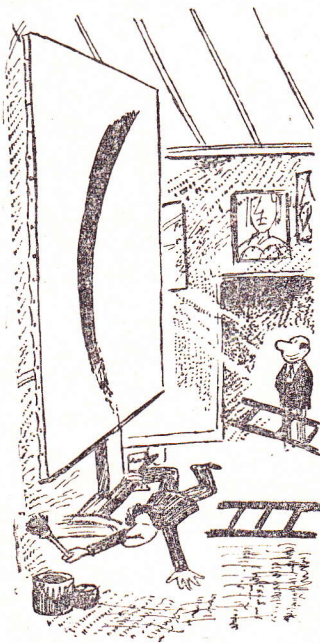
Es fiel uns auf, daß unter der Bevölkerung der Bundesrepublik die Einsicht wächst, daß eine Überprüfung der Bonner Außenpolitik, namentlich eine Normalisierung der Beziehungen zu den Ländern Osteuropas, vor allem zu der Sowjetunion, not tut. Höchst bezeichnend ist das Interesse für das Russischstudium.

Reges Interesse bringt man in der Bundesrepublik dem Ausbau der Wirtschaftsverbindungen mit der UdSSR entgegen. In Frankfurt am Main, wo die größten Bankhäuser Westdeutschlands ihren Sitz haben, äußerten sich viele Geschäftsleute für die Erweiterung des Handels mit der Sowjetunion. Im Hochhaus der Bank für Gemeinwirtschaft, eines der größten Finanzinstitute Westdeutschlands, betonten Mitglieder des Vorstands im Gespräch mit uns das große Interesse daran, daß westdeutsche Firmen die Kontakte mit sowjetischen Außenhandelsstellen entwickeln sollen.

Heute, da EWG-Partner der Bundesrepublik, vor allem Frankreich und Italien, immer intensiver die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und den Handel mit der Sowjetunion pflegen, verstärkt sich in der Bundesrepublik die Einsicht, daß man der Praxis aus unseligen Zeiten ein Ende setzen muß, als unter dem Druck Washingtons und des Nordatlantikkblocks die Bundesregierung die Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion drosselte.

Schon nach unserer Abreise aus der Bundesrepublik kam es zu den Vorgängen im Nahen Osten, die erneut der Welt vor Augen führten, auf welcher Seite der Barrikade die Machthaber der Bundesrepublik stehen. Ihre eindeutigen Stellungnahmen zugunsten der israelischen Aggressoren festigen die Überzeugung noch mehr, daß zwischen den Bekenntnissen zum Frieden und den Taten des Kabinetts Kiesinger ein Widerspruch klafft. Es bleibt jedoch zu hoffen, daß die Fortschrittskräfte Westdeutschlands in ihren Versuchen nicht nachlassen werden, eine Gesundung der Atmosphäre zu erreichen, und sich noch tatkräftiger für Verständigung zwischen West und Ost einsetzen werden.

Im Atelier des Abstraktionisten



„Genial!“

Paris-Match

Sechs Tage lang blickte das ganze proletarische Frankreich auf Nanterre, einen Arbeitervorort von Paris. Dort tagte vom 11. bis zum 16. Juni der 36. Kongreß der Allgemeinen Arbeitskonföderation (CGT), des größten französischen Gewerkschaftsverbandes. In der großen Sporthalle hatten sich rund 1400 Delegierte eingefunden. Sie vertraten 2 Millionen Werktätige, die den Gewerkschaften der CGT angehören.

Der Kongreß von Nanterre fand im ganzen Lande größtes Interesse. Die Presselogen waren immer voll. Die bürgerliche Presse erwog die Ergebnisse des Kongresses schon lange vor seiner Eröffnung. Selbst das Fernsehen, das solche Ereignisse gewöhnlich übergeht, brachte diesmal regelmäßig Reportagen über die Debatten in der Sporthalle.

Dieses Interesse ist begreiflich. Die Kollisionen an der sozialen Front haben in den letzten Monaten in Frankreich ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht und in vieler Hinsicht die innerpolitische Situation bestimmt. Längere Streiks erfaßten die größten Betriebe und ganze Industriezweige. Der Kampf loderte wiederholt im ganzen Lande auf. Die führende Rolle spielte dabei stets die CGT. Kein Wunder daher, daß nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch ihre Gegner dem Kongreß von Nanterre größte Aufmerksamkeit schenkten.

Im Rechenschaftsbericht von CGT-Sekretär Léon Mauvais und in Stellungnahmen von Delegierten wurde die Situation im Lande eingehend analysiert. Trotz der großzügigen Versprechungen der herrschenden Kreise hat sich die Lage der Werktätigen in den letzten Jahren nicht verbessert. Mehr noch, das Lebensniveau vieler Werktätigen-Kategorien ist merklich gesunken. Immer akuter wird das Beschäftigungsproblem. Das Arbeitslosenheer zählt mindestens 370 000 Menschen und ist im letzten Jahr allein um 80 000 gewachsen. Auch die Kurzarbeit nimmt zu. Die Preise steigen. Vor kurzem wurde bekanntgegeben, daß ab 15. Juli die Eisenbahntarife erneut erhöht werden. Im Pariser Gebiet werden die Metro- und Busfahrten um 60 Prozent teurer.

Gerade in diesen Tagen setzte die

Der Kongreß von Nanterre

Regierung in der Nationalversammlung „Sondervollmachten“ zur Lösung wirtschaftlicher und sozialer Fragen durch. Gewerkschaften und Linksparteien betonten, daß diese Vollmachten zu einer neuen Offensive gegen das Lebensniveau der französischen Werktätigen benutzt werden sollen. Immer wieder heißt es, daß die Regierung beabsichtigt, die Zuwendungen für Sozialversicherung zu kürzen, was ungefähr 60 Prozent der Landesbevölkerung schädigen kann.

Die französische Arbeiterklasse begegnet der Offensive der Monopole mit einem Aufschwung des Streikkampfes. Vielerorts, darunter in den Autowerken Berliet bei Lyon, in den Metallwerken Saint-Nazaire, in den Flugzeugbaubetrieben des Konzerns Dassault bei Bordeaux zwangen die Arbeiter den Unternehmern wesentliche Zugeständnisse ab. In den letzten zwei Jahren wurden die Streiks im Grunde nicht einen Tag abgebrochen.

Die heutige Arbeiterbewegung in Frankreich zeichnet sich vor allem durch stärkere Aktionseinheit aus. Zu Häupten des Präsidiums des 36. CGT-Kongresses sah man ein riesiges Spruchband: „Einheitsfront der Gewerkschaften“. Diese Worte sind gleichsam zum Wahlspruch des Kongresses geworden.

Schon Anfang vorigen Jahres schlossen die CGT und die Französische Demokratische Arbeitskonföderation (CFDT), die größten des Landes, ein Abkommen, das die Lage an der sozialen Front gründlich verändert hat. Die kapitalistische Presse prophezeite prompt, daß dieses Bündnis bald in die Brüche gehen werde. Wie effektiv das damals ausgearbeitete Programm der Einheitsaktionen ist, liegt heute auf der Hand. Es zeigte sich namentlich während des Generalstreiks vom 17. Mai, als zum ersten Male nach dem Kriege die vier Verbände CGT, CFDT, Force ouvrière und der Landesverband Volksbildung gemeinsam auftraten. Der 36. Kongreß bestätigte die Bereitschaft

**Bericht aus Frankreich
von
Jewgeni SCHULJUKIN**

der Werktätigen, diese Einheit zu festigen.

Die Wirtschaftsschwierigkeiten, die sich in Frankreich bemerkbar machen, wirken sich vor allem auf die Lage der jungen Leute aus. Hunderttausende Jugendliche ohne Fachausbildung suchen vergeblich Arbeit. Die CGT hat erklärt, sie halte es für ihre Pflicht, für die junge Generation zu sorgen. In Nanterre sind mehrere Beschlüsse gefaßt worden, die der Jugend die Hilfe und Unterstützung der Gewerkschaften sichern werden. Der Kongreß hat u. a. beschlossen, im nächsten Frühjahr Festspiele der werktätigen Jugend zu veranstalten, die das Land auf die Probleme der jungen Franzosen aufmerksam machen sollen.

Das Fazit des Kongresses ist in seinen Dokumenten gezogen worden: im Aufruf an die Werktätigen, im Aufruf an die Jugend, im Aktionsprogramm u. a. Wie es im Laufe der Diskussionen hieß, sprengt die Verantwortung der Arbeiterklasse den Rahmen seiner wirtschaftlichen und sozialen Interessen.

Auf dem Kongreß wurden die Probleme des Friedens und der Sicherheit der Völker weitgehend erörtert. Er erklärte sich mit dem vietnamesischen Volk solidarisch, das die amerikanische Aggression abwehrt. Klipp und klar wurde das Verhalten der französischen Arbeiterklasse zu den Vorgängen im Nahen Osten zum Ausdruck gebracht. „Die Krise im Nahen Osten“, erklärte der CGT-Sekretär Henri Krasucki in seiner Ansprache, „ist vor allem durch das Bestreben der Imperialisten, namentlich der amerikanischen, ausgelöst worden, ihre Herrschaft über das Erdöl in diesem Raum zu behalten und die Entwicklung der Völker Ägyptens und Syriens zu hintertreiben, die sich vom Kapitalismus abwenden und völlige Unabhängigkeit anstreben. Über eine

Tatsache, die nun von niemand bestritten wird, kann man sich nicht hinwegsetzen, nämlich darüber, daß es die Regierung Israels war, die die Kampfoperationen nach einem vorherigen Plan entfesselt hat." In dem vom Kongreß gebilligten Dokument wird hervorgehoben, daß die CGT für eine friedliche Beilegung des Nahostkonflikts eintritt, die jedwede Gebietseroberung ausschließen würde.

Zum Präsidenten des CGT ist Benoit Frachon gewählt worden. Sein Name ist den Werktätigen aller Länder geläufig, er versinnbildlicht gleichsam den ruhmvollen Kampfweg, den die französische Arbeiterklasse in den letzten 50 Jahren zurückgelegt hat. Als Sohn

eines Bergmanns begann er schon mit 13 Jahren zu arbeiten. Mit 16 Jahren nahm er tatkräftig an Streiks teil und wurde bald zu einem anerkannten Arbeiterführer. 1936 wurde er zum Sekretär der CGT gewählt. In der Zeit der Nazibesetzung war Benoit Frachon illegal tätig: Er leitete die Arbeiterbewegung und nahm an der Herausgabe der illegalen *La Vie Ouvrière* teil. Von 1945 bis zum Kongreß von Nanterre war er Generalsekretär der CGT.

Der vom Kongreß zum Generalsekretär gewählte Georges Séguy vertritt die jüngere Arbeitergeneration Frankreichs, die die Stafette von ihren älteren Kampfgefährten übernimmt. Er ist 40

Jahre alt. 1942 nahm er als Setzerlehrling in Toulouse an der Résistance teil und trat der KP bei. 1944 wurde er von den Nazis verhaftet und in ein KZ gesteckt. Nach der Befreiung des Landes arbeitete Séguy als Elektriker bei der Eisenbahn; 1949 wurde er Sekretär und 1961 Generalsekretär des Eisenbahnerverbands (CGT). 1965 wurde Georges Séguy zum Sekretär der CGT gewählt.

Wie Benoit Frachon in seiner Schlußrede sagte, empfand man in diesen Tagen in Nanterre den Pulsschlag des werktätigen Frankreichs. Die Beschlüsse des Kongresses sind ein wichtiger Markstein in der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung.

Antwort aus Bonn

Am 13. Juni, d. h. mit mehr als vierwöchiger Verspätung, gab Bundeskanzler Kiesinger eine Antwort auf das Schreiben des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR Willi Stoph. Die Antwort war kurz: der Vorschlag der DDR zu Verhandlungen auf Regierungsebene zwecks Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wurde abgelehnt. Kiesinger bestand auf den Bonner Annahmen einer Alleinvertretung. Er erklärte sich lediglich zu Verhandlungen zwischen Beauftragten der beiden Regierungen bereit, die sich nur auf Fragen beschränken sollten, die Kiesinger selbst anscheiden würde. Im Text der Antwort fehlt sogar die Bezeichnung DDR.

Man muß der *Stuttgarter Zeitung* recht geben, die schreibt, daß Kiesingers „Brief keinen sensationellen Inhalt aufweist“. Übrigens war das zu erwarten. Schon am Tag nach Erhalt des Schreibens Willi Stophs hatte Kiesinger eine Sondersitzung der CDU-Fraktion einberufen, um ihr zu versichern, daß die Antwort nichts enthalten werde, „was den deutschen Rechtsstandpunkt“ beeinträchtigen würde. Um auch jeden Zweifel zu zerstreuen, erläuterte der Bundeskanzler im Bundestag am 14. Juni diesen „Rechtsstandpunkt“: „Eine Anerkennung der Sowjetzone als souveräner zweiter deutscher Staat könne nicht in Betracht gezogen werden.“

Die Antwort war also so sehr von der Doktrin der Nichtanerkennung der DDR durchtränkt, daß Mischnick, ein Abgeordneter der oppositionellen FDP, den Kanzler fragte, warum man fünf Wochen brauchte, um ein solches Schreiben fertigzustellen.

Warum die Antwort so sehr in die Länge gezogen wurde, ist höchst bemerkenswert und wirft ein grelles Licht auf

die Lächerlichkeit der Lage, in die sich die Bonner Führer selbst versetzen.

Zunächst war Kiesinger ratlos, als Stophs Brief im Palais Schaumburg eintraf. Bisher waren ja alle Briefe „von drüben“ ungeöffnet zurückgeschickt worden. Der Kanzler stürzte ans Telefon. Nach Rücksprache mit dem Minister für gesamtdeutsche Fragen Wehner (SPD) beschloß er, den Brief anzunehmen. Da sah er sich aber einem anderen „Problem“ gegenüber: Im Palais Schaumburg befand sich gerade kein einziger subordinierter Beamter, den man zur Empfangnahme des Schreibens hätte hinunterschicken können, ohne zu befürchten, daß dies als eine „Anerkennung“ der DDR aufgefaßt würde.

Das wäre lächerlich, wenn es nicht so bedrohlich wäre. Hinter den taktischen Spitzfindigkeiten der westdeutschen Regierung steckt die sture Entschlossenheit, den alten Kurs weiterzusteuern, der Frieden und Sicherheit in Europa bedroht. Die Nichtanerkennung der DDR, die Ansprüche auf Gebiete anderer Länder, der Versuch, Westberlin als elftes Land in die Bundesrepublik einzugliedern, das hemmungslose Gieren nach den Kernwaffen — all diese Elemente der Revanchepolitik hat die große Koalition in Bausch und Bogen vom Patriarchen des kalten Krieges Adenauer und seinem Anhang übernommen. Davon zeugt namentlich auch die Antwort des Bundeskanzlers auf das Schreiben Willi Stophs.

Die Bundesrepublik klammert sich an ihren unrealistischen Kurs. Das mußte man in der DDR nach Erhalt der Antwort Kiesingers feststellen. Einer Meldung der ADN zufolge ist die Regierung der DDR jedoch nach wie vor bereit zu Besprechungen zwischen Beauftragten beider Regierungen zum Zwecke der Vorbereitung von Verhandlungen des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR mit dem Kanzler der Bundesrepublik. Bonn hat noch Chancen, guten Willen zu bezeigen.

K. Karagesian

USA

Appell ans goldne Unternehmerherz

USA-Vizepräsident Hubert Humphrey hat sich in der *U. S. News & World Report* vom 12. Juni mit einem Offenen Brief an die amerikanischen Unternehmer gewandt. Da er weiß, worum es ihnen vor allem geht, begann er mit den Worten: „Sind Sie an gesunden Investitionen interessiert, welche Ihnen sofort wie auch auf die Dauer hohe Profite versprechen? Jetzt bietet sich Ihnen eine solche Möglichkeit.“

Dann stellt sich jedoch heraus, daß es sich gar nicht um Kapitalanlagen handelt. „Sie haben“, schreibt der Vizepräsident, „die Möglichkeit, die klügste Investition vorzunehmen, die ein Amerikaner nur vornehmen kann, eine Investition, die den jungen Menschen unserer Nation zugute kommt.“

Humphrey ließ diesen Appell als Vorsitzender des Präsidentschaftsrats für die Jugendförderung ergehen, und darum sind die Angaben in seinem Offenen Brief recht aufschlußreich. Wie er schreibt, beenden in diesem Sommer an die 13 Millionen junge Menschen zwischen 16 und 21 Jahren die Schule. Aber werden sie alle Arbeit finden? Humphrey erklärt: „Es erweckt Besorgnis, daß zwei Millionen von ihnen oder mehr bei der Arbeitsuche ein Fiasko erleiden werden, wenn Sie“ (d. h. die Unternehmer) „ihnen nicht helfen.“

Besonders schwer ist das Los junger Angehöriger der nationalen Minderheiten, die, Humphrey zufolge, „besonders auf Arbeit angewiesen sind und sie bisher schwerer als die anderen finden konnten“. Werden keine besonderen Anstrengungen gemacht, erklärt der Vizepräsident, so werden fast 25 Prozent aller nichtweißen Jugendlichen diesen Sommer vergeblich nach Arbeit suchen.

Hubert Humphreys Appell ans goldne Unternehmerherz ist recht aufschlußreich. Noch unlängst hörte man aus dem Weißen Haus hochtrabende Verheißungen, in den USA eine „große Gesellschaft“ zu schaffen, deren Segnungen allen Einwohnern zugute kommen würden. Jetzt ist davon keine Rede mehr. Viele Millionen Amerikaner leben an der Grenze der Armut. Wer über 40 ist, schwebt ständig in Gefahr, auf immer

broilos zu werden, und Millionen junger Amerikaner, die erst ins Berufsleben eintreten wollen, haben keine Aussicht, Arbeit zu finden. Humphreys Appell an die Unternehmer wird ihre Lage kaum erleichtern.

Rassenkrieg in Alabama

Vor wenigen Tagen waren drei Städte der USA (Montgomery, Cincinnati und Tampa) Schauplatz von Negerdemonstrationen gegen das rabiate Vorgehen der Polizei. Gegen die Demonstranten wurden Polizei und Nationalgarde aufgeboten.

Die Unruhen begannen, nachdem am 11. Juni in Prattville, einer kleinen Stadt des Staates Alabama, Stokely Carmichael, ein Führer der Negerjugend, verhaftet worden war. Die Polizei schoß auf Neger, die gegen diese Verhaftung protestierten.

In Cincinnati (Ohio) fand eine Demonstration gegen die Rassendiskriminierung statt, zu deren gewaltsamer Auflösung über 800 Soldaten der Nationalgarde eingesetzt wurden. Es kam zu Zusammenstößen, bei denen 13 Personen verletzt und viele verhaftet wurden.

Während dieser Ereignisse faßte der Oberste Gerichtshof der USA einen Beschluß, der es möglich macht, den Kampf für die Bürgerrechte durch Gerichtsverfügungen zu unterdrücken. Dem Beschluß zufolge müßten der bekannte Führer der Bewegung für Bürgerrechte in den USA, Martin Luther King, und sieben Geistliche, die vor vier Jahren eine gerichtliche Verfügung ignorierten und einen Marsch von Negern gegen die Rassentrennung organisierten, eingekerkert werden.

In einem Kommentar sagte Martin Luther King:

„Die ganze Bedeutung dieses Beschlusses besteht darin, daß er die Rassen und Reaktionäre jeder Couleur zu dem Versuch aufmuntert, das Rad der Geschichte rückwärtszudrehen.“

Der Vorsitzende des Koordinationsausschusses der Studenten für gewaltlose Aktionen, Brown, erklärte auf einer Pressekonferenz in Atlanta, Alabama sei ausersehen worden, „das Schlachtfeld des amerikanischen Rassenkrieges“ zu werden. Es sei dazu durchaus geeignet, kommt doch Alabama, was die Zahl der ermordeten Amerikaner mit schwarzer Haut angeht, nach Vietnam an erster Stelle.

WESTDEUTSCHLAND

Ihre Schlußfolgerungen

Niemand wird sich darüber wundern, daß die Bonner Presse im israelisch-arabischen Konflikt für den Aggressor Partei genommen hat. Die Bundesrepublik gehört zu den Westmächten, die Israel immer unterstützten und ihm Waffen lieferten. Ebendas veranlaßte die arabischen Länder seinerzeit, die diplomatischen Beziehungen zu Bonn abzubauen.

Jetzt erhielt die Kampagne gegen die arabischen Länder in der westdeutschen Presse einen neuen Auftrieb. In der Schmähung der Araber und der Lobpreisung Israels tun sich besonders ehemalige Nazis hervor, z. B. der einstige SS-Offizier Siegfried Müller, der durch seine Untaten in Kongo bekannt geworden ist. Ex-SS-Brigadeführer Karl Cerff, der heute für die Hiag, den Bund der ehemaligen SS-Leute, spricht, hat das Vorgehen der israelischen Armee „ganz großartig“ genannt. Er fügte hinzu:

„Die haben ja auch unsere Dienstvorschriften und das Skorzeny-Buch ... in ihren Bibliotheken.“

Aber die Reaktion der Bonner Herrschaften auf die Aggression Israels beschränkt sich nicht auf solche Lobgesänge. Einige politische und militärische Kommentatoren in der Bundesrepublik sind darangegangen, die Juni-Ereignisse „auszuwerten“. In der Springerschen *Welt am Sonntag* konnte man z. B. lesen: „Die erste Lehre dieses außerordentlichen Feldzuges ist die komplette Widerlegung der modischen These, daß Kriege nicht mehr ‚ein Mittel der Politik‘ seien.“ Auch die *Südwestdeutsche Allgemeine Zeitung* fühlte sich zu der Feststellung bemüht, daß „militärische Stärke durchaus ein Mittel ist“.

Einige militärische Mitarbeiter der westdeutschen Presse gehen noch weiter. Sie lassen sich darüber aus, wie wichtig es im Atomzeitalter sei, den ersten Schlag zu führen. Israel sei eine Bestätigung dafür. Die *Welt* schrieb in diesem Zusammenhang: „Eine starke, schnell einsatzbereite Streitmacht kann sehr wohl in energischen Angriffen einen Gegner aus der Balance werfen.“

Kurz, die von den USA unterstützte israelische Aggression war Balsam für die Bonner Militaristen. Sie fühlten sich aus dem Juni 1967 in den Juni 1941 zu-

rückversetzt. Nur haben sie wohl vergessen, daß auf den Juni 1941 der Mai 1945 folgte.

Ein bodenloses Faß

Am 14. Juni votierte der Bundestag mit den Ja-Stimmen der großen Koalition, d. h. der CDU/CSU und der SPD, das Budget 1967. Bei einem Ausgabenanteil von insgesamt 77 Milliarden Mark betragen die direkten militärischen Aufwendungen 19,6 Milliarden, was dem Vorjahr gegenüber eine Zunahme um 1,2 Milliarden bedeutet. Aber diese fast 25 Prozent aller Budgetmittel sind längst noch nicht alles, was Bonn in das bodenlose Faß der Kriegsvorbereitungen wirft. Berücksichtigt man die Rüstungsausgaben, die unter anderen Rubriken laufen, so kommt man auf 23,5 Milliarden Mark. Das ist mehr als je zuvor in Westdeutschland.

Während der Haushaltsdebatte im Bundestag lehnte Verteidigungsminister Gerhard Schröder jegliche Kürzungen ab, wobei er erklärte: „Unsere Position in der NATO darf nicht durch sinkende Verteidigungslasten geschwächt werden.“ Am selben Tag setzte er sich auf einer Versammlung des militaristischen Bundeswehrverbandes dafür ein, daß die Bundeswehr im Besitz nuklearer Trägerwaffen bleibe, wobei er sich wiederum provokatorisch auf eine „Bedrohung aus dem Osten“ berief.

Auffallend ist die Haltung der westdeutschen Sozialdemokraten. Auch deren Führung ist für eine Steigerung der Rüstungsausgaben. In diesem Zusammenhang bemerkte die Nachrichtenagentur DPA: „Christliche Demokraten und Sozialdemokraten, die in den Anfängen der deutschen Wiederbewaffnung Todfeinde waren ..., waren sich in der Debatte bis auf Detailfragen einig.“

Der neue Militärhaushalt der Bundesrepublik widerlegt die Behauptungen Bonns, es habe den Weg der Entspannung und der Förderung einer friedlichen Entwicklung in Europa eingeschlagen. In Worten „Friedensoffensive“, in der Tat verstärkte Kriegsvorbereitung.

INDIEN

Und wieder die CIA

Längst ist der politische Kampf abgeklungen, der die Februarwahlen zum indischen Parlament begleitete, welche mit einer gewissen Verstärkung der Po-

sitionen der Rechtsparteien, der Swatantra und der Dschan-Sangh, endeten. Doch nun erfährt man einige Einzelheiten des Wahlkampfes, namentlich, daß die Rechten ihren Erfolg wesentlich der amerikanischen CIA zu verdanken haben.

Bereits vor den Wahlen wurde in der indischen Presse behauptet, daß die USA die Rupienbeträge, die sie auf Grund von Weizenlieferungen in Indien in der Hand haben, benutzen, um ihnen genehme Kandidaten der Rechten zu finanzieren. Diese Feststellungen sind nun nachdrücklich in einem Bericht der amtlichen Kommission bestätigt worden, die die Machenschaften der CIA in Indien zu untersuchen hatte. Die *New York Times* ließ sich am 12. Juni von ihrem Korrespondenten in Delhi berichten, die Kommission sei zu dem Schluß gekommen, daß die USA den Rechtsparteien und ihren Kandidaten beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt haben. Den größten Teil von ihnen erhielten die Swatantra und die Dschan-Sangh. Der Bericht nennt auch einen Mitarbeiter der USA-Botschaft in Delhi, über den die Bestechungen gingen. Die genaue Summe der dazu verwandten

Mittel wird noch nicht angegeben, doch steht fest, daß sie in die Millionen gehen.

Mit ihrer geheimen Einmischung in die indischen Wahlen verfolgte die CIA einen ganz bestimmten Zweck. Washington ist sehr daran gelegen, den antilperialistischen Kurs der Regierung Indiens in eine andere Richtung zu lenken. Die *New York Times* schreibt denn auch völlig ungeniert, daß „die amerikanischen Aufwendungen den Zweck hatten, den Schwerpunkt der indischen Politik möglichst weit nach rechts zu schieben“.

Also auch hier wieder die CIA.

WESTBERLIN

Der Mord an Ohnesorg

Am 9. Juni ruhte in Westberlin und in der Bundesrepublik der gesamte Hochschulbetrieb. In allen Universitätsstädten fanden Studentenkundgebungen und -demonstrationen statt, denen sich die Arbeiter anschlossen. An diesem Tag wurde der Student Benno Ohnesorg, ein Opfer des bestialischen Vorgehens der Westberliner Polizei, zu Grabe getragen.

Ohnesorg mußte am Nachmittag des 2. Juni sterben, als die Polizei eine der in Westberlin häufigen Studentendemonstrationen auseinanderknüpfelte. Die Demonstration verlief in Ruhe und Ordnung, dennoch stürzte sich die Polizei wutschnaubend auf die jungen Menschen. Viele wurden schwer verletzt. Zeugenaussagen zufolge schlugen die Polizisten Ohnesorg nieder, worauf einer von ihnen ihm mit einem Genickschuß den Rest gab. Der Mörder ist bekannt. Es ist der Kriminalobermeister Kurras.

Und wie reagierten die Westberliner Behörden auf diesen Mord? Der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz trat demonstrativ für den Mörder ein:

„Ich sage ausdrücklich und mit Nachdruck, daß ich das Verhalten der Polizei billige...“

Er gab ferner bekannt, daß alle Demonstrationen verboten seien und daß gegen „Unruhestifter“ Schnellgerichte eingesetzt würden. Mehrere Personen wurden verhaftet, aber nicht etwa die Mörder, sondern Opfer der Polizeiwillkür.

Die „Frontstadt“-Behörden suchen die Bevölkerung also vor die vollendete Tatsache des Ausnahmezustandes zu stellen.



Sherlock Holmes: „Dr. Watson, bücken Sie ihn, er möchte einen Augenblick den Fuß heben. Irgendwo muß sich hier die ‚große Gesellschaft‘ befinden.“

Jiří Žentel, Dikobraz, Prag

IRAN IM JAHRE 1346

Teheran heißt altpersisch heißer Ort. Schnurgerade asphaltierte Straßen; ein Kaleidoskop von Kaufhäusern, Läden und Buden; eine bunte Menge: Modedamen in Miniröcken, Männer in dunklem Anzug und weißem Hemd mit Schlips, verschleierte Frauen, Polizisten. Abgezirkelte ovale und viereckige Plätze mit Denkmälern, die einander gleichen. Ringsum sattgrüne Rasen. Springbrunnen.

Diese bieten aber keinen Schutz vor der drückenden Mittagshitze. Es ist heiß im sommerlichen Teheran.

Allerdings gibt es auch kühle Ecken in dieser Großstadt mit zweieinhalb Millionen Einwohnern. Der verschneite Elbrus hat die Stadt ins Leben gerufen, sie mit seiner Masse gegen die glühende Wüste abgeschirmt. Der Elbrus schenkt seine Kühle denen, die in den Luxusvillen an seinem Fuß leben. Ein leichter Wind bewegt das grüne Laub und das türkisblaue Wasser der Schwimmbecken.

Der Wind vom Elbrus erreicht aber nicht das Zentrum Teherans, geschweige denn seine südlichen Außenbezirke.

Auf einer langen Steinumfriedung vor dem Justizministerium stehen Schreibmaschinen. Die schweißbedeckten Köpfe der Straßenanwälte beugen sich über die Tasten, während ihre Klienten, die vom Lesen und Schreiben nicht viel verstehen, die Blätter anstarren, auf denen sich die Schriftzeichen bizarr aneinanderreihen.

Am Rande der von Autos gefüllten Straße zottelt ein schwerbeladener Esel dahin. Er blickt traurig drein. Ein roter, hitzeausstrahlender Doppelstockbus hüllt den Esel in eine graublaue Benzinwolke. Die Hufe sinken im geschmolzenen Asphalt ein.

Teheran ist ein heißer Ort.

Im Sommer öffnen die Ämter um 7 bzw. 8 Uhr früh. Noch früher stürzt sich eine stürmische tutende Flut von Kraftwagen auf die Straßen.

In Teheran liebt man schnelle Fahrt. Die raren Verkehrsampeln und die Verkehrspolizei suchen, dieser Raserei einen Dämpfer aufzusetzen, doch mit wenig Erfolg. Unfälle sind an der Tages-

ordnung. Die Autowracks werden am Unfallort zur Ermahnung der Fahrer ausgestellt.

Gegen Mittag erreicht der Verkehr seinen Höhepunkt. Im Zentrum herrscht ein Gewimmel. Vor den Bus-Haltestellen bilden sich lange Schlangen. Es ist, als bebe die Erde unter den Autoreifen.

In Teheran gibt es 10 000 Taxen verschiedener Marken, alle grellgelb angestrichen. Am Abend sind sie weithin sichtbar: Die Fahrer schalten bunte Lämpchen ein.

Während meines Teheraner Aufenthalts herrschte Aufruhr unter den Taxifahrern. Die Behörden wollten für sie eine Uniform einführen, was von den Fahrern als ungerecht und unpraktisch abgelehnt wurde.

Das *Tehran Journal* brachte ein Interview mit dem 44jährigen Taxifahrer Taqi Mohammadi. Er sagte, er sitze 14 Stunden hintereinander am Steuer und verdiene 800 Rial, von denen er 600 dem Besitzer des Mercedes abliefere. Um sich mit seiner Familie über Wasser zu halten und das Schulgeld für seine vier Kinder bezahlen zu können, braucht er mindestens 300 Rial täglich. Wo soll er jetzt noch das Geld für eine Uniform hernehmen?

Vom Hotel Hilton, einem modernen Bau, der fast am Fuße des Elbrus von einem amerikanischen Hoteltrust errichtet wurde, biegt unser Fiat in die Pahlavi Avenue, die längste Straße der Stadt, ein. Sie zieht sich 20 Kilometer von Nord nach Süd.

Ebenso wie einige andere breite Straßen wurde die Pahlavi-Avenue vor etwa 30 Jahren angelegt. Damals entstand im Norden von Teheran eine neue Stadt, die heute weiter wächst und ausgebaut wird. Neue Anlagen und Parks kommen hinzu. In den letzten Jahren werden die ein- bis zweistöckigen Häuser von einigen Hochhäusern übertagt. Aber auch in den neuen Bezirken ist das eigenwüchsige Kolorit geblieben.

Im Süden der Hauptstadt gibt es schmale, staubige Straßen und zumeist Lehmhäuser. Dort leben die Arbeiter, Handwerker — das einfache Volk. Vor

einigen Jahren wurde für die Silo-Arbeiter in der Nähe des Bahnhofs ein Wohnviertel aus zweistöckigen Häusern gebaut. Vor kurzem entstand noch eine große Siedlung aus ebenerdigen kleinen Standardhäusern. Dorthin wurden Tausende Familien aus Elendshütten umgesiedelt. In der Siedlung gibt es Wasserleitung, ein Ambulatorium, Läden und eine Moschee. Die Siedlung heißt Kui-Aban. Im Aban, einem Monat des persischen Sonnenkalenders, wurde Schah Mohammed Reza Pahlavi geboren.

Im Süden der Stadt, näher dem Zentrum zu, befindet sich auch der berühmte Teheraner Markt, einer der größten und ältesten Basare im Mittleren Osten. Dort kann man fast alles finden, was der Iran hervorbringt und importiert.

Am Abend werden auch die umliegenden Straßen, vor allem Lalezar, zu einem Riesenwarenhaus. Die tagsüber mit Rolläden verschlossenen Geschäfte leben auf. Die Waren werden auf Verkaufstischen und direkt auf den Gehsteigen ausgebreitet. Die Petroleumlampen flackern, die Händler preisen laut ihre Waren an.

In Kürze begeht der Iran das 2500jährige Bestehen seines Staates. Am Anfang waren Cyrus, Darius, Xerxes. Diese mächtigen Herrscher hielten ganz Westasien, Hellas und Ägypten in Schach.

Den Geist jener fernen Zeit empfindet man heute noch im Teheraner Archäologischen Museum. Seine weiträumigen Säle beherbergen Basreliefs aus dem alten Persepolis, Krieger des Darius und des Xerxes darstellend, sowie kleine Bronzefiguren aus der Sasanidenzeit.

Das Museum wird vorzüglich erhalten, weist jedoch wenige Besucher auf.

Einen viel größeren Eindruck auf das Publikum macht die einzigartige Sammlung der Central Bank. Dort gibt es immer viele Besucher, allerdings vor allem ausländische Touristen. Eine Eintrittskarte kostet viel: 100 Rial.

Hinter Stahltüren in einem großen düsteren Saal sieht man hinter Glas, kunstvoll angestrahlt, Schätze von unermeßlichem Wert: Darya-e-Noor, einen Riesenbrillanten reinsten Wassers; einen mit Edelsteinen inkrustierten Globus; einen goldenen Thron, den Nadir Schah vor 230 Jahren als Beutestück aus Indien heimbrachte... Hunderte Meisterwerke der Juwelierkunst, Werke unbekannter genialer Meister.

Der jetzige Schah hat alle diese Kronjuwelen dem Staat übergeben. Nur bei besonderen Feierlichkeiten trägt Farah, die Frau des Schahs, einige Kostbarkeiten, die in der Central Bank extra zur Schau gestellt sind.

Als ich diese unermesslichen Schätze betrachtete, lag mir jeder Vergleich fern. Wenn ich aber heute daran denke, was ich in den Safes der Bank an der Ferdousi Avenue sah, muß ich an den schwergeprüften Iran denken.

Die Natur hat dieses Land mit riesigen Bodenschätzen beschert: mit Erdöl und Kohle, Eisen und Mangan, Blei, Zink, Silber und Gold. Alle diese Reichtümer nutzten aber dem Iran nicht mehr als die Kronjuwelen.

Bisher wird nur das Erdöl nach Gebühr genutzt. Wie teuer kam es aber den Iran zu stehen! Auch heute muß das Land fast die Hälfte der Einkünfte aus den alten Fundstätten einem Internationalen Erdölkonsortium abliefern.

Die Geschichte hat das iranische Volk dulden und harren gelehrt. Der Fleiß des iranischen Bauern hätte Berge versetzen können. Aber weder die Berge noch die Täler, die er mit seinem Schweiß begoß, gehörten ihm. Ins 20. Jahrhundert trat das persische Dorf in genau derselben Verfassung wie vor Tausenden Jahren. In den iranischen Dörfern sieht man Lehmhütten, die wie Höhlen aussehen, und das Herz krampft sich einem zusammen.

Zur Zeit wird im Iran eine Bodenreform durchgeführt. Ihr stand die unumschränkte Macht der Feudalherren entgegen. Die gewaltige Mehrheit der iranischen Bauern besaß keinen Boden. Sie hatten nur ein Zehntel der bestellten Felder. Das Übrige war Eigentum der Krone, des Klerus und der Gutsbesitzer. Manche von ihnen besaßen bis zu 150 und noch mehr Dörfer. Von den 50 000 iranischen Dörfern gehörten 19 000 zweihundert Familien der größten Latifundienbesitzer.

Viele von ihnen wußten nicht einmal, wo sich ihre Ländereien befanden. Bei diesem enormen Latifundienbesitz fiel es den Gutsherren leicht, den Einfluß im Lande zu behalten: Sie drohten den Bauern, sie von Grund und Boden zu vertreiben, und zwangen sie so, für sie bei den Wahlen zu stimmen.

Für ihre schwere Arbeit erhielten die Bauern häufig nur ein Fünftel der Erträge. Eine mittelalterliche Regel ließ fünf Elemente des Ackerbaus gelten: Boden, Wasser, Saatgut, Arbeitsgeräte und die Arbeit selbst. Der Bauer konnte gewöhnlich nur seine Fäuste anbieten.

Die Bodenreform begann vor fünf Jahren. In der ersten Etappe wurden die Gutsherren dazu angehalten, ihre Bodenüberschüsse dem Staat zu verkaufen. Sie behielten je ein Dorf. Die angekauften Bodenüberschüsse wurden den Bauern auf Raten verkauft.

Nach der ersten Etappe verblieb den Gutsherren noch sehr viel Boden, denn ein Dorf — das sind mindestens 400 ha. In der zweiten Etappe wurden den Gutsbesitzern 30 bis 200 ha belassen, je nach der Bodenbeschaffenheit und der Bewässerung. Es wurde ihnen nahegelegt, die Überschüsse entweder dem Staat oder den Bauern zu verkaufen oder aber diesen Boden für 30 Jahre zu verpachten. Die meisten Gutsbesitzer wollten sich von ihrem Boden natürlich nicht trennen und verpachteten ihn. Mehr als eine Million Bauernfamilien wurden Pächter (im ganzen Iran gibt es 2 700 000 Bauernfamilien).

Im April d. J. wies der Schah das Landwirtschaftsministerium an, einen neuen Gesetzentwurf vorzubereiten. Es soll den Pächtern die Möglichkeit geboten werden, die von ihnen bestellten Parzellen zu günstigen Bedingungen zu kaufen. Es wird angenommen, daß zunächst der Staat den Boden den Gutsbesitzern abkauft und ihn dann an die Bauern weiterverkauft.

Die Motive, von denen sich die herrschenden Kreise bei der Bodenreform leiten ließen, sind begreiflich. Es geht ihnen darum, keine sozialen Erschütterungen zuzulassen, dem Dorf den Weg zur kapitalistischen Entwicklung zu säubern. Natürlich kann die Bodenreform nicht alle Probleme des Dorfes auf Anhieb lösen. Die Bauern, die Boden erhalten haben, müssen einen Teil des Betrags im Laufe von Jahren entrichten. Wie früher haben sie weder landwirtschaftliche Geräte noch Saatgut. Einen Ausweg weist die Genossenschaft. In den Dörfern werden Produktions- und Absatzgenossenschaften gefördert. Gemeinsam kann man nun die Felder bewässern, einen Traktor kaufen und folglich auch den Boden besser bestellen. Es sind bereits Tausende Genossenschaften entstanden. Vorläufig sind sie aber noch arm.

In Teheran sind auch andere Reformen geplant: im Gesundheitsschutz und in der Volksbildung. Diese sind aber eigenartig.

Junge Leute werden nach der Schule zur Armee eingezogen. Vier Monate werden sie militärisch ausgebildet und erhalten zudem elementare Lehrerkennntnisse. Dann kommen die jungen Unteroffiziere für vierzehn Monate aufs Land, wo sie den Kindern das Lesen und Schreiben beibringen. Am Abend unterrichten sie Erwachsene. Die in den Dörfern vom Volksbildungskorps eröffneten Schulen werden bereits von mehr als einer Million Kindern besucht.

Schulter an Schulter mit diesen Unteroffizieren bekämpfen auch Armeesaniätäre Unwissenheit und Unhygiene. Das Gesundheitskorps wird nach dem gleichen Prinzip aus Rekruten gebildet, die medizinische Ausbildung genießen. Dem Korps gehören auch Freiwillige, vor allem Mädchen, an. Die jungen Ärzte und Sanitäter werden in entlegene Gegenden geschickt, wo die Menschen noch nie einen weißen Kittel gesehen haben. Solcher Gegenden gibt es in Iran unzählige: In dem ganzen Riesenland mit den 25 Millionen Einwohnern gibt es nur 12 000 Ärzte. Die Unteroffiziere aus dem Gesundheitskorps erweisen den Bauern ärztliche Hilfe, bauen gemeinsam Sanitätsstellen, Apotheken und Brunnen, bringen den Menschen die Grundlagen der Hygiene bei.

Über das Gesundheitskorps hörte ich in Teheran von Prof. Boris Kasakow, dem Direktor des Krankenhauses des Sowjetischen Roten Kreuzes. Das Krankenhaus feiert demnächst sein 25jähriges Jubiläum. Vor kurzem ist in der Villastraße ein fünfstöckiges Gebäude hinzugekommen. Es ist mit weißen Steinplatten verkleidet, und die breiten Terrassen an der weißen Fassade machen es einem Sanatorium ähnlich.

An den sowjetischen Arzt wenden sich Händler und Beamter, Lehrer und Mullah um Rat und Hilfe. Häufig kommt man aus entfernten Städten und Provinzen hin. Sowjetische Ärzte fahren oft in Gegenden, wo gefährliche Krankheiten ausgebrochen sind.

Im Krankenhaus sind zahlreiche erfahrene Spezialisten tätig. Den sowjetischen Ärzten stehen iranische Krankenschwestern und Sanitäter zur Seite. Viele von ihnen sind ohne medizinische Vorbildung hingekommen, haben aber unter Anleitung sowjetischer Mediziner die für sie neue Arbeit gemeistert.

„Ich finde keine Worte, um meine Dankbarkeit Doktor Perlo und dem ganzen Personal der Geburtsklinik aus-

zusprechen, die meine Frau vor dem sicheren Tod gerettet haben." Das sind Zeilen aus einem Brief des Iraner Zarnagui. Solche Briefe mit aufrichtigem Dank für ärztliche Hilfe treffen häufig im „Bimarestan Shuravi“, im sowjetischen Krankenhaus, ein. Zeit seines Bestehens haben dort Hunderttausende Heilung gefunden. Man kann ruhig sagen, daß die sowjetischen Ärzte tatkräftig zur Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern beigetragen haben.

Diese Beziehungen entwickelten sich aber leider nicht immer nach dem Wunsch des sowjetischen und des iranischen Volks. Um so erfreulicher ist, daß in den letzten Jahren vieles ausgeräumt wurde, was der Annäherung der beiden Länder hinderlich war; für die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem Iran bestehen nun gute Aussichten.

Im März d. J. kamen Moskau und Teheran überein, dem sowjetisch-iranischen Handel noch mehr Auftrieb zu verleihen. In den nächsten fünf

Jahren soll er sich vervielfachen. Die Teheraner Presse sagte voraus, daß die Sowjetunion der wichtigste Handelspartner des Iran sein wird.

Am Grenzfluß Araks bauen die Sowjetunion und der Iran zwei Wasseranlagen mit Kraftwerken. Die bisher ungenutzten Wassermassen werden weite Felder hüben und drüben tränken.

In den Getreidegegenden des Landes beteiligen sich sowjetische Fachleute am Bau neuer Silos. Sowjetische Geologen schürfen nach Bodenschätzen.

Durch ganz Iran von Nord nach Süd wird eine Gasleitung gelegt, und iranisches Gas wird nach dem sowjetischen Transkaukasien strömen. Billigen Brennstoff werden auch die anliegenden iranischen Städte erhalten: Isfahan, Qum, Teheran, Qazvin u. a.

Ein halbes Jahrhundert lang ließen die Machthaber des fremdländischen Erdölkartells dieses Gas nutzlos verbrennen, denn sie interessierte nur das Erdöl. Jetzt werden die Riesenfackeln gelöscht. Ab 1970 wird der Iran der

Sowjetunion jährlich Milliarden Kubikmeter Gas verkaufen und dafür industriewichtige Maschinen, Montan-ausrüstungen und Eisenbahnmateriale erhalten. In Arak werden sowjetische Fachleute den Iranern behilflich sein, eine Schwermaschinenfabrik zu errichten. Bei Isfahan, wo sich die berühmten alten Moscheen befinden, soll mit sowjetischer Hilfe ein Hüttenwerk mit einer Jahresleistung von 500 000 bis 600 000 Tonnen Stahl entstehen.

Das ist ein alter Traum Irans. Schon jetzt ziehen Leute aus den nahen Städten und Dörfern zur Baustelle, um dort Arbeit zu finden. Der Betrieb wird etwa 8000 Personen beschäftigen. Tausende werden ihn erbauen.

Arbeitskräfte werden aber nicht nur für den Betrieb gebraucht. In der Nähe wird eine neue Stadt mit 60 000 Bewohnern entstehen. Bei Isfahan und Kerman werden Kohle und Erz gewonnen werden. Für die Anlieferung von Roh- und Treibstoffen soll eine Bahnlinie gelegt werden. Am Zaindeh-Fluß soll ein Damm errichtet werden. Er wird den Betrieb und die Felder mit Wasser speisen. Die ganze heute wüstenähnliche Gegend wird sich verwandeln.

Auch mit anderen sozialistischen Ländern wächst die Zusammenarbeit. Großen Anklang fand z. B. der bulgarische Vorschlag, eine Tankerflotte für den Iran zu bauen. In diesem Zusammenhang schrieb *Tehran Journal*, sollte der Iran sein Erdöl mit eigenen Tankern befördern, so würde es daran stark profitieren. Außerdem ist die Flotte auch eine Prestigefrage, denn Persien war einst eine angesehene Seemacht.

Und nun zum Titel, den dieser Beitrag trägt. Im Iran gilt traditionsgemäß der Sonnenkalender, und demnach hält man dort beim Jahr 1346.

Im Datum der iranischen Zeitungen steht diese Zahl in Klammern neben der allgemein üblichen. Ebenso ist die Vergangenheit dort bei weitem noch nicht bewältigt. Der Weg, den der Iran einschlägt, ist aber dazu angetan, die schwere Hinterlassenschaft zu überwinden.

Ein Mörder wird in Schutz genommen

Mehr als drei Monate sannen die brasilianischen Justizbehörden, ehe sie die Auslieferung von Franz Paul Stangl, einem der blutigsten Naziverbrecher, beschlossen. Dieser einstige Organisator und Kommandant der Todeslager Treblinka und Sobibór, wo mehr als eine Million wehrloser Menschen umgebracht worden waren, wurde am 28. Februar in São Paulo verhaftet. Auslieferungsbegehren lagen aus Österreich, Polen und Westdeutschland vor (s. *Neue Zeit* Nr. 20/1967).

Die Anträge Österreichs und Polens waren durch zahlreiche Dokumente erhärtet, und aus Warschau traf eigens ein Vertreter des polnischen Generalstaatsanwalts ein, um im Obersten Gerichtshof von Brasilien das Ersuchen seines Landes zu vertreten. Die Öffentlichkeit und die Presse vieler Länder bestanden auf der Auslieferung des Mörders.

Schließlich beschloß der Oberste Gerichtshof von Brasilien, Stangl an Westdeutschland auszuliefern. In Polen wurde das scharf kritisiert, denn Treblinka und Sobibór befinden sich ja auf polnischem Gebiet und die meisten Opfer Stangls waren polnische Staatsangehörige.

Wie Auslandskorrespondenten aus Brasilien berichteten, ließ sich das brasilianische Gericht wohl davon leiten, daß die Naziverbrecher in Westdeutschland in der Regel mit einer Mindeststrafe davonkommen. Das scheint wahr zu sein, da der Oberste Gerichtshof von Brasilien den Vorbehalt machte, Stangl dürfe weder zum Tode noch zu lebenslänglicher Haft verurteilt werden.

So nimmt man einen Mörder in Schutz, der Hunderttausende Menschen in die Gaskammern geschickt hat.

Monika WARNENSKA
Polen

z. Z. Demokratische Republik
Vietnam

Im Dschungel bei Hoa Binh

Hoa Binh. Bei dieser Stadt haben im Widerstandskrieg gegen die französischen Kolonialisten, von 1946—1954, erbitterte Gefechte stattgefunden. Kurz nach Ende jenes Krieges, im Herbst 1954, schrieb mein Landsmann Mirosław Żuławski aus der DRV:

„Alle Steinbauten von Hoa Binh — die Residenz des französischen Machthabers, die Villa des Garnisonskommandanten, die Villen der chinesischen Kaufleute und andere — sind vom Dschungel verschlungen worden, sind von Pflanzen buchstäblich überwuchert, als habe es die Stadt nie gegeben. Das Unternehmen zur Eroberung von Hoa Binh, das de Lattre de Tassigny geplant hatte, bezweckte eins: den Norden von Thanh Hoa, einer alten Feste der Bewegung für die Unabhängigkeit, vom übrigen Land abzuschneiden. Nirgends waren vor der Schlacht von Dien Bien Phu die Kämpfe so erbittert wie in dieser Gegend.“

Meine eigenen, fünf Jahre alten Erinnerungen galten dem Hoa Binh der Friedenszeit. Als ich im Frühjahr 1962 auf einer Fahrt nach Dien Bien Phu hier Aufenthalt nahm, glaubte ich, der Krieg sei ein endgültig abgeschlossenes Kapitel der Geschichte. Ich hörte die stolzen Meldungen über die Erfolge der non truong quoc danh (wie dort die Staatsgüter heißen) und der gerade erst in Betrieb genommenen Industrieobjekte. In meinem Buch „Die Brücke über den Ben Hai“ habe ich davon und auch von den Schulen in Hoa Binh und Umgebung berichtet.

Bei meinem Besuch im Frühjahr 1967 treffe ich ein anderes Hoa Binh an. Der Name bedeutet Frieden, aber allzuoft wird er in Frontberichten über neue amerikanische Bombenangriffe erwähnt. Den schwersten führten die Luftpiraten am Ostersonntag aus. Eine „christliche“ Tat der Banditen, die Metallkreuze an der Brust tragen. Die Einwohner mußten schnell in Ruinen und Kellern der früher abgebrannten Häuser Deckung suchen. Aber die Spreng-, Napalm-,

Kugel-, Phosphor- und Würfelbomben und die bestialischen Beschießungen konnten das Leben in der Provinz Hoa Binh nicht auslöschen.

Ich fuhr aus der Stadt Hoa Binh im Morgengrauen ab. Um diese Zeit ist man vor einem Angriff mehr oder weniger sicher. Eine wunderbare Landschaft, gebirgig, malerisch, die Berge in leichten Morgendunst gehüllt. An ihren Hängen hatte das Dschungel seine Vorposten aufgestellt: krauses Laubwerk, das von fern wie ein grünes Schaffell aussah.

Beim Anblick der friedlichen Landschaft hätte man wenigstens ein Weilchen den Krieg vergessen können, aber man wird immer wieder an ihn erinnert, nicht nur von den Öffnungen der Einmannbunker an den Hängen, nicht nur von den Splittergräben, die sich, mit Buschwerk getarnt, Hunderte Meter weit hinziehen. An den Krieg erinnern Stimmen, die aus Felsgrotten, -höhlen und -spalten kommen. Erst glaube ich, daß mich mein Gehör täusche. Aber nein, es sind unverkennbar Kinderstimmen. Ich gehe näher heran, bleibe unter einem Felsvorsprung stehen und sehe — eine Kinderkrippe. Erschütternd.

Ja, eine Kinderkrippe in einer Grotte und ein Kindergarten in einer anderen. Die Felshöhlen sind natürliche Bunker und Unterkünfte. Kleine Holzbetten mit Matten. Aus jungen Bambustrieben geflochtene Wiegen für die Aller kleinsten. Selbstgebastelte hölzerne Spielsachen.

Fast ebenso sieht es in der Grotte nebenan aus. Der Steinboden hat unzählige Risse. Da stehen Bambusliegen, und am Eingang brennt ein Feuer. Die Kleinen wärmen sich die kalten Händchen, denn der Frühlingstag ist ganz und gar nicht tropisch. Vom Rauch tränen die Augen, und das hilft mir, meine Gefühle zu verbergen. Meine Augen sind feucht, als ich die Säuglinge und die Drei-

und Vierjährigen sehe, die mit ihren Krippen und Kindergärten aus dem zerstörten und ständig bedrohten Hoa Binh hierher gebracht worden sind.

Meine Hand zittert, als ich den Text von Liedern niederschreibe, die die Kinder singen. In einem Lied lautet der Kehrreim: „Wir sind wie junge Bambussprossen.“ In einem anderen ist davon die Rede, daß „wir evakuiert sind, aber in die Stadt zurückkehren, wenn unsere großen Brüder die Amerikaner verjagt haben“.

Eine Kindergärtnerin (es sind vier für 40 Kinder) sagt:

„Hier haben wir viel Platz. Wir haben schon neun Grotten eingerichtet, nebenan.“

Ich sehe mir noch eine Höhle an, in der das Empfangszimmer des Arztes und die Apotheke untergebracht sind. Ich unterhalte mich mit dem Arzt, der im hiesigen Schulzentrum im Gebirge und im Dschungel seinen Beruf ausübt, und frage ihn:

„Sind die Kinder gesund?“

„Es geht ihnen ganz gut“, antwortet Dr. Le Thu Lap. „Am meisten haben wir mit Darmkrankheiten zu tun. Sie machten den Kindern besonders in der ersten Zeit nach der Übersiedlung aus der Stadt zu schaffen, denn die ganze Lebensweise wurde anders und natürlich die Verpflegung. Auch die Kälte im Frühling war nicht leicht, die Kleinen froren sehr. Sie fragen mich, was für Medikamente uns fehlen. Vor allem Kräutertinkturen für die Kinder und allerlei Vitamine.“

In der Nachbarschaft einer Grotte sehe ich ein paar Bambushütten, darinnen einfache Bänke, Tische und Wandtafeln mit Spuren von Kreide. Eine Grundschule mit vier Klassen, eine der vielen Schulen von Hoa Binh, die im Dschungel verlegt worden sind.

Ich besichtigte die Küche, in der das Essen für die Oberschüler und für die Kleinen gekocht wird. Dabei muß ich an meine Märsche durchs Dschungel Südvietnams und an die Partisanenküchen „Marke Dien Bien Phu“ denken, die kunstvoll gebaut und so geschickt getarnt sind, daß der Rauch nicht zu sehen ist und die Anwesenheit von Menschen nicht verraten kann.

In der Küche sind einfache, aber geistreich erdachte Wasserfilter aufgestellt. In der Evakuierung ist es sehr wichtig, reines Trinkwasser zu haben.

„Sehen Sie!“ sagt einer meiner vietnamesischen Begleiter, „da, auf dem Berg gegenüber, stürzte vor einem Monat morgens ein feindliches Flugzeug, das unsere Miliz abgeschossen hatte. Es suchte uns, fand aber selbst hier sein Ende.“

Wir gehen auf eine andere Gruppe von Bambushütten zu, die im Wald versteckt stehen. Der Wald ist jetzt, im Frühling, sehr dicht. Und wieder sehe ich eine Schule und neben den Schulhütten im Zickzack sorgfältig getarnte Splittergräben. Das ist eine Schule für Erwachsene. Hier werden Landwirte, größtenteils für die Staatsgüter, ausgebildet. Im Januar 1965 gegründet, bestand die Schule nicht lange in der Stadt, denn die amerikanischen Bombenangriffe setzten ein. Aus Hoa Binh wurden alle Hörer, alle Lehrer und die Schuleinrichtung nach vier Stellen im Dschungel verlegt. Jetzt besichtigen wir eine der „Zweigstellen“.

„Wir mußten Räumlichkeiten für den Unterricht und zugleich Unterkünfte für die Schüler bauen. Einen Teil des Tages waren wir Lehrer und Schüler, die übrige Zeit Arbeiter“, erzählt mir ein Vietnameser und fügt stolz hinzu:

„Über 5000 Landwirte hat unsere Schule schon ausgebildet, obwohl sie ja noch nicht lange besteht.“

Ich notiere mir das alles beim Frühstück. Die meisten Gerichte sind aus Nahrungsmitteln zubereitet, die von der sogenannten Selbstversorgung herrühren. Selbstversorgung bedeutet Aufzucht von Ferkeln, Hühnern, Enten usw. Es bedeutet auch Nutzung jedes Fleckchens Dschungelerde, das dazu taugt, zum Anbau von Gemüse. So etwas gibt es bei jedem evakuierten Betrieb und Krankenhaus, bei jeder evakuierten Schule. Die Beete werden nicht weniger sorgfältig als die Kinder gepflegt und tragen reiche Ernte an Gemüse und Beeren.

Der Leiter der Landwirtschaftsschule sagt:

„Unsere Schule bildet leitende Kräfte für Staatsgüter aus, Mechanisatoren, Facharbeiter, Fachleute für Feldwirtschaft und Gemüseanbau. Wir haben längere und kürzere Lehrgänge. Jetzt, wo die Kriegslage so gefährlich ist, liegt der Schwerpunkt auf beschleunigtem, dafür aber intensiverem Unterricht. Unter unseren Hörern sind viele Frauen. Die meisten Männer sind in der Armee oder gehören dem Selbstschutz an. Sie wollen wissen, was für Fächer wir unterrichten? Ökonomie, Statistik, Planung, Buchhaltung, politische Fächer und alles, was mit der Fortentwicklung der Landwirtschaft zu tun hat, nämlich Agrobiologie, Pflanzenzucht usw.“

Ich ertappe mich bei dem Gedanken: „Wo bin ich eigentlich? Höre ich recht?“ Der Schulleiter aber erzählt ruhig weiter, als sei gar kein Krieg und als spreche er von etwas ganz Alltäglichem. Dabei ist das, was hier geleistet wird, eine Heldentat. Bedächtig und bescheiden spricht er von seiner Schule:

„Wir haben die Dauer der Lehrgänge abgekürzt, aber von einer Senkung des Niveaus kann gar keine Rede sein. Wie machen wir das? Wir veranstalten Gruppenfahrten unserer Hörer nach Provinzen, die häufiger als andere vom Feind angegriffen werden, damit sie von den Bewohnern, die unter unaufhörlichem Beschuß einschlägig arbeiten, Erfahrungen übernehmen. Wir fassen die Angaben, die sie zurückbringen, zusammen und stellen Pläne für ihre praktische Auswertung auf. Krieg ist Krieg, und wir müssen durchhalten, solange wir gegen die verhassten amerikanischen Imperialisten auch kämpfen müssen. Bei all unseren Sorgen um die Landwirtschaft vergessen wir nicht, wie wichtig selbst unter den heutigen schweren Verhältnissen die Kultur — das Buch, der Gesang und vieles andere — ist.“

Tatsächlich läßt man mich nicht fort, ehe ich an einer Laienkunstveranstaltung der Hörer und Lehrer teilgenommen habe. Ich bleibe, um Lieder über den Kampf, über Patriotismus und Tapferkeit und über die Brüder und Schwestern im heroischen Süden zu hören. Ergriffen und bewundernd sehe ich kleine Szenen und Einakter, die auch ohne Dolmetscher verständlich sind und die typischsten Momente aus dem vietnamesischen Kriegsalltag wiedergeben, angefangen vom Kampf um reiche Reisernten bis zur Verfolgung amerikanischer Luftpiraten, die sich mit Schleudersitzen aus brennenden Flugzeugen retten.

Es ist kein Frieden in der Provinz, deren Name Frieden bedeutet. Es ist Krieg, ein Krieg, der einen auf Schritt und Tritt vor Schmerz und Zorn erbeben läßt, wenn man die Barbarei der amerikanischen „Kulturträger“ in ihrer ganzen Nacktheit sieht. Und es gibt eine weise, weitblickende Politik, deren Zeugnisse ich auch auf Schritt und Tritt sehe. Das kämpfende Vietnam hat es sich heute zur Aufgabe gemacht, seine Jüngsten zu schützen, Kinder und Erwachsene zu unterrichten, Arbeitskräfte auszubilden, mit der Waffe in der Hand das Errungene zu verteidigen und gleichzeitig dafür zu kämpfen, daß die Erde reiche Ernten trägt.

Beim trüben Schein von Petroleumlampen, im Brennpunkt der Blicke, die dem Gast aus der „Welt Lenins“ zugewandt sind, sprechen wir über Solidaritätskundgebungen und über den Sturm der Empörung, der über die Welt hinwegbraust, über die tatkräftige Hilfe an Vietnam, über Beistand, Freundschaft und Brüderlichkeit. Es ist unmöglich, die Szene zu schildern, man muß sie miterlebt haben. Ich trete aus der Hütte, vor Erregung fast blind.

Beim unsteten Schein von Taschenlampen kehren wir nach Hoa Binh zurück. Die schmalen Lichtkegel heben Pfade aus dem Dunkel, die von einem kürzlichen Platzregen naß sind. In den Ohren klingen mir noch das Kinderlachen und die Abschiedsworte der Erwachsenen, die mir viel Glück auf den Weg gewünscht haben.

Woran erinnert mich dieser Marsch durch die Nacht, das Glitzern der Lichter und die ganze Atmosphäre? Eine Weile suche ich in meinem Gedächtnis. Und plötzlich... Aber natürlich! Die Tage und Nächte im Süden, die Märsche durch die Partisanenzonen und -dörfer, die Besuche bei ebensolchen „Waldzentren“. Die gleiche Atmosphäre des Kampfes bis zum Endsieg über die Okkupanten, eines unermüdlichen, hartnäckigen Kampfes, den der Süden nun schon elf Jahre lang führt. Jetzt herrscht diese Atmosphäre auch im Norden, der tagaus, tagein und immer heftiger von dem rabiaten, frechen Feind, dem amerikanischen Imperialismus, angegriffen wird.

Aber im Süden wie im Norden triumphiert die Lösung: „Der Feind kommt nicht durch!“

Hoa Binh, im Mai 1967

Stimmen der Vernunft

Es heißt, wenn man einen Frosch in kaltes Wasser stecke und dieses ganz allmählich anwärme, so gewöhne er sich auch an siedendes Wasser, wenn man ihn dagegen gleich in kochendes werfen wolle, rücke er vor Schreck aus.

Nach Ansicht des amerikanischen Professors John Ullman geschieht etwas Ähnliches in den USA. Die Bevölkerung werde ganz allmählich, stufenweise an die Eskalation des Vietnamkrieges gewöhnt, an Napalm, Bomben und Tod, und so dränge man die Amerikaner unmerklich an den Rand des Abgrundes.

Wie kann man verhüten, daß ein großer Teil der Bevölkerung der USA zu einem „abgebrühten“ Frosch gemacht wird? Offenbar muß man versuchen, ihn aus der politischen „Gewöhnung“ herauszureißen, muß man ihm zeigen, was er zu gewärtigen hat, wenn er die weitere Ausdehnung des Krieges als etwas Selbstverständliches hinnimmt.

Das ist eine der Aufgaben, die sich die Protestbewegung gegen den Krieg in Vietnam gestellt hat, und eine ihrer Methoden sind Diskussionen. Interessant ist da eine Diskussion, die gegen Ende vorigen Jahres von Prof. Seymour Melman und seinen Kollegen an der Columbia University über das Thema veranstaltet wurde „Die Reihenfolge der nationalen Probleme: Auswahl und Folgen“. Das Schriftmaterial der Konferenz füllte ein Doppelheft der Zeitschrift *New University Thought* (Neues Universitätsdenken), eine Sonderausgabe, die Prof. Melman so liebenswürdig war, uns einzusenden. Angesehene Wissenschaftler nennen und definieren darin die Probleme Amerikas und ihre relative Wichtigkeit.

Es sind viele. Prof. Melman hat, als er die Diskussion eröffnete, folgende dringenden Bedürfnisse des reichen Amerikas aufgezählt:

Da rund 7 Millionen Amerikaner in Wohnungen hausen, die nicht einmal den geringsten Anforderungen der Hygiene und des Anstandes genügen, würde man jährlich 15 Milliarden Dollar brauchen, um Abhilfe zu schaffen, u. zw. fünf Jahre lang;

zur Hebung des Gesundheitswesens auf den Stand, der notwendig wäre, müßte man zusätzlich 8 Milliarden Dollar im Jahr bereitstellen;

um das Bildungswesen in der notwen-

digen Weise zu verbessern, müßte man 25 Milliarden Dollar im Jahr mehr aufwenden;

zur Lösung des Trinkwasserproblems braucht man 4–5 Milliarden Dollar usw.

Also sind nach Melmans Schätzungen für die dringlichsten sozialen Bedürfnisse Amerikas zusätzlich 76 Milliarden Dollar im Jahr nötig.

Das Bruttoprodukt der USA macht jährlich über 725 Milliarden Dollar aus. Sie sind ein reiches Land, aber ihr Reichtum hat seine Grenzen. Die Reihenfolge, in der die Bedürfnisse befriedigt werden, wie sie das Weiße Haus festgesetzt hat, ist, so schreibt Melman, nicht konstruktiv, sondern parasitär: Arbeitskräfte, Material und Geld werden für militärische Zwecke verwendet. Diese verschlingen 10 Prozent vom Bruttoprodukt, u. zw. — betont Melman — „sind diese 10 Prozent nicht einfach der zehnte Teil einer homogenen Masse amerikanischer Wirtschaftsressourcen. Zu den 10 Prozent vom Bruttoprodukt, die für militärische Zwecke draufgehen, gehört ein großer Teil der bestgeschulten Kräfte des Landes.“ (S. 5.) Industriezweige und Forschungsinstitute, die nichts mit den Kriegsvorbereitungen zu tun haben, bekommen in gewissem Umfang minderwertigere Kräfte. Die besten Köpfe sucht das Pentagon zu kaufen.

Melman schreibt, daß die amerikanischen Volkswirte noch nicht gründlich genug untersucht haben, wie das Pentagon die wirtschaftliche Struktur des Landes und seine Ressourcen beeinflusst. Auch sei „nicht versucht worden, den Sinn der qualitativen Veränderungen in der Gesellschaft der USA zu untersuchen, die dadurch entstehen, daß man sich schon lange auf die jetzige Reihenfolge konzentriert“ (S. 7). Melman selbst hat in seinem 1965 erschienenen Buch „Unsere erschöpfte Gesellschaft“ in diesem Sinne einen bemerkenswerten Versuch gemacht. Andere Versuche haben Teilnehmer der Diskussion unternommen.

Prof. Stephen Unger von der Columbia University wies darauf hin, wie sich der Einfluß des Pentagons auf die Tätigkeit der Sozialwissenschaftler erstreckt. Infolge seiner Gönnerschaft sind viele militärpolitische Ideologen auf den Plan getreten, die nichts anderes als

Decisions for America. Priorities and Consequences.

New University Thought, Detroit, 1967.

intellektuelles Gesinde des Militarismus sind. Sie haben eine Unmenge von Büchern geschrieben, in denen sie versuchen, mit Hilfe mathematischer Konzepte, die nur Eingeweihten verständlich sind, mit Hilfe der Spieltheorie und elektronischer Berechnungen die Tätigkeit des amerikanischen Militärklüngels „wissenschaftlich“ zu begründen. Prof. Unger stellt mit Recht fest, daß sie die „betont militärische Einstellung zu Weltproblemen“ von seiten der Machthaber rechtfertigen und unterstützen, was katastrophale Folgen haben kann.

Ebenso wie Melman ist auch Unger deprimiert darüber, daß Talente und Ressourcen zur Entwicklung immer komplizierterer und phantastischerer Waffen benutzt werden, während die Menschheit doch noch eine Menge ungelöster Probleme hat. Die Menschen können heute Kernraketen aus dem Wasser über enorme Entfernungen befördern — vor etwa 30 Jahren hätte sich niemand getraut zu behaupten, daß das möglich ist. Dabei waren vor 30 Jahren die Wände in den Häusern nicht so hellhörig wie jetzt. Es ist doch gewiß nicht schwieriger, damit fertig zu werden. In einer Gesellschaft aber, in der das Militärische allem anderen vorgeht, ist niemand da, der sich ernsthaft damit befassen könnte. Die geistigen Bemühungen talentierter Mitglieder der Gesellschaft werden nicht auf einen möglichst baldigen Sieg über den Krebs, sondern darauf orientiert, wie man das Laubwerk im vietnamesischen Dschungel vernichten könnte, nicht darauf, einen schönen Traum wahr zu machen, sondern darauf, Alpträume greifbare Gestalt annehmen zu lassen.

Prof. Ullman stellt niedergeschlagen fest, daß „etwa zwei Drittel aller wissenschaftlichen und technischen Forschungen in den USA von dem Verteidigungsministerium und mit ihm verbundenen Institutionen kontrolliert und finanziert werden“. In letzter Zeit kürzt die Regierung wegen der zunehmenden Kosten des Vietnam-Abenteuers die ohnehin bescheidenen Etatposten für nichtmilitärische Forschungen, so daß „der Vietnamkrieg zum Teil für Einsparungen an der Krebsforschung geführt wird“ (S. 76).

Terence McCarthy von der Columbia University geht auf die Folgen ein, die die amerikanische Aggression in Vietnam für die Wirtschaft hat. Sie führt entweder zu einer Inflation oder zu einem steigenden Fehlbetrag in der Zahlungsbilanz und trägt dazu bei, daß die Wirtschaft der USA in eine „Garnisonswirtschaft“ verwandelt wird, die wiederum eine gegen jede fortschrittliche soziale Veränderung in der Welt gerichtete Außenpolitik diktiert. Eine Garnisonswirtschaft im Lande selbst bedeutet nach außen hin den Anspruch auf die Rolle des Weltgendarmen.

Prof. Wolfgang Friedmann von derselben Universität konstatiert, daß sich die USA „jetzt in der ganzen Welt Polizeifunktionen sichern“ (S. 47), daß sie — z. B. in der Dominikanischen Republik und in Vietnam — bewaffnete Interventionen aufziehen, für die „ein immer größerer Teil der Landesressourcen draufgeht“. Sein Kollege, Prof. Ver-

non Dibble, kommt ebenfalls zu dem Schluß, daß „die USA heute eine Garnison der menschlichen Gesellschaft sind“.

Dibble kam in der Diskussion auf das wichtige und schwierige Problem zu sprechen, wie der notwendige Widerstand gegen die Offensive des Militarismus in den USA zustande gebracht werden könnte. Er führte aus, daß „viele von denen, die nichts mit der Garnisonsgesellschaft zu tun haben, unorganisiert oder schlecht organisiert sind und daß die Opposition, die immerhin besteht, von den Poren des Zweiparteiensystems aufgesogen wird, solange sie sich in den großen Parteien betätigt“ (S. 120). Außerdem behindere viele die Illusion vom amerikanischen Liberalismus und Individualismus. Dibble selbst sieht den Ausweg aus der Garnisonsgesellschaft in einer Wendung zum Sozialismus hin.

Referenten und Teilnehmer der Dis-

kussion an der Columbia University haben öfter Fragen gestellt, als Antworten auf sie gegeben. Die Bedeutung solcher Diskussionen liegt aber gerade darin, daß den fortschrittlichen Landesbewohnern geholfen werden soll, die Amerikaner aus dem politischen Schlaf zu wecken, in den man sie schlau versetzt hat, und sie davor zu warnen, wie gefährlich es ist, wenn sich die Allgemeinheit passiv verhält. Die Sonderausgabe der Zeitschrift *New University Thought* verbreitet die Ideen, die bei einer solchen Diskussion geäußert worden sind, in den amerikanischen Universitäten und in anderen Leserkreisen. Die Redaktion der Zeitschrift spricht die Hoffnung aus, daß die in der Sonderausgabe eingeleitete Diskussion weitergehen und zu einer „Landesdiskussion anwachsen wird, aus der sich eine neue Orientierung ergeben kann“.

Es erübrigt sich nachzuweisen, wie nötig das die USA hätten.

Juni 1967

12. In Prag wird dem angesehenen tschechoslowakischen Wissenschaftler Ivan Málek, einem Mitglied der Akademie, der Internationale Lenin-Preis „Für Festigung des Völkerfriedens“ überreicht.

13. Die Sowjetunion beantragt eine Sondersitzung der UNO-Vollversammlung.

● Die Französische Nationalversammlung bestätigt eine Gesetzesvorlage, laut der der französischen Ostafrikakolonie Somaliküste eine „erweiterte Autonomie“ gewährt wird.

● Das Repräsentantenhaus der USA bestätigt den größten Militäretat ihrer Geschichte: 70,3 Milliarden Dollar.

13.—14. Luxemburg. Tagung des NATO-Rats zur Nahostlage, zu den Ost-West-Beziehungen, zur Reorganisation der NATO und zur Spanne in der technischen Entwicklung der USA und der Länder Westeuropas.

13.—15. In Paris tagt die Westeuropäische Union, die aus den sechs EWG-Ländern und England besteht.

14. In Moskau beginnt die 7. Vollversammlung der Internationalen Normierungsorganisation.

● In den USA startet die Raumstation Mariner 5 in Richtung der Venus.

● In Warschau kommen Wang Kuotshian, der Botschafter der Volksrepublik China, und John Gronouski, der Botschafter der USA, zum 133. Male zusammen.



14.—17. In Berlin tagt das Büro der Internationalen Demokratischen Frauenföderation.

14.—19. In der Volksrepublik Ungarn und der CSSR werden gemeinsame Übungen der Operationsstäbe der ungarischen Volksarmee, der tschechoslowakischen Volksarmee und der Sowjetarmee abgehalten.

15. Eine von Madeiro Keita, Mitglied des Politbüros der Sudanesischen Bundespartei und Justizminister, geführte Partei- und Regierungsdelegation aus der Republik Mali trifft in Moskau ein.

● Die Regierung Libyens fordert von den Regierungen der USA und Englands, daß sie ihre Militärstützpunkte in Libyen schieunigst auflassen und ihre Streitkräfte abberufen.

16. Als Führer der sowjetischen Delegation zur Sondertagung der UNO-Vollversammlung unterwegs, hat Alexej Kossygin, der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, in Paris eine freundschaftliche Aussprache mit Präsident de Gaulle.

● Eugénie Cotton, eine hervorragende Teilnehmerin am öffentlichen Leben Frankreichs, Vorsitzende der Internationalen Demokratischen Frauenföderation,

ist in Paris im 86. Lebensjahr verschieden.

● In Westeuropa beginnen Luftwaffenmanöver der NATO.

● Benoit Frachon wird zum Vorsitzenden der Allgemeinen Arbeitskonföderation Frankreichs gewählt.

17. In New York beginnt die Sondertagung der UNO-Vollversammlung.

● Vom Obersten Sowjet der UdSSR eingeladen, trifft eine Delegation der Obersten Volksversammlung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion ein, geführt von Li En Ho, Mitglied des Politbüros des ZK der Arbeitspartei Koreas, Stellvertretendem Vorsitzenden des Präsidiums der Obersten Volksversammlung.

● In San José (Kostarika) wird eine Erklärung der 5. Konferenz der kommunistischen Parteien Mexikos, der Länder Mittelamerikas und Panamas veröffentlicht, in der die heutige Lage in diesen Ländern und in der kommunistischen Weltbewegung analysiert wird.

● Die Hsinhua-Agentur meldet, daß über Westchina die erste chinesische H-Bombe zum Explodieren gebracht worden ist.

19. In Moskau gelangt die zweite sowjetisch-japanische Wirtschaftskonferenz zum Abschluß. Es hat ein Meinungsaustausch über den Ausbau des Handels sowie über wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit stattgefunden.

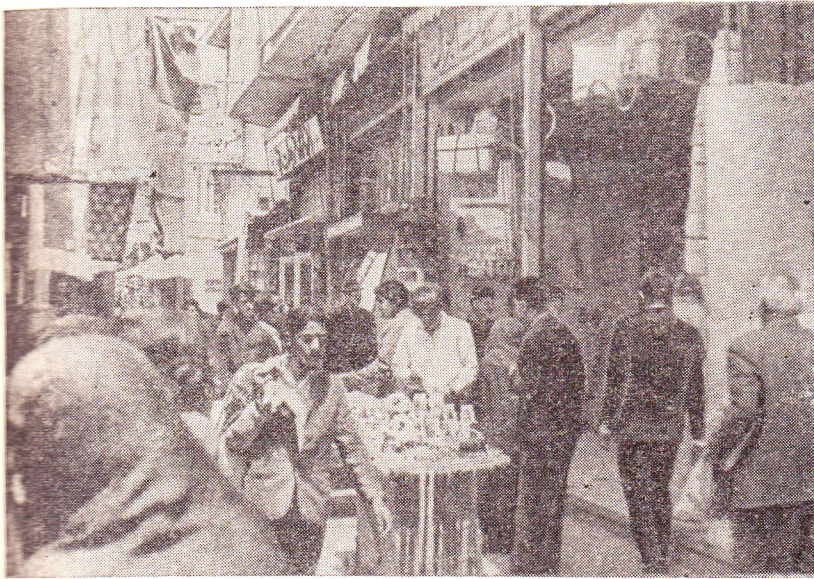
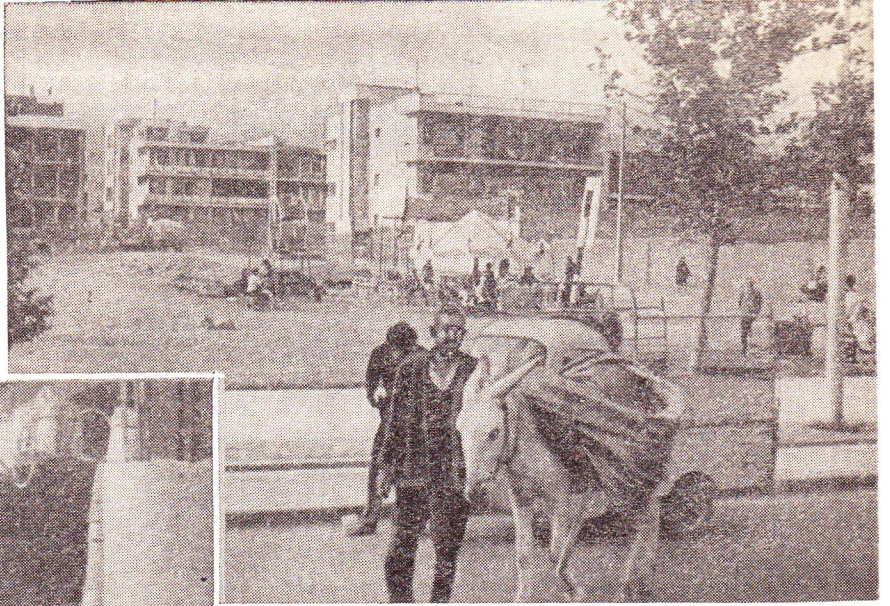
● Über der DRV sind insgesamt 2033 USA-Flugzeuge abgeschossen worden.

Redaktion: Moskau K-6,
Maly Putinkowski
pereulok 1/2

Chefredakteur: Natalja SERGEJEWA
Stellvertretende Chefredakteure: V. Bereshkow, N. Sedin, N. Sluzker
Redaktionskollegium: I. Andronow, L. Besymenski, P. Jefimow,
M. Kremnjow, I. Trofimowa, D. Wolski

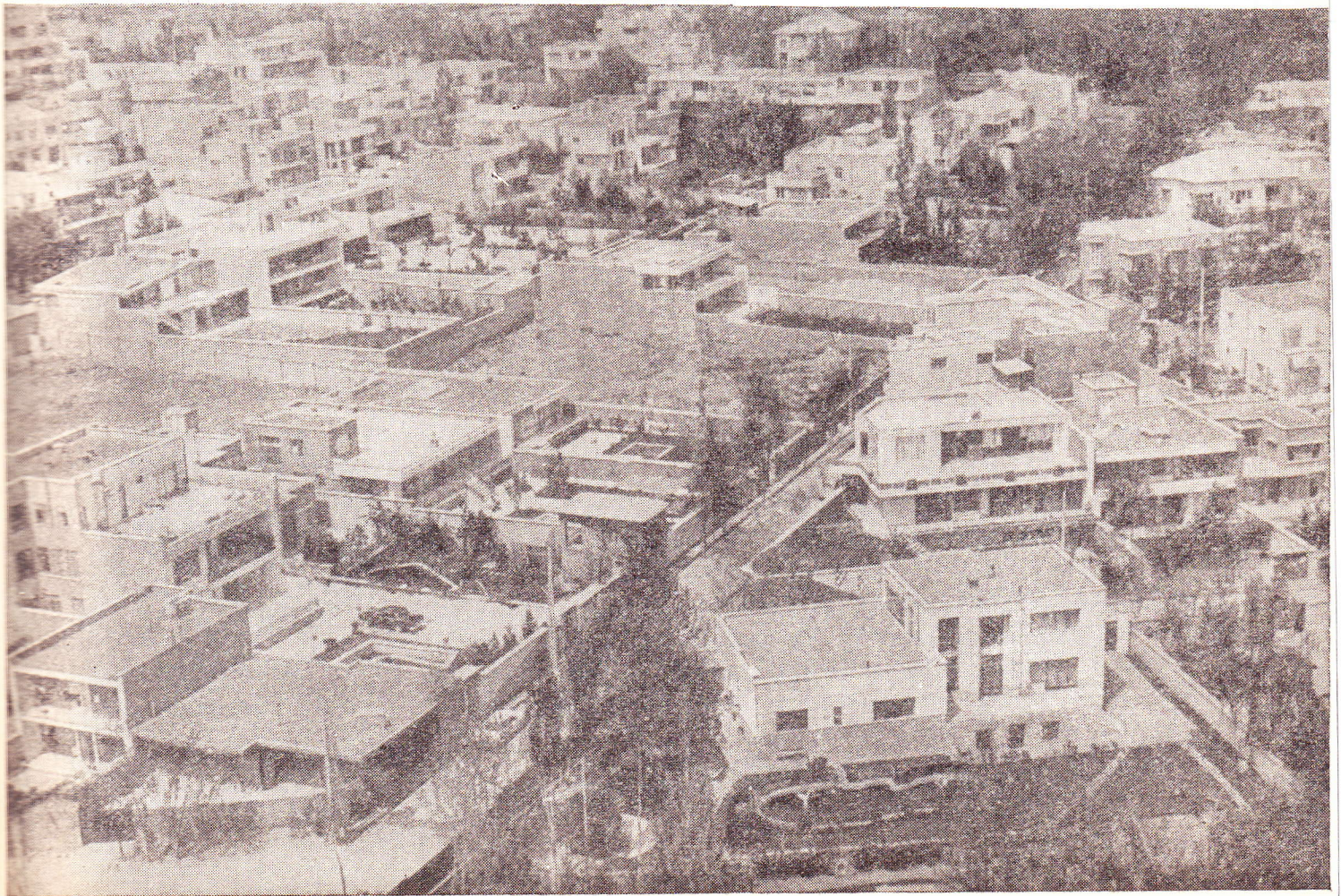
Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

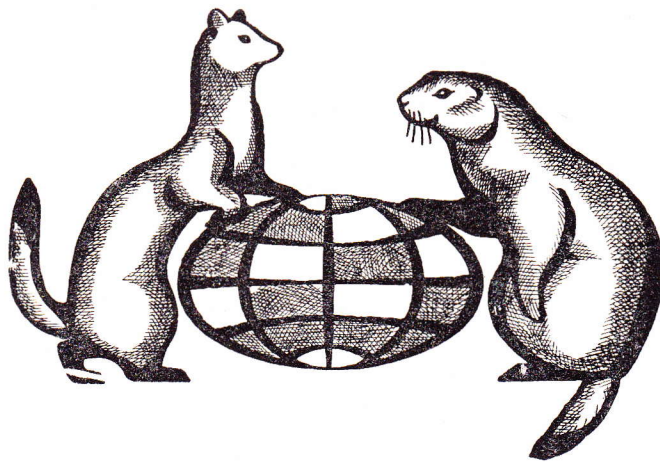
IN TEHERAN



**Straßenbild; Handelsstraße im Zentrum;
Blick vom Hotel Hilton auf den Nordteil**

Fotos: Albert Pin





46. Internationale Pelzauktion in Leningrad

Die Versteigerung auf der 46. Internationalen Pelzauktion beginnt am 25. Juli 1967 im Pelzpalast von Leningrad.

Die Warenbesichtigung beginnt am 15. Juli. Zur Versteigerung kommen folgende Warenmengen:

SEKTION I

Rohware

Irbis	50
Feh	500 000
Hermelin	70 000
Polarhase	75 000
Kidus	200
Kolinsky	70 000
Baummarder	13 000
Steinmarder	2000
Rotfuchs	25 000
Silberfuchs	5000
Standard-Nerz	150 000
Nerz, farbig (Mutation)	50 000
Bisam	400 000
Polarfuchs	10 000
Blaufuchs	10 000
Vielfraß	1000
Luchs	3000
Zobel	25 000

Murmel	150 000
Tarbagan Murmel	20 000
Waschbär	5000
Nerz, wild	20 000
Otter	3000

Zugerichtete und gefärbte Felle

Junger Seehund	25 000
Seal	2000
Nerz	25 000
Blaufuchs	3000
Kolinsky	5000

Pelze und Tafeln

Fehpelze aus Tafeln, dreiteilig	2500
Fehtafeln, vintom	400
Fehtafeln, gewöhnliche	3000
Fehtafeln, diverse	500
Bisam, shells und Tafeln	2000

MONGOLISCHE FELLE

Rohware

Murmel	60 000
Dachs	1500
Weißer Iltis	2000
Feh	15 000
Katze-Manul	2000
Polarhase	3000

SEKTION II

Rohware

Karakul, schwarz	450 000
Karakul, grau	130 000
Karakul-Sur	30 000
Karakul, farbig	10 000
Breitschwanz, schwarz	30 000

Gefärbte Felle

Karakul, schwarz	290 000
Breitschwanz, schwarz	30 000
Karakul-Metis, schwarz	30 000

Die Auktionsbedingungen bleiben dieselben und sind im Auktionskatalog angegeben.

Im Auftrag der Käufer übernimmt V/O „Sojuzpushnina“ die Zustellung der Ware auf dem Seewege, mit Flugzeug, Eisenbahn und LKW sowie die Versicherung gegen Transport- und Kriegsrisiko sowie Diebstahl unterwegs.

V/O „Sojuzpushnina“ empfiehlt den Vertretern von Auslandsfirmen, sich rechtzeitig bei den Reisegesellschaften für Intourist-Touren anzumelden und die Aeroflot in Anspruch zu nehmen. Dies gewährleistet eine gute Unterbringung und erstklassige Bedienung in den besten Leningrader Hotels.



V/O „SOJUZPUSHNINA“
UdSSR, Moskau